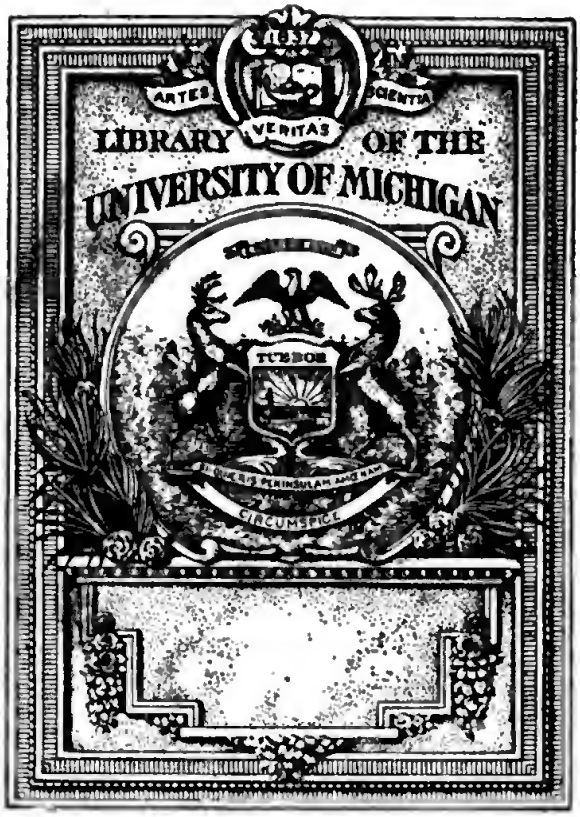
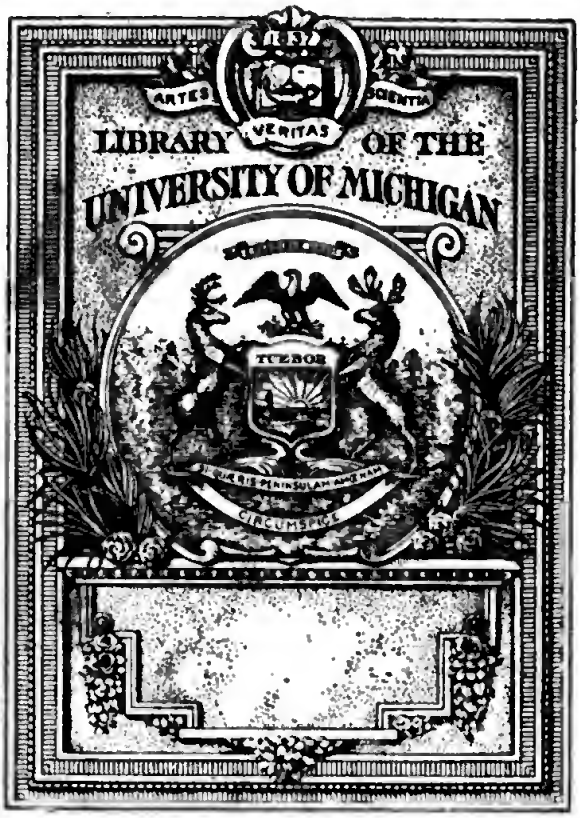
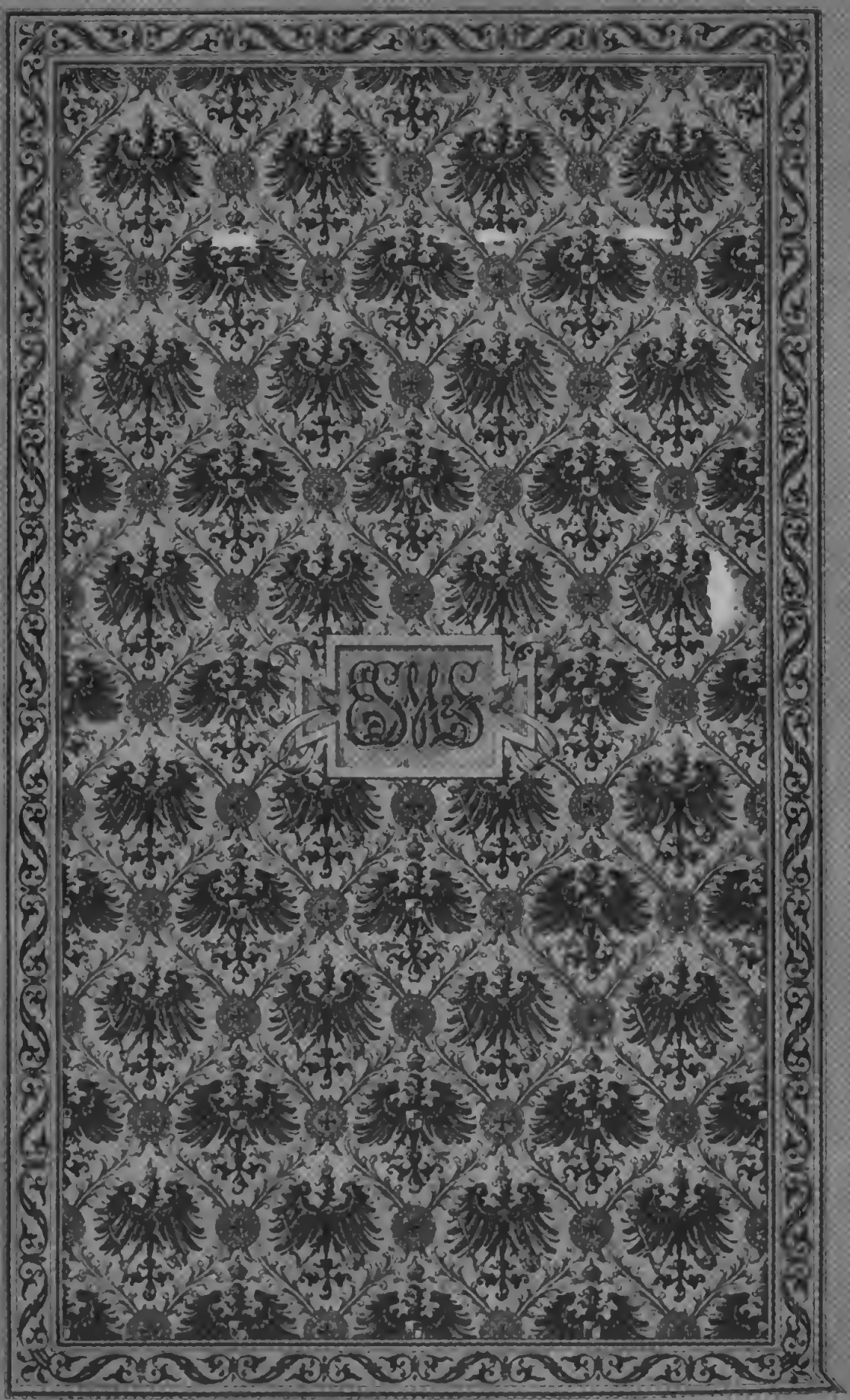
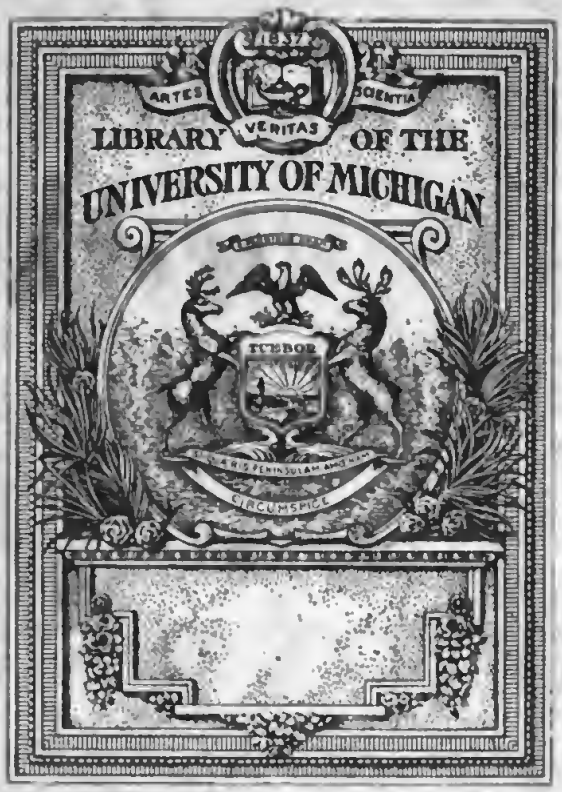
BUHR A
a39015 01808760 4b

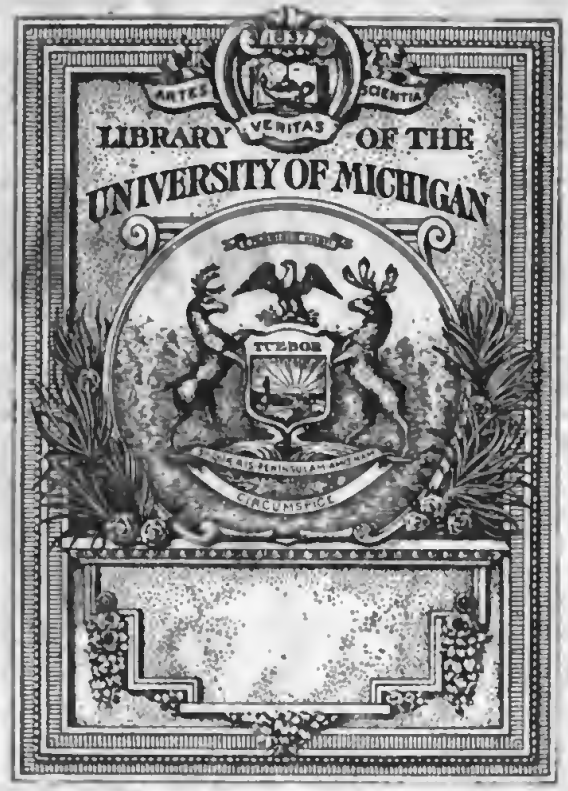
Digitized by Google

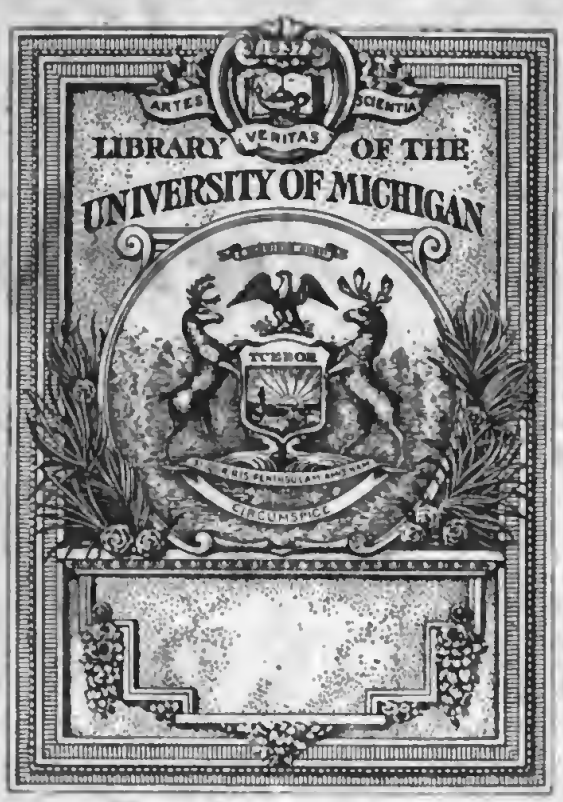

ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE




ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE


ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

DD
219
.M7
A4

Gesammelte Schriften

und

Denkwürdigkeiten

des

General-Feldmarschalls

Grafen Helmuth von Moltke.

Siebenter Band.

Reden.

Nebst einem Sachregister zu Band I bis VII.

Berlin 1892.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—70.

Reden

des

General-Feldmarschalls

Grafen Helmuth von Moltke.

Nebst einem Sachregister zu Band I bis VII.

Berlin 1892.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—70.

Alle Rechte aus dem Geſetz vom 11. Juni 1870 ſowie das Ueberſetzungsrecht ſind vorbehalten.

Vorrede zum siebenten Bande.

Der vorliegende siebente*) Band der „Gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke“ bringt die parlamentarischen Reden des Heimgegangenen. Als diese Reden zum ersten Male im Jahre 1879 gesammelt und herausgegeben wurden,**) hatte der Feldmarschall selbst die Druckbogen durchgesehen und zum Druck genehmigt.

Die hier vorliegende Neuausgabe ist nicht allein ergänzt für die späteren Lebensjahre des Feldmarschalls, sondern auch aus seinem Nachlasse bereichert durch eine Anzahl von Entwürfen zu Reden, die nicht gehalten worden sind. Die geschichtliche Einleitung und sachliche Gliederung des Stoffes verdankt das Werk der bewährten und hingebenden Thätigkeit des Herrn Dr. Rosenstein, des Bearbeiters auch der früher veröffentlichten Sammlung.

*) Der sechste Band des Gesammtwerkes enthält die dem Verlage der Deutschen Verlagsanstalt zu Stuttgart zugehörigen Briefe des Feldmarschalls an seine Braut und Gemahlin und ist durch das Entgegenkommen der Verlagsanstalt dem Gesammtwerke angegliedert worden.

**) Reden des Abgeordneten Grafen v. Moltke 1867 bis 1878. Berlin 1879. Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königl. Hofbuchhandlung.

383720

Wenn der Herausgeber dieſen Band den vorangegangenen als letzten anſchloß, ſo that er das in der Ueberzeugung, daß nur ſo die Abſicht, der Gegenwart und Nachwelt ein möglichſt vollſtändiges und treues Charakterbild unſeres großen Helden zu bieten, erreicht werden kann; denn Moltkes thatkräftiges, von klarer Ueberzeugung und reiner Wahrheitsliebe durchdrungenes, durch die tiefſte Kenntniß der behandelten Fragen überaus bedeutungsvolles und entſcheidendes Eingreifen in die Verhandlungen unſerer Volksvertretungen iſt eines der herrlichſten Vermächtniſſe, die der große Schweiger, hier ein großer Redner, der Nation hinterlaſſen hat. Auch aus den Reden wird Jedem, der ſie nun aufs Neue lieſt, der edle Geiſt des Feldmarſchalls entgegenleuchten; die Freude an dem vollendeten Werk der Einigung unſeres Vaterlandes, an der mitzuſchaffen ihm in ſo großartigem Maße vergönnt war, tritt wieder und wieder hell hervor, aber nirgends wird auch nur mit einem Worte der eigenen Mitwirkung dabei gedacht. Dieſe entſagungsvolle Beſcheidenheit iſt ein ſo liebenswürdiger und großer Zug ſeines Weſens, daß hier wohl noch einmal darauf hingewieſen werden darf, während der ſachliche Inhalt der Reden für ſich ſelbſt ſpricht.

Moltke gehört der Geſchichte an. Die ewig rollende Zeit bringt neue Anſchauungen, neue Abſichten und Ziele ans Tageslicht. Was Wunder, wenn Manches von dem, was er einſt vertrat, nicht mehr in die Gegenwart hineinzupaſſen ſcheint. Lebte er noch unter uns, ſo würde er, deſſen dürfen wir ſicher ſein, auch heute noch das Richtige, das dem Vaterlande Erſprießliche erkennen und, dazu berufen, es ausſprechen. Er hatte ſtets den hohen Muth, ſich über jeden Verſuch, ſein Urtheil in die Feſſeln einer ſtarren Doktrin zu ſchlagen, zu erheben, vielmehr, die wechſelnden Anſprüche des ſtaatlichen und militäriſchen Lebens

in weiſer Vorausſicht erkennend und in richtige Bahnen leitend, ſeine Ueberzeugung nach dem, was ihm recht, wahr und für des Vaterlandes Heil nothwendig erſchien, ſich zu formen. Dieſer Eigenart Moltkeſchen Geiſtes muß man bei Kenntnißnahme der Reden und der daraus zu ziehenden Nutzanwendungen ſich bewußt bleiben.

Dem Bande iſt ein Sachregiſter beigefügt, das den Inhalt der ſämmtlichen ſieben Bände in Stichworten nachweiſt. Die Bearbeitung war von dem Wunſche geleitet, daß dies Regiſter recht vielen Freunden des geſammten Werkes es zu bleibendem Gebrauch offen erhalten möge

Friedenau bei Berlin, den 26. Oktober 1892.

v. Leszczynski,
Oberſtlieutenant.

Inhalts-Verzeichniß.

Seite

Einleitung 1

Entwürfe zu Reden im Zollparlament. 9

I. Preußen und die Einigung Deutschlands (S. 13). — Einheitliches Heer und Koalition (S. 15).

II. Schwächen des deutschen Nationalgefühls (S. 17). — Vergleich der Heeresmacht Nord- und Süddeutschlands (S. 19).

Reden im Reichstage und im Preußischen Herrenhause. 21

I. Ueber Verkehrswesen. 23

Nord-Ostsee-Kanal.

Richtung des Nord-Ostsee-Kanals (S. 23). — Kosten des Nord-Ostsee-Kanals (S. 25). — Etwaiger Nutzen desselben (S. 27).

Rhein-Ems-Kanal.

Binnenkanäle und Eisenbahnen (S. 29).

Post- und Eisenbahnwesen.

Tüchtigkeit der Post- und Eisenbahnbeamten (S. 30). — Offizier-Postmeisterstellen (S. 31). — Interesse der Militärbehörde an der Betriebsfähigkeit der Bahnen (S. 32). — Militärisches Interesse am Bau einer Eisenbahn von St. Ludwig bis zur Rheinhütte (S. 32). — Eisenbahnbauten in den Reichslanden (S. 33). — Konkurrenz im Eisenbahnwesen (S. 35). — Zur Verstaatlichung der Eisenbahnen (S. 37). — Militärische Gründe für die Einheitszeit (S. 39). — Die Einheitszeit im bürgerlichen Leben (S. 41).

Zur Befestigung von Köln und Straßburg.

Stadterweiterung von Köln (S. 43). — Stadterweiterung von Straßburg (S. 45).

Seite

II. Politiſche und militäriſche Einzelfragen. 46

Zum Geſetzentwurf über das Bundesſchuldenweſen.

Verantwortlichkeit der Beamten (S. 47). — Deutſchland als Frieden gebietende Macht (S. 49). — Zurückweiſung einer irrthümlichen Deutung ſeiner Rede (S. 51).

Wahlberechtigung für Armee und Flotte.

Abweiſung der Frage (S. 51).

Befreiung der Militärperſonen von der Kommunalſteuer.

Kommunalſteuer-Freiheit der Offiziere (S. 53). — Die Garniſon und die Stadt (S. 55). — Die Heimat des Heeres das Vaterland (S. 57). — Theilnahme der Offiziere an den indirekten Steuern (S. 59). — Ungleichmäßigkeit der Kommunalſteuern in den einzelnen Garniſonen (S. 61). — Widerſinn einer ungleichmäßigen Beſteuerung der Offiziere (S. 63).

Deutſche Okkupationstruppen in Frankreich.

Im Kriege iſt nur die ſchlechte Verpflegung zu theuer (S. 65). — Nützlichkeit der Konſerven (S. 67). — Die Milliarden hat die Armee erobert (S. 69).

Ueber Arreſtſtrafen.

Disziplin die Seele der Armee. Militäriſche Strafen (S. 71).

Kriegs- und Naturalleiſtungen.

Kriegsleiſtungen der Kommunen (S. 72). — Schonung von Kunſtwieſen bei Truppenübungen (S. 73).

Verhältniß zu Oeſterreich.

Zurückweiſung der Mißdeutung einer früheren Rede (S. 74).

Zum Sozialiſtengeſetz.

Die Sozialdemokratie und die Zukunft (S. 77).

Militärknaben-Erziehungs-Inſtitut, Unteroffizier-Vorſchule in Neu-Breiſach

Zur Erſtarkung des nationalen Geiſtes in den Reichslanden (S. 79).

Kaſernement in Großenhain.

Kameradſchaft und Kaſtengeiſt (S. 81).

Zum Militärpenſions- und Reichsbeamten-Geſetz.

Finanzielle Lage des Offizierkorps (S 83). — Gegen Kommunalbeſteuerung der Offiziere (S. 85). — Die Stadt und die Garniſonen (S. 87). — Antrag auf Erlaß eines Militär-

Seite

pensionsgesetzes (S. 88). — Zur Abänderung des Militärpensionsgesetzes (S. 89). — Beamten- und Militärpensionen (S. 91). — Das Heer der Grundpfeiler des Friedens (S. 93).

III. Zur deutschen Heeresverfassung. 95

Nutzen der Militärdienstzeit für den Mann (S. 97). — Begrenzte Zahl der Offiziere. Kurze Dienstzeit in Oesterreich (S. 99). — Aufforderung, der Militärverwaltung zu vertrauen (S. 101). — Nothwendigkeit starker Angriffsheere (S. 103). — Schwierigkeit einer Mobilmachung (S. 105). — Ein Kriegsjahr verschlingt die Ersparnisse vieler Friedensjahre (S. 107). — Deutschfeindliche Stimmungen in Europa (S. 109). — Französische Opferwilligkeit für die Armee (S. 111). — Schädlichkeit des Milizsystems (S. 113). — Die Friedensstärke des Heeres darf nicht schwanken (S. 115). — Ein starkes Deutschland die sicherste Friedensbürgschaft (S. 117). — Gegen provisorische Bewilligung des Armeebudgets (S. 119). — Mißtrauen der Völker hindert den dauernden Frieden (S. 121). — Ueberlegenheit des französischen Heeres durch ausgedehnteres Kadresystem (S. 123). — Vertheilung der Regimenter über Deutschland (S. 124). — Bewaffneter Friede (S. 125). — Russische und französische Streitkräfte (S. 127). — Sittliche Erziehung durch längere Dienstzeit (S. 129). — Mahnung, die Ehre des Reichs und die Einheit der Nation zu schützen (S. 131). — Vermehrung der Armee und die Finanzen (S. 133). — Deutschlands vermittelnde Weltstellung (S. 135). — Gegen Bewilligungen auf kurze Zeit (S. 136). — Neue Opfer für militärische Zwecke (S. 137). — Unabsehbarkeit der Dauer des nächsten Krieges (S. 139).

Namen- und Sachregister für Band I bis VII 141

Einleitung.

Am 24. Februar 1867 eröffnete König Wilhelm die erste parlamentarische Versammlung Deutschlands, den Reichstag des Norddeutschen Bundes; „eine Versammlung, wie sie", so heißt es in der Thronrede, „seit Jahrhunderten keinem deutschen Fürsten zur Seite gestanden hatte." Der beispiellos glückliche Feldzug des Jahres 1866 hatte es ermöglicht, auf den Trümmern des alten deutschen Bundes ein neues deutsches Staatswesen aufzurichten, welches wenigstens dem größeren Theile der Nation die so lange und so sehnsuchtsvoll erstrebte Einheit gewährte und gleichzeitig die Bürgschaft auf eine weitere zukunftsreiche, die gesammte Nation umfassende staatliche Organisation in sich trug. Es erschien wie eine dankbare Huldigung der Nation, daß in diesen ersten Reichstag eine Anzahl der bewährtesten Generale gewählt wurde, deren Führung die glücklichen Erfolge des Krieges in erster Linie zu danken waren. Daß unter diesen der Chef des Generalstabes, General v. Moltke nicht fehlen durfte, verstand sich von selbst. Drei verschiedene Wahlkreise (Memel-Heydekrug, Fürstenthum, Bitterfeld-Delitzsch) gaben ihm ihre Stimmen. Auch in

Berlin war er damals als Reichstagskandidat aufgestellt; er unterlag indessen seinem Gegenkandidaten Wiggers. „Ich gönne es der Stadt Berlin, wenn ich durchfalle", schrieb er am 28. Januar 1867 seinem Bruder Adolf.*)

Moltke hat dem deutschen Parlamente ununterbrochen für denselben Wahlkreis (Memel-Heydekrug) bis zu seinem Tode angehört und, soweit er nicht im Felde war, wie 1870/71, wenige Sitzungen desselben versäumt. Seit dem Jahre 1881 übernahm er regelmäßig als Alterspräsident die Eröffnung der Legislaturperioden. Zu Anfang des Jahres 1872 wurde er durch Allerhöchstes Vertrauen ins Herrenhaus berufen, an dessen Arbeiten er sich mit nicht minder regem Eifer betheiligte. Zum letzten Male erschien er im Reichstage zwei Tage vor seinem Tode, und der letzte Weg, den er in seinem Leben machte, führte ihn am 24. April 1891 Nachmittags — es war wenige Stunden vor seinem am Abend desselben Tages erfolgenden Tode — von einer Herrenhaussitzung seiner Wohnung zu. — Seine nie ermattende Pflichttreue hat er wie in all seinem Thun so auch im politischen Leben bekundet. Kein Abgeordneter war im Besuch des Reichstags gewissenhafter als er, und keiner im Hause übertraf ihn an Eifer, über die zur Verhandlung stehenden Fragen vollste Klarheit zu gewinnen.**) — Moltke hat es verstanden, sich eine hochangesehene Stellung im Reichstage wie im Herrenhause zu verschaffen. Nur wenige gab es unter den Abgeordneten, die in so hohem Maße die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln wußten. Sobald er als Redner auftrat, änderte sich das Aussehen der Versammlung mit einem Schlage; tiefe Stille lagert sich über den ganzen Saal, von allen Seiten drängt man sich nach der Stelle, von der er spricht, um keines seiner Worte zu verlieren. Gegner wie Verehrer lauschen mit

*) Gesammelte Schriften IV, Seite 184.

**) Erinnerung eines Fraktionsgenossen. Gesammelte Schriften V, Seite 291.

gleicher Aufmerksamkeit seinen Ausführungen, deren Gewicht sich Niemand zu entziehen vermag. Was er vorbringt, ist von so hervorragender Sachlichkeit, so ganz und gar auf den zur Erörterung stehenden Gegenstand berechnet, von so durchsichtiger, jedes Mißverständniß ausschließender Klarheit, dabei so einfach und edel in der Form, daß es des Eindrucks nie verfehlt und den Gegner stets belehrt und ihm zu denken giebt, auch wenn es seine Ansicht nicht besiegt. Nie haben sich an Moltkes Reden jene von Bitterkeit überströmenden persönlichen Bemerkungen geschlossen, an denen unser parlamentarisches Leben vielfach krankt. Was er sagt, gilt stets der Sache; der vornehmen Gehaltenheit seines Wesens liegt nichts ferner als eine absprechende Kritik von Personen. Moltke darf den seltenen Ruhm in Anspruch nehmen, nur über solche Dinge geredet zu haben, die er vollauf versteht. Kein Zweifel, daß ein Mann von einer solchen Schärfe des Verstandes und einer so reichen Fülle des Wissens sich vollaus gereifte und jedenfalls höchst beachtenswerthe Ansichten auch über Fragen gebildet hat, die nicht unmittelbar zu seinem Berufe gehören. Er hat es indessen, mit Ausnahme der Reden über das erste Sozialistengesetz und die Einheitszeit, vermieden, von anderen Dingen zu reden als solchen, die sich auf Militärisches und mit diesem unmittelbar zusammenhängende politische Fragen bezogen. Er ist immerdar beflissen gewesen, den unzertrennlichen Zusammenhang der Interessen der Armee mit denen von Staat und Volk deutlich zu machen.*) Dennoch kann man nicht sagen, daß er eben nur der technisch-militärische Rathgeber des Hauses bei einschlagenden Fragen gewesen wäre. An seine bezüglichen Ausführungen knüpfen sich vielfach Darlegungen seiner Anschauungen über innere und äußere politische Fragen, die nie verfehlt haben, einen bedeutenden Ein-

*) Gedächtnißrede des Geheimraths Ernst Curtius in der Akademie am 2. Juli 1892 in den Gesammelten Schriften V, Seite 332.

druck zu machen und den Feldmarschall als einen Politiker erscheinen lassen, der über die höchsten Ziele des Staatswesens sich Klarheit zu verschaffen bemüht gewesen ist.

Daß Moltke als ein Mann von entschieden konservativer, unweigerlich regierungstreuer Gesinnung erscheint, kann nicht Wunder nehmen. Nichts aber deutet darauf hin, daß er jener wenigstens früher nach Geltung strebenden Richtung angehört hat, die alles Verfassungswesen nur als einen vorübergehenden Nothbehelf ansah, mit welchem im Interesse eines straffen Absolutismus über kurz oder lang ein Ende gemacht werden müsse. Da er die Pflichten eines Abgeordneten übernommen hatte, dachte er über seine Aufgabe zu hoch, um solchen Gedanken Raum zu geben. Namentlich im Beginn seiner parlamentarischen Thätigkeit, als die Verfassung des Norddeutschen Bundes zur Berathung stand, haben die Verhandlungen des Reichstags einen sehr bedeutenden Eindruck auf ihn gemacht. Verschiedene Briefe aus den Jahren 1867 und 1868 legen Zeugniß dafür ab. Wir heben besonders den Brief vom 10. März 1867 an seinen Bruder Adolf hervor,*) in welchem es heißt: „Die Verhandlungen im Reichstage nehmen eine schreckliche Zeit fort, aber sie sind im höchsten Grade interessant jetzt, wo endlich die Vorberathungen und Wahlprüfungen beendet sind. Es sind doch sehr bedeutende Talente in dieser Versammlung, und neben diesen fallen die konventionellen Phrasen, die Reden um zu reden, gänzlich durch. Es ist doch, als ob selbst die helleren Geister aus dem kleinstaatlichen Leben nur den beschränkteren Gesichtskreis mitbringen . . . . . Ebenso habe ich mit großem Interesse Waldeck gehört, welcher von seinem dem Partikularismus entgegengesetzten, liberalen, fast republikanischen Standpunkt die Regierungsvorlage verwirft. In lautloser Stille hörte die Versammlung die Vorträge von Braun-Sachsen, Miquel-Osnabrück und Wagner

*) Gesammelte Schriften IV, Seite 185.

für die Vorlage und zweimal replizirte Bismarck in wahrhaft ſtaatsmänniſcher Rede. Ich ſammle die ſtenographiſchen Berichte... es iſt wohl der Mühe werth, daß du die Reden nachträglich einmal lieſt. Schon nach dieſer zweitägigen allgemeinen Diskuſſion habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verwerfung des Verfaſſungsentwurfs eine Unmöglichkeit iſt. Die Oppoſition muß ſich auf die Berathung der Einzelparagraphen werfen; ſie kann im Großen nichts verderben, ſo fängt ſie's dann im Kleinen an."

Moltke hat nicht gerade oft das Wort ergriffen, ſeine Reden ſind, wie er ſich ſelbſt ausdrückt, nicht zahlreich und jedenfalls nicht lang. Er hat im Ganzen 41 mal in den 24 Jahren, die er dem Reichstage angehörte, das Wort genommen; dreimal ſprach er im Herrenhauſe. Was ſeinen Reden an Ausdehnung abgeht, das wächſt ihnen reichlich an Gewicht und innerem Werth zu, und wohl verdienen ſie es, daß ſie den allenfalls nur von dem Hiſtoriker oder Politiker von Fach nachgeſchlagenen ſtenographiſchen Berichten entnommen und dem Volke zugänglich gemacht werden. Oft ſind es nur kurze Bemerkungen, faſt regelmäßig aber ſind ſie für die Frage, die gerade behandelt wird, von einem bleibenden Werthe. Dieſe kürzeren Aeußerungen, ſoweit ſie ſich geſondert und nicht im Anſchluß und als Ergänzung einer größeren Rede anführen laſſen, beziehen ſich vorwiegend auf militäriſch-techniſche Einzelfragen, und zwar weſentlich zu Gunſten der Landesvertheidigung und Wehrfähigkeit. Dahin gehören in erſter Linie die Ausführungen über den Nord-Oſtſeekanal ſowie über den Bau eines Schifffahrtskanals vom Rhein nach der unteren Ems. Von nicht minder großem Intereſſe ſind ſeine Ausführungen über das Eiſenbahnweſen und über die Verwendung und Ausnutzung der Eiſenbahnen zu Kriegszeiten; war doch Moltke der erſte unter den Feldherren der Neuzeit, der die Bedeutung dieſes wichtigen Faktors in ſeinem ganzen Umfange nicht bloß aner-

kannte, ſondern auch in praktiſcher Weiſe verwerthete. Die deutſche Armee war die erſte, die eine techniſch ausgebildete Eiſenbahntruppe beſaß. Bei großen Beſichtigungen vor dem Kaiſer pflegte ſich Moltke an die Spitze jener Truppe zu ſtellen und ſie dem erlauchten Kriegsherrn vorzuführen. Wo die Gelegenheit ſich bot, iſt Moltke bei den einſchlagenden Fragen eingetreten, ſei es durch rückhaltloſe Anerkennung der außerordentlichen Leiſtungen der Eiſenbahn- und Poſtbeamten im letzten Kriege, ſei es da, wo es ſich um techniſche Einzelfragen, oder um Anlagen neuer Bahnen handelte. — Es ſchließen ſich daran die intereſſanten Bemerkungen, zu denen er anläßlich der Frage über den Umbau der Feſtungen beſonders in Bezug auf Köln und Straßburg Veranlaſſung nahm. —

Neben dieſen auf die Erhöhung der Wehr- und Vertheidigungsfähigkeit des Vaterlandes bezüglichen Ausführungen hat Moltke bei jedem ſich bietenden Anlaß, auch da, wo es ſich um Fragen von etwas begrenzterem Geſichtskreis handelte, mit großer Entſchiedenheit das Wohl der Armee in allen ihren Beziehungen vertreten. Wir verweiſen u. A. auf ſeine Aeußerungen über Arreſtſtrafen, über Kaſernements und Offizierkaſinos, über Kriegs- und Naturalleiſtungen, über die Verpflegung der deutſchen Okkupationstruppen in Frankreich, ſowie über die Verwendung der hierbei gemachten Erſparniſſe. Mit großem Nachdruck hat er die Beſſerung der Lage der Offiziere bei der Penſionirung gefordert, und namentlich wirkſam verfocht er die Befreiung derſelben von den Kommunalſteuern. Ueberall macht er hierbei die Geſichtspunkte billiger Rückſichtnahme geltend und hat zur Verſtändigung über die Intereſſen der Armee das Meiſte beigetragen.

Ueber die Bedeutung der Reden, die Moltke bei der Berathung der Geſetzentwürfe über die Umbildung des preußiſchen Kriegsweſens in ein deutſches und deſſen Ausbau hielt, bedarf es keines Wortes. Dieſe Reden ſprechen für ſich ſelbſt; ſie er-

heben sich weit über den Kreis ihrer jeweiligen parlamentarischen Wirksamkeit; sie gehören der Geschichte an, und nicht bloß vom Standpunkte des Militärs, sondern auch des Staatsmannes gehalten, werden sie unvergessen bleiben, solange von deutschem Heer und Volk und von den eigenartigen Schwierigkeiten, unter denen sich die Begründung und erste Entwickelung des deutschen Staatswesens vollzogen hat, die Rede ist. Sie sind ein bedeutungsvolles und unwidersprechliches Zeugniß für die bedenkliche Lage, in der sich Deutschland seinem westlichen und in dem letzten Jahrzehnt auch seinem östlichen Nachbarn gegenüber befindet. Der von ihm mit so großem Nachdruck verfochtene Standpunkt, daß nicht der Ehrgeiz der Regierenden, sondern die Stimmungen der Völker den Frieden gefährden, gab seinen Ausführungen eine nicht abzuweisende Ueberzeugungskraft. — Als Moltke im Jahre 1888 seine Entlassung als Chef des Generalstabs nahm, hat er trotz seines hohen Alters nicht daran gedacht, aus seiner Stellung als oberster Berather seines Volks in militärischen Dingen zu scheiden; bis zu seinem letzten Athemzuge ist er darin verblieben. Seine Rathschläge werden nicht verloren und nicht vergessen sein; sie bilden ein unschätzbares Vermächtniß für unser Volk.

Zu den Reden, die Moltke im Reichstag und Herrenhaus gehalten hat, gesellen sich noch vier in seinem Nachlaß gefundene Entwürfe zu Reden, von denen drei für das Zollparlament, eine für den Norddeutschen Reichstag bestimmt waren. Die ersten beziehen sich auf das Verhältniß, wie es damals, Anfang 1868, zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten bestand. Sie richten sich gegen die vielfach vorurtheilsvollen und gereizten Stimmungen und Strömungen, die sich zu jener Zeit bei einem Theile der Süddeutschen gegen Preußen geltend machten und ihren Ausdruck in mehr oder weniger gehässigen Agitationen und Beschlüssen fanden. Sie zeichnen klar und nüchtern die Haltung vor, die nach Moltkes Anschau-

ung unter dieſen Umſtänden den Süddeutſchen gegenüber zu beobachten war. Nichts bezeichnet mehr den Fortſchritt und die Erſtarkung unſeres nationalen Bewußtſeins, als daß jene Vorurtheile in der unermeßlichen Mehrheit der Süddeutſchen als völlig überwunden anzuſehen ſind. Für die Beurtheilung der Zeit zwiſchen 1866 und 1870 ſind dieſe Entwürfe in hohem Grade bemerkenswerth und kennzeichnend; ſie werfen ein ſcharfes Licht auf die Denkungsweiſe, die unmittelbar nach dem Kriege von 1866 in Bezug auf die große deutſche Frage die Geiſter beherrſchte. Sie ſind aber nicht minder bezeichnend für die Art, in der Moltke, vom Beginn ſeiner parlamentariſchen Laufbahn, ſeine Aufgabe als Reichstagsmitglied auffaßte. Wir ſtellen ſie deshalb an die Spitze unſerer Sammlung, während wir den weiteren Entwurf, der ſich auf die Berathung des Bundesſchuldengeſetzes im Norddeutſchen Reichstage bezieht, zuſammen mit einer von Moltke bei dieſem Anlaß wirklich gehaltenen Rede einreihen werden.

Entwürfe

zu

Reden im Zollparlament.

Digitized by Google

Die im Nachlasse Moltkes gefundenen, von seiner Hand niedergeschriebenen vier Entwürfe für Reden, die nicht gehalten worden sind, tragen die Aufschrift „Zollparlament", obwohl der letzte, wohl später erst hinzugetretene Entwurf zweifellos für den Norddeutschen Reichstag bestimmt war. Sie entstammen sämmtlich der ersten Hälfte des Jahres 1868, dem zweiten Jahre seiner parlamentarischen Wirksamkeit. Die in den Entwürfen ausgesprochenen Hauptgedanken müssen ihn schon vor der Session eindringlich beschäftigt haben, denn wir finden in einem Briefe vom 24. Januar 1868 Wendungen, die fast wörtlich ebenso in den Entwürfen wiederkehren. Von den drei für das Zollparlament bestimmten Entwürfen decken sich zwei so vielfach, daß sie zum Theil fast wörtlich übereinstimmen, und der eine als Ueberarbeitung des anderen erscheint, was sich im Uebrigen auch zweifellos aus den in dem späteren Entwurf enthaltenen Hinweisen auf bestimmte Stellen des ersten Entwurfs ergiebt. Wir haben es somit nur mit einer Rede zu thun, die wir nach dem späteren Entwurf wiedergeben, indem wir sie durch Hinzufügung derjenigen Stellen vervollständigen, die Moltke nach den in diesem späteren Entwurf enthaltenen Notizen in denselben herübergenommen haben wollte. Die Rede richtete sich gegen den Erlaß einer Adresse des Zollparlaments an den König von Preußen, ein Antrag, der am 7. Mai 1868 mit 186 gegen 150 Stimmen durch einfache Tagesordnung beseitigt wurde. — Was den dritten Entwurf — in der Reihe der Niederschriften der zweite — angeht, so ist nicht ganz klar, für welchen Anlaß die Rede in Aussicht genommen war. Da sie in ihrem Eingange auf das Zollparlament hinweist, so ist sogar nicht ausgeschlossen, daß in ihrem Wortlaute die spätere Ueberarbeitung einer ursprünglich für das Zollparlament bestimmten Rede vorliegt. Während bei den anderen Entwürfen direkt von der Adresse die Rede ist, wird hier am Schluß auf ein vorliegendes Gesetz hingewiesen, das so willkommen sei, da es als „ein Stück gemeinsam vereinbarten Bauplanes" erscheine. Als Grundlagen des deutschen Neubaus hatte er in seiner Rede die Schutz- und

Trutzbündniſſe ſowie den Zollverband bezeichnet. Es iſt möglich, daß Moltke daran dachte, ſich in dieſem Sinne bei einer Generaldiskuſſion des neuen Zolltarifs auszuſprechen. Im Uebrigen enthält der Entwurf vielfach Wendungen und Geſichtspunkte, die den erſten Entwürfen entnommen ſind, auch wird einmal beſtimmt auf eine Stelle derſelben hingewieſen. Weshalb Moltke nicht Veranlaſſung genommen hat, dieſe ſo ſorgfältig vorbereiteten Reden auch auf der Rednertribüne des Zollparlaments zu halten, läßt ſich nur vermuthen. Möglicherweiſe war die Erwägung beſtimmend, daß man der Diskuſſion großer politiſcher Fragen im Zollparlament keine allzu weite Ausdehnung geben wollte, um die noch in voller Blüthe ſtehenden ſüddeutſchen Empfindlichkeiten zu ſchonen. Noch glaublicher aber will es uns ſcheinen, daß Moltke überhaupt erſt in zweiter Linie daran dachte, dieſe Rede zu halten, daß er vielmehr bei dem Entwerfen und Ueberarbeiten derſelben nach jener Eigenthümlichkeit verfuhr, die bei ſeinem literariſchen Schaffen überhaupt hervortritt.*) Er wollte ſich über Gedanken dadurch ins Klare ſetzen, daß er ſie niederſchrieb. „So ſehr war es nämlich ſeine Geiſtesart, Gedanken umzuſchmelzen, bis ſie die kürzeſte und vollendetſte Geſtalt erreichten, daß es ihm wie ein Genuß erſchien, eine Niederſchrift immer und immer wieder umzuformen. Stets lag es ihm fern, die Veröffentlichung als nächſtes Ziel ins Auge zu faſſen, eine ſolche ergab ſich vielleicht aus Nützlichkeitsgründen, niemals iſt ſie Selbſtzweck geweſen.“ Jedenfalls zeigen uns die Entwürfe, wie ſehr erfüllt Moltke von ſeiner parlamentariſchen Aufgabe war.

I.

Ich ergreife das Wort gegen die Adreſſe, nicht weil ich den darin ausgeſprochenen Wünſchen entgegen wäre, ſondern weil ich glaube, daß dieſe Adreſſe unrichtig adreſſirt iſt.

Eine Aenderung in der vertragsmäßigen Stellung der ſüddeutſchen Staaten zum Norddeutſchen Bund kann meiner Meinung nach nur auf zwei Wegen bewirkt werden, durch den Krieg, welcher die beſtehenden Verträge beſeitigt und an ihre Stelle andere ſetzt, die den Verhältniſſen mehr entſprechen, oder durch allſeitige Vereinbarung.

*) Geſammelte Schriften, Vorrede zum 2. Bande, Seite VI.

Ich räume ein, daß auf letzterem Wege in Deutſchland nicht leicht etwas geſchaffen wird.

Was auch über deutſche Einheit geredet und gedruckt, geſungen und getoaſtet worden, etwas Reales iſt daraus nie hervorgegangen.

Die Möglichkeit, ſich zu einigen, welche unſer Herrgott der deutſchen Nation in Abſchnitten von Jahrhunderten geboten, wurde nicht benutzt, weil Jeder ſie ſo verſteht, daß er der Mittelpunkt derſelben wird, Jeder einen andern, daher meiſt unmöglichen Weg will.*)

Was bisher an wirklicher Einigung zu Stande gekommen iſt, das verdanken wir dem Zwang, den Preußen in milderer oder herberer Form durch ſeine Handelspolitik, ſeine Diplomatie und ſein Schwert geübt hat.

Dies hat Preußen eine reiche Ernte von Haß und Feindſchaft eingetragen. Insbeſondere hat Parteileidenſchaft in neueſter Zeit in öffentlicher Rede und Schrift in Süddeutſchland Preußen verdächtigt, herabgeſetzt und verſpottet. Ich glaube nicht, daß dieſe Bemühungen bei dem gebildeten Theil der Nation Eingang gefunden haben können, und denke, daß ein Theil der ſüddeutſchen Abgeordneten eine beſſere Meinung von der großen preußiſchen Kaſerne mit zurückbringen wird.

Jeder hat das Recht, ſeine Eigenthümlichkeiten hoch zu ſtellen, laſſen Sie uns auch die unſrigen. Wir ſehen in unſern, freilich vorherrſchenden militäriſchen Einrichtungen eine Schule,

*) Vergleiche Brief vom 24. Januar 1868 an den Bruder Adolf. Geſammelte Schriften IV, Seite 188. „Das im März zuſammentretende Zollparlament wird zeigen, ob die deutſche Nation gewillt iſt, die Gelegenheit zu nützen, welche unſer Herrgott alle paar Jahrhunderte einmal bietet, zu der Einigung zu gelangen, nach der Alles ſchreit, ſingt und feſttaſelt, die aber dann zumeiſt nicht in die Schablone paßt, welche jeder einzelne Stamm für ſich, abweichend von allen andern, dafür macht. Ohne äußern Zwang kommt ſo etwas nicht zu Stande, und früher oder ſpäter werden wir den Kampf dafür zu beſtehen haben."

welche das Volk zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam heranbildet, wir zwingen aber Niemandem unsere Einrichtungen auf. Welche Schritte sind seit Abschluß des Friedens vom Norddeutschen Bund gethan, um die süddeutschen Staaten aus ihrer Eigenthümlichkeit, ihrer Selbstständigkeit oder, wenn Sie wollen, ihrer Sonderstellung zu verdrängen?

Freilich wäre eine größere Annäherung, z. B. auf dem militärischen Gebiet, zu wünschen. Es besteht zur Zeit ein Schutz- und Trutzbündniß. Es ist dies die unvollkommene Form gegenseitiger Hülfsleistung.*) Ein Schutz und Trutzbündniß hat gerade so viel Werth, wie jeder Theil Schutz und Trutz zu üben vermag. Ich rede nicht davon, daß Norddeutschland die größeren Streitmittel besitzt, das versteht sich von selbst, aber wir stellen eben eine Armee, Sie stellen Kontingente, wir haben einen Kriegsherrn, Sie einen Oberfeldherrn. Der Unterschied ist groß, und das Jahr 1866 hat das gezeigt. Man hat die süddeutsche Kriegführung hart getadelt und die Führer dafür verantwortlich gemacht. Die Eigenliebe verlangt immer bei unglücklichen Feldzügen, daß Einer die Schuld trägt, wäre dieser Eine nicht gewesen, so wäre Alles gelungen. Aber, meine Herren, in der Hauptsache tragen nicht die süddeutschen Führer die Schuld an dem Mißerfolg, auch nicht die süddeutschen Truppen, welche sich überall tapfer geschlagen haben. Es waren die süddeutschen Partikularinteressen, welche es möglich machten, daß 46 000 Preußen, einheitlich und kräftig geführt, gegen 100 000 Gegner die Offensive ergreifen und von der Eider bis zur Jaxt vordringen konnten. Sie hatten in die Hand des Führers eine Waffe aus trefflichstem Stahl gelegt, aber sie bestand aus Stücken.

---

*) Im Manuskript befindet sich an dieser Stelle die Notiz: „Die Erfahrungen des Jahres 1866." Die bezüglichen Ausführungen sind im ersten Entwurf enthalten, aus dem wir sie hier einschalten.

Dies der Unterſchied zwiſchen einheitlichem Heer und Koalition. Beim beſten Willen können die Staaten Süddeutſchlands für jetzt nur eine Koalition bieten, während wir doch rings um uns nur große einheitliche Heere erblicken. Auch wir wünſchen daher eine innerliche Verſchmelzung, aber wir wünſchen ſie weniger im norddeutſchen oder im preußiſchen, als im allgemein deutſchen und ganz beſonders in Ihrem eigenen Intereſſe. Der Norden braucht den Süden nicht zu drängen, er kann es abwarten, bis das Bedürfniß den Süden zu uns führt.

Dies Bedürfniß nun tritt jedesmal hervor, ſobald eine Wolke am politiſchen Horizont ſich zeigt. Freilich mit dieſer Wolke verduftet auch alsbald jede Neigung, Inſtitutionen dauernd einzuführen, welche die Hülfe des Norden ermöglichen und ſelbſt entbehrlich machen würden. Man erkennt die Nützlichkeit der Einrichtungen, welche ſich in Preußen bewährt haben, aber man hofft den Laſten zu entgehen, welche ſie nothwendig mit ſich führen — Laſten, welche doch Preußen 50 Jahre allein getragen, ohne zu erliegen, und deren Verwendung wir es danken, wenn heute in dieſem Saal Abgeordnete aus dem Norden wie dem Süden zuſammen tagen. Und dies Zögern liegt nicht etwa allein an den Regierungen, ſondern namentlich an den Volksvertretungen.

Sie haben im Prinzip allgemeine Wehrpflicht, dreijährige Dienſtzeit angenommen, aber in der Praxis werden Sie bei der Schwäche Ihrer Kadres und Größe der Erſatzeinſtellung die zweijährige und bei den bewilligten Geldmitteln nach wie vor die einjährige haben.

Daß der Norden den Anſchluß des Südens wünſcht, iſt bekannt, dafür bedarf es nicht des Ausdrucks durch eine Adreſſe. Es bedarf der Einigung zwiſchen Regierung und Volksvertretung innerhalb der ſüddeutſchen Staaten, und dies, meine Herren aus Süddeutſchland, ſcheint mir Ihre häusliche Angelegenheit, die

Sie doch daheim abmachen mögen. Eine Adreſſe hier im Zollparlament, ohne Betheiligung der Regierungen, ausgehend von einem Theil der Volksvertretung kann unmöglich ein praktiſches Reſultat haben, ſondern nur Parteileidenſchaft aufregen. Wir können Verträge nicht einſeitig umſtoßen. Bringen Sie uns zur Einigung, und keine Rückſicht auf etwaige Verwicklungen nach außen wird davon abhalten, Ihnen die gleich berechtigte wie gleich verpflichtete Stellung im Bunde einzuräumen. Nichts könnte einer vollſtändigen Einigung förderlicher ſein als ein Anſtoß von außen, eine Erſchütterung, welche den in ſeinem Verlauf unterbrochenen Kryſtalliſationsprozeß wieder in Fluß brächte.

Unſere Nachbarn wiſſen ſehr gut, auch die, welche thun, als ob ſie nicht wüßten, daß Deutſchland keine Eroberung will. Wenn einer oder der andere thut, als ob er einen Angriff von uns beſorgte, ſo liegen dabei ganz andere Abſichten als Abwehr zu Grunde. Aber man weiß auch ebenſo beſtimmt, daß wir uns keine Einmiſchung in innere Angelegenheiten gefallen laſſen.

Sollten daher noch ruhige Zeitläufte uns vorbehalten ſein, ſo wird doch auch eine allmälige Annäherung immer zu hoffen ſein. Eine ſtarke Nöthigung beſteht auch jetzt noch fort, nicht der materielle Zwang, aber der Zwang, welchen geſunde Vernunft und das eigene Intereſſe überhaupt im menſchlichen Leben üben.

Ich erwarte eine Annäherung des Südens an den Norden wie von ſeinem Patriotismus ſo deshalb, weil wir den höheren Preis bieten. Wir ſtellen ein Heer, Sie Kontingente, wir haben einen Kriegsherrn, Sie nur einen Oberbefehlshaber, wir bieten Ihnen, was wir mit Blut errungen und was uns keine Macht der Erde wieder entreißen wird, bieten Ihnen, was Sie ohne uns nie erreichen können —, ein Vaterland.

II.

Ich möchte nicht, daß die Diskussion in diesem Hause für unsere süddeutschen Landsleute den seltsamen Wahn bestärkte, daß wir hier nichts Angelegentlicheres zu thun hätten, als sie an uns heranzuziehen, und ihre Abgeordneten zum Zollparlament hätten sie darüber belehren können, wie ganz und gar nicht dieses der Fall ist; dennoch scheint der Wahn zu bestehen.

Preußen hat durch Waffenerfolge für Deutschland die Möglichkeit einer Einigung erstritten. Dies ist nun doch kein Grund, selbst wenn man von jener Möglichkeit keinen Gebrauch machen will, uns mit Haß und Hohn zu überschütten, wie das in Süddeutschland in großen Versammlungen öffentlich und in Zeitungen täglich geschieht.

Ich kann für diese seltsame Erscheinung keinen anderen Grund finden als die Furcht, die Besorgniß, daß wir eines Tages plötzlich ihnen ins Land fallen, die Rechte der Fürsten schmälern, die Freiheit der Völker unterdrücken wollen.

Das Werk der deutschen Einigung ist im Jahre 1866 unvollendet geblieben. Man konnte von staatsmännischer Einsicht und von deutschem Patriotismus erwarten, daß sie das Uebrige thun würden.

Aber es scheint, daß man an einigen Stellen die Begriffe von Sonderstellung und Souveränetät miteinander verwechselt, und was den Patriotismus betrifft, so ist der Deutsche hinter dem Franzosen, dem Briten, hinter dem Polen und dem Dänen weit zurück. Der Deutsche ist in Esthland guter Russe, im Elsaß guter Franzose, in Amerika eifriger Yankee, nur in Deutschland will er nicht Deutscher, selbst nicht Coburg-Gothaer, sondern Gothaer oder Coburger sein.

Nach drei Jahrhunderten, seit Karls V. Zeiten, tritt einmal wieder das Schicksal mit der Frage an uns heran: Wollt ihr Deutsche, nachdem ihr durch euren Zwiespalt Lothringen

und Burgund, Elsaß, die Schweiz und Niederland verloren, das immer noch reiche Erbe, welches euch verblieben, durch Einigkeit für alle Zukunft wahren?

Und was ist die Antwort?

Man hat von deutscher Einigkeit 50 Jahre geredet, gedichtet, gesungen, hat Toaste ausgebracht, Schützenfeste abgehalten, Volksbeschlüsse gefaßt, aber geeinigt hat man sich nicht. Man will die Einigung — aber auf dem gegebenen Wege, durch Preußen, will man sie nicht, man will sie auf einem anderen, das heißt jeder auf seinem, mithin auf unmöglichem Wege.*) Man behält sich vor, vielleicht, unter vorzuschreibenden Bedingungen, künftig in eine Einigung zu willigen.

Meine Herren, dieses scheint mir ein gänzliches Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse zu sein. Glaubt der Süden ohne den Norden fertig werden zu können, nun, wir sind gewohnt, auf die eigene Kraft zu bauen.

Zwei nationale Bande vereinen bis jetzt die Deutschen aller Stämme, der Zollverband, bei dem hoffentlich der Süden nicht zu kurz kommt, und das Schutz- und Trutz-Bündniß. Bei letzterem bitte ich doch nicht zu übersehen, daß durch den Hinzutritt Süddeutschlands uns zwar eine Hülfe zu Theil wird, daß wir aber auch eine Hülfe leisten, und zwar eine weit größere, als wir empfangen. Ich meine damit nicht, daß wir im Norden eine zehnfach größere Macht gegen die Feinde Deutschlands zu entwickeln vermögen, nicht, daß wir noch jetzt einen Theil der Militärlast für Gesammt-Deutschland tragen, daß noch heute unsere Geschütze auf den Wällen der süddeutschen Festungen stehen.

Aber der Norden stellt ein einheitliches Heer auf unter seinem Kriegsherrn, der Süden Kontingente; er kann beim besten Willen nicht mehr bieten als eine Koalition, und was das sagen will, wird man im Süden am besten wissen.

*) Siehe den oben angeführten Brief vom 24. Januar 1868.

Die Koalition iſt vortrefflich, ſolange alle Intereſſen jedes Mitgliedes dieſelben ſind. Kommt es aber darauf an, daß zur Erreichung des großen gemeinſamen Zweckes einer der Theilnehmer ein Opfer bringen ſoll, dann rechne ich wenigſtens nicht weiter auf die Wirkung der Koalition. [Einer der weſentlichſten Faktoren für den glücklichen Erfolg des letzten Krieges war der Entſchluß Sr. Majeſtät des Königs von Preußen, ſeine Rheinprovinz von allen Truppen bis auf die Feſtungsbeſatzungen zu entblößen, um da, wo die Entſcheidung lag, mit gleichen Kräften wie der Gegner auftreten zu können. Nehmen Sie einen Augenblick an, daß Rheinland und Weſtfalen ein ſelbſtändiges Großherzogthum war. Glauben Sie, daß es ſelbſt bei einem Schutz- und Trutzbündniß zu erreichen geweſen wäre, daß dieſer Staat ſeine Armee aus dem Lande fort nach Böhmen geſchickt hätte? Und doch, wenn es nicht geſchah, waren wir um 66000 Mann ſchwächer bei Königgrätz.]*)

Die Partie ſteht nicht gleich auf beiden Seiten, wir bieten Ungleiches. Der Norden bietet, was Preußen durch Blut errungen, was keine Macht der Erde, ſo Gott will, uns wieder entreißen wird, wir bieten, was der Süden ohne uns niemals haben kann — ein Vaterland, ein wirkliches, großes und mächtiges Deutſchland. Und das, meine Herren, ſind wir ſchon heute; im Ausland, jenſeits des Ozeans, ſind wir geachtet, vielleicht gefürchtet, vielleicht gehaßt, beides ohne Grund, aber mißachtet, verſpottet — nur in Deutſchland.

Wohl weiß ich, daß eine ſolche Verblendung nur bei der wenig urtheilsfähigen Menge hervorgerufen iſt. Aber auch dieſer Menge gegenüber thun wir nicht, als ob der Anſchluß nicht ihnen, ſondern uns unentbehrlich ſei.

---

*) Die eingeklammerte Stelle iſt aus dem erſten Entwurf eingeſchaltet, da die Handſchrift des zweiten Entwurfs durch die an dieſer Stelle befindliche Notiz „Rheinland und Weſtfalen" darauf hinweiſt.

Unter der Wirkung des Zollvereins und unter dem Schutz des Bündnisses können die Süddeutschen immerhin noch eine Weile schmollend seitwärts stehen, bis die erste Erschütterung von innen oder von außen die Unhaltbarkeit dieser Lage aufdeckt. Glauben sie, bessere Freunde zu finden als ihre norddeutschen Landsleute, wollen sie sich an unserer Arbeit nicht betheiligen, so kann uns das nicht hindern, sie fortzusetzen.

Bauen wir unser Haus stark und fest, denn es kann Stürmen zu trotzen haben, bauen wir es so, daß wir unsere Landsleute aufnehmen können, wenn sie sich melden, nicht als Fremde, nicht als Gäste, sondern als vollberechtigte Mitbewohner. Aber das können diese dann nicht fordern, daß wir das Fertiggewordene wieder einreißen, um nach ihrem Geschmack neu zu bauen.

Und eben deshalb ist das uns vorliegende Gesetz ein so willkommenes. Es ist ein Stück gemeinsam vereinbarten Bauplans.

Reden

im

Reichstage und im Preußischen Herrenhause.

I. Ueber Verkehrsweſen.

Kanäle — Poſt und Eiſenbahnen — Landesbefeſtigung.

Nord-Oſtſee-Kanal.

Berathung des Marine-Etats.

Reichstagsſitzung vom 17. Juni 1868.

Es wäre gewiß ſehr wünſchenswerth, daß wir noch mehr Häfen hätten, es iſt auch danach geſucht worden; ich will aber doch bemerken, daß der Hafen im Jasmunder Bodden inkluſive der Feſtungswerke auf einige 30 Millionen zu ſtehen kommt; ich glaube im Gegentheil, daß wir zu lange nach Häfen geſucht haben, die ſo koſtſpielig ſind, daß für die Flotte, die ſie ſchützen ſoll, nichts übrig bleibt. In Bezug auf den Kanal möchte ich eine thatſächliche Angabe machen. Ich zweifle nicht, daß der ſogenannte Königshafen ganz gut ſein mag, obwohl die Einfahrt eine ſchwierige iſt, es fehlt aber die Verbindung von Romöe nach dem Kontinent, und es müßte da ein außerordentlich koſtſpieliger Bau vorgenommen werden, um dieſe Verbindung herzuſtellen, denn Ebbe und Fluth gehen täglich viermal über

die Watten weg. Was den Kanal von Flensburg betrifft, so ist mir die eigenthümliche Gestaltung des Terrains ebenfalls aufgefallen, als wir im Jahre 1864 in Schleswig waren. Ich habe dasselbe näher untersucht. Der Höhenrücken der Halbinsel zieht ganz nahe an der Ostküste hin und fällt steil zum Flensburger Hafen ab. Von der Flensburger Bucht aus steigt ein Thal aufwärts, und in der Entfernung von nur 1500 Schritt liegen schon die Quellen der nach der Nordsee abfließenden Bäche. Es liegt also nahe, zu vermuthen, daß hier in der allergünstigsten Richtung für die Schifffahrt ein Kanal herzustellen sein könnte. Ich habe diese Höhen mittelst Theodoliten in zwei Richtungen nivelliren lassen und zwar durch einen zuverlässigen Ingenieurgeographen; es ergab sich aber, daß die Höhe der niedrigsten Stelle 121 Fuß beträgt. Ich muß dabei bemerken, daß auf der Höhe ein Wasser zur Speisung des Kanals nicht vorhanden ist. Außerdem würde ein Kanal, mit Schleusen gebaut, wieder die Schifffahrt hemmen. Sie müssen sich also einen Graben vorstellen, der 120+32 Fuß tief und oben 600 Fuß breit sein würde. Einen solchen Graben auch nur auf die Entfernung von ein paar Tausend Schritt zu führen, würde kostspielig, aber möglich sein; das Schlimme ist aber, daß das Terrain von der Höhe nach der Nordsee hin sich so allmälig abflacht, daß auf eine Entfernung von zwei Meilen der Kanal immer noch 91+32 Fuß Tiefe haben müßte. Dieser Kanal würde daher viel theurer werden als der andere auf 30 Millionen veranschlagte, der noch den Vortheil hat, daß er aus dem befestigten Kieler Hafen nach dem jedenfalls zu befestigenden Hafen an der unteren Elbe führt. Das Projekt, den Kanal von Flensburg auszuführen, halte ich für unausführbar.

Reichstagsſitzung vom 23. Juni 1873.

Meine Herren, ich werde die Diskuſſion nicht lange aufhalten, aber ich glaube, daß es doch nützlich ſein kann, die ſehr großen Erwartungen, die an die Ausführung des Nord-Oſtſeekanals geknüpft werden, einigermaßen auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Ich thue es nicht gern, weil es ein Unternehmen iſt, welches gerade einen militäriſchen Nutzen haben ſoll. Ich habe ſelbſt ſchon im Jahre 1865 verſchiedene Linien, damals von Flensburg aus, durch das Land nivelliren laſſen. Abgeſehen von den überaus großen Schwierigkeiten, die ſich dabei herausſtellten, waren dieſe Linien alle zu verwerfen, nachdem nicht mehr im Alſen-Sund, ſondern in der Kieler Bucht unſer Kriegshafen begründet worden war. Es iſt dann regierungsſeitig eine Linie bearbeitet worden, die ſchon früher von dem däniſchen Ingenieur Chriſtenſen als die zweckmäßigſte und vielleicht einzig ausführbare bezeichnet war. In einer vortrefflichen Denkſchrift des Herrn Regierungs-Oberbauraths Lenze ſind die Verhältniſſe dargelegt und der Koſtenanſchlag auf 28 Millionen berechnet. Die Linie geht von St. Margarethen an der Unterelbe nach Eckernförde. Wenn aber der Kanal einen militäriſchen Nutzen haben ſoll, ſo muß er auch aus ſehr nahe liegenden Gründen in die Kieler Bucht hineinführen, und gerade dort, zwiſchen Rendsburg und Holtenau, ſtellen ſich erhebliche Terrainſchwierigkeiten entgegen. Der Herr Baurath Lenze berechnet die Mehrkoſten auf 10 Millionen. Das ſind 38 Millionen, veranſchlagt vor acht Jahren. Wir wiſſen, wie ſeitdem die Preiſe aller Materialien und insbeſondere auch der Arbeitslohn geſtiegen iſt, und das tritt hier beſonders in Betracht, wo es ſich um eine Erdbewegung von 14 Millionen Schachtruthen handelt. Sie würden alſo den Kanal heute ſicherlich nicht unter 50 oder 60 Millionen herſtellen können. Nun, meine Herren, daß man die Zinſen dieſer Summe nicht herausarbeiten wird, das, glaube ich, iſt außer Zweifel,

und es würde nun in Betracht treten der Nutzen, welcher mit so großen Opfern für Schifffahrt und Handel und in militärischer Rücksicht erreicht werden könnte. Man schätzt die Zahl der Schiffe, die den Oresund passiren, jährlich auf 40 000 und glaubt, daß wenigstens der größere Theil davon den Kanal passiren wird.

In Ausfall kommen zunächst natürlich alle Schiffe, die nach Norwegen, und diejenigen, die nördlich einer Linie fahren, welche man etwa aus der Mitte der Ostsee nach Hull gezogen sich denken kann. Denn diese Schiffe würden einen Umweg machen, um den Kanal zu passiren, sie würden dadurch Zeit verlieren, und Zeit ist Geld, namentlich bei Dampfschiffen. Wir müssen dann ferner Rücksicht nehmen auf die klimatischen Verhältnisse. In unserem Norden ist der Kanal mindestens 100 Tage zugefroren, ohnehin hört ja in der Ostsee im Winter die Schifffahrt auf, es bleibt also für den Verkehr nur das längere Sommerhalbjahr. In diesem aber fällt für den Kanalverkehr der Hochsommer ebenfalls aus, denn dann sind keine großen Stürme und keine anhaltenden Nebel zu erwarten, und die Schiffe werden, um die Kanalkosten, die jedenfalls nicht gering sein können, zu ersparen, den alten Kurs durch das Kattegat nehmen.

Der Verkehr beschränkt sich also eigentlich wohl auf die beiden Aequinoktialzeiten. Dann dürfte allerdings eine große Zahl, vielleicht eine zu große, den Kanal passiren. Der Kanal soll 31 Fuß unter dem Niveau beider Meere in einer Horizontale von einem Meere zu dem anderen führen. Nun sind die Wasserstände in beiden Meeren oft sehr verschieden. Ein starker Westwind staut bekanntlich die Wasser der Elbe auf, und es ist nichts Ungewöhnliches, daß sie sich 12 Fuß über den mittleren Stand erheben. Derselbe Wind treibt das Wasser aus der Kieler Bucht heraus, und es giebt dort Differenzen von 8 Fuß. Es kann also eintreten, daß 16 bis 20 Fuß Unterschiede im

Wasserstand eintreten. Das würde eine Strömung erzeugen, die nicht allein die Schiffahrt sehr hemmt, sondern auch zu kostspieligen Uferbauten führen würde. Eine Schleuse wenigstens ist an der westlichen Ausmündung unentbehrlich.

Nun erfordert das Durchschleusen eines großen Schiffes 1½ Stunden, von kleineren Schiffen können allerdings mehrere gleichzeitig durchgelassen werden. Wenn also Hunderte von Schiffen vor der Schleuse liegen sollten, so würde die ersparte Zeit leicht wieder verloren gehen.

Nun frage ich aber, meine Herren, für wen bauen wir eigentlich diesen Kanal? Ich kann mich darin irren, aber ich glaube, unsere Ostseestädte handeln nach Skandinavien und nach Rußland, unsere Nordseestädte nach England, nach Amerika u. s. w. Ein großer Schiffsverkehr, selbst wenn der Kanal hergestellt ist, zwischen Danzig und Bremen oder Stettin und Hamburg würde doch wohl kaum stattfinden. Wir bauen vielmehr den Kanal für Schweden und Rußland, für Amerika, Frankreich u. s. w. Nun kann man sagen, in diesem Falle würden diese Staaten sich auch an den Kosten der Anlage betheiligen. Vielleicht! meine Herren, aber dann würde dieser Kanal ein internationaler, es würde dann aber auch der ganze militärische Nutzen verloren gehen, denn im Kriege würden wir den neutralen Kanal gar nicht benutzen können, während wir noch im letzten Kriege sehr bedeutende Versendungen nach der Jade bewirkt, selbst kleinere Kriegsschiffe durch den schon vorhandenen Eiderkanal übergeführt haben. Ob der schon vorhandene Kanal mit außerordentlich viel geringeren Summen sich nicht in besseren Zustand wird versetzen lassen, das will ich dahin gestellt sein lassen.

Was nun den militärischen Nutzen betrifft, so ist behauptet worden, daß wir durch den Kanal die Möglichkeit gewönnen, die Flotte von einem Meer in das andere zu bringen, also in dem einen Meere doppelt so stark aufzutreten. Meine Herren, ganz richtig ist das auch nicht. Zunächst können wir in beiden

Meeren engagirt sein. In einem Kriege mit Frankreich, dem Dänemark beiträte, können wir die Ostseeflotte in der Ostsee nicht entbehren. Allerdings könnten wir unter Umständen die Schiffe der Ostseeflotte in der Nordsee verwerthen; aber ich glaube, Schiffe wie den „Prinz Friedrich Karl" und den „König Wilhelm" können wir in der Ostsee gar nicht brauchen.

Ich fasse meine Ausführungen in dem einen Satz zusammen: wenn wir geneigt sind, für maritime militärische Zwecke eine Summe von 40 bis 50 Millionen Thaler auszugeben, dann würde ich Ihnen vorschlagen, statt eines Kanals für die Flotte eine zweite Flotte zu bauen.

Rhein-Ems-Kanal.

Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau eines Schiffahrtskanals von Dortmund über Henrichenburg, Münster, Bevergern, Neudörpen nach der unteren Ems.

Herrenhaussitzung vom 30. Juni 1882.

Meine Herren, der Gegenstand, der uns beschäftigt, ist im anderen Hause und auch in Ihrer Kommission auf das Gründlichste geprüft worden. Für mich und vielleicht für manche von den Herren ist es außerordentlich schwierig, die Gründe für und gegen richtig gegeneinander abzuwägen. Wir haben auf der einen Seite Zahlen, auf der anderen Seite Erwartungen. Daß die Kanäle jemals die Zinsen des Anlagekapitals geben werden, das ist gewiß sehr zweifelhaft. Dem aber stehen auf der anderen Seite entgegen die großen Vortheile, welche der Transport von Massengütern gewährt, Güter, die zum Theil niemals auf die Eisenbahn kommen werden. Ich wollte noch sagen, dies abzuwägen, ob die Vortheile, die dadurch gewonnen werden, über-

haupt überwiegen, und in welchem Maße sie den finanziellen Ausfall überwiegen, das glaube ich, kann Niemand besser als die Regierung selbst übersehen, die Regierung, welche uns diese Vorlage gebracht hat und welche gewiß die weittragenden Konsequenzen vollständig erwogen hat. In militärischer Beziehung muß ich ja dem Ausbau unseres Eisenbahnnetzes entschieden den Vorzug geben vor den Kanälen.

Man wird auf den Kanälen schwerlich jemals Truppen transportiren, doch aber wird ein ausgebildetes Kanalsystem auch in militärischer Beziehung sehr vortheilhaft sein, namentlich zur Verproviantirung unserer Grenzfestungen und Anhäufung der unermeßlichen Magazine, welche erforderlich sind für die Operationsarmee.

Mir scheint aber, daß die Vorlage doch eigentlich sympathisch begrüßt werden könnte, namentlich vom Bergbau und der Landwirthschaft. Der Landwirthschaft gewähren die Eisenbahnen in der That einen sehr beschränkten Nutzen, und sie kommen eigentlich nur einigen engeren Bezirken zu gute, welche an einen Haltepunkt oder Bahnhof grenzen. In weiterer Erstreckung sollen unsere voluminösen Produkte auf eine größere Entfernung fortgeführt werden; da mag man den Eisenbahntarif herunterseten, wie man will, der Vortheil geht schon auf der Hinfahrt verloren. In der That bilden die Eisenbahnen eher ein Hinderniß als ein Beförderniß der Güterbewegung. Wenn wir bei jedem Zuge, der über unsere Felder geht, die Wagen anhalten müssen, so ist das ein großes Hemmniß. Ich glaube, meine Herren, daß die Eisenbahnen und Kanäle sich gegenseitig ergänzen müssen. Die Eisenbahn kann den Kanal nicht ersetzen und der Kanal nicht die Eisenbahn. Ich fürchte auch nicht, daß dieselben in eine vernichtende Konkurrenz treten werden. Daß dies nicht der Fall ist, sehen wir nicht bloß am Rhein, sondern wir sehen es hier in Berlin, wo aus allen Weltrichtungen acht oder neun Hauptbahnen zusammenkommen und dessenungeachtet bei der schlechten

Beschaffenheit der Wasserwege ein ganz kolossaler Verkehr auch durch die Flußschifffahrt vor sich geht. Ich hoffe, daß durch den Bau der Kanäle — und ich vertraue in dieser Beziehung auf die Thatkraft unseres Ministers der öffentlichen Arbeiten und Eisenbahnen — das Eisenbahnsystem seine weitere Entwickelung finden wird, und ohne auf die politischen Verhältnisse in unseren Nachbarländern hinzudeuten, muß ich bemerken, daß unser Eisenbahnsystem dringend noch großer Ergänzungen bedarf; aber ich hoffe, daß neben dieser Ergänzung das Kanalsystem ebenfalls zu Stande kommen wird. Ich werde meinestheils für die Vorlage stimmen.

Post- und Eisenbahnwesen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung des Ueberschusses aus der Verwaltung der französischen Landesposten durch die deutsche Reichs-Postverwaltung während des Krieges 1870/71 zu Gunsten der betreffenden Beamten.

Reichstagssitzung vom 3. Juni 1872.

Der Abgeordnete Reichensperger hat erwähnt, daß nicht bloß die Postbeamten, sondern auch andere Beamte während des Feldzuges sich sehr verdienstlich gemacht hätten. Ich trete dem vollkommen bei. Meine Herren, ich möchte gern diese Gelegenheit ergreifen, um auszusprechen, wie auch die Eisenbahnbeamten sich durch die allergrößte Aufopferung und Pflichttreue ausgezeichnet haben. Wenn die Eisenbahnen im Felde den allerdings sehr großen Ansprüchen, welche die militärische Führung an sie stellte, nicht durchaus entsprechen konnten, so hat es nicht an den Beamten gelegen. Ich glaube, daß vielleicht in der Organisation des Betriebes im Felde sich Manches wird verbessern lassen; die

Pflichttreue und der Eifer der Beamten aber hat nichts zu wünschen übrig gelassen. Nun kann doch aber das Verdienst der Eisenbahnbeamten nicht das Verdienst der Postbeamten schmälern, und ich werde mit großer Freude und unbedenklich für die Vorlage stimmen.

Zweite Berathung des Nachtrags-Etats für 1871 betreffend den Nachtrag zum Post-Etat.

Es liegt hier eine Resolution vor, betreffend die allmähliche Aufhebung der Offizier-Postmeisterstellen, gegen die sich **Moltke** erklärte. Die Resolution wurde jedoch angenommen.

Reichstagssitzung vom 19. Mai 1871.

Es ist von dem Herrn Vorredner besonders Gewicht auf die Examina gelegt worden; ich glaube, daß Jemand ein brillantes Postexamen gemacht haben und doch ein schlechter Postbeamter werden kann. Dazu gehören gewisse persönliche Eigenschaften, große Pünktlichkeit, Pflichttreue und Fleiß, und das sind Eigenschaften, zu denen doch im Allgemeinen der Militärdienst heranzieht. Das sehen wir an der großen Nachfrage nach gedienten Militärs für die allerverschiedensten Thätigkeiten. Jeder Militär, der pensionirt wird, hat den Wunsch, wieder in eine nützliche Wirksamkeit zu treten, und eine solche gewährt ihm die Post. Ich glaube, daß der Herr General-Postmeister Mittel genug hat, zu verhindern, daß nicht-qualifizirte Subjekte in Poststellen einrücken. Ich bitte, die Resolution abzulehnen.

Zweite Berathung des Gesetzes über die Kriegsleistungen, insonderheit die Inanspruchnahme der Eisenbahnen.

Reichstagssitzung vom 19. Mai 1871.

Ich wollte nur bemerken, daß die Militärbehörde das allergrößte Interesse hat, daß die Bahnen betriebsfähig bleiben, und daß man ihnen auf keinen Fall dasjenige Material wegnehmen wird, welches zur Fortsetzung des Betriebes durchaus nöthig ist.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Zu demselben war ein Amendement eingebracht, welches noch 550000 Thaler Kosten für den Bau einer Eisenbahn von St. Ludwig bis zur Rheinhütte einschließlich der Hälfte der Kosten für eine feste Rheinbrücke und die nöthigen fortifikatorischen Anlagen verlangt.

Reichstagssitzung vom 6. Juni 1872.

Ich wollte nur mit wenigen Worten die militärische Seite der Frage beleuchten. Wir sind davon abgegangen, Schwierigkeiten zu erheben bei den großen Stromübergängen durch Forderung fortifikatorischer Anlagen und dergleichen. Es genügt, daß die Uebergänge zerstört werden können, und das ist bei stehenden Brücken jedesmal der Fall, wenn sie zur Sprengung eingerichtet werden. Gegen eine Schiffbrücke müßten wir protestiren; Schiffbrücken bieten dem Feinde eine sehr gute Gelegenheit zum Schlagen von Pontonbrücken, es sind die Rampen vorhanden, die an das Flußufer herunterführen und dadurch die Sache sehr erleichtern. Vom Standpunkte der Landesvertheidigung sind beide Brücken uns willkommen, aber nicht in gleichem Maße. Die von St. Ludwig liegt auf der Bahn, welche, von Ulm nach Augs-

burg kommend, auf kurzer Strecke die Schweiz berührt und so für den Kriegsfall für uns vollkommen unbrauchbar ist. Fehlt es also an Mitteln und an personellen Kräften, beide Bauten zugleich auszuführen, so ziehen wir bei Weitem die Bahn über Alt-Breisach vor. Ich werde mich aber sehr gern der von einem der Herren Vorredner vorgeschlagenen Resolution anschließen, denn meiner Meinung nach handelt es sich nur um die Priorität, welche Bahn zuerst ausgeführt werden soll.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Den Antrag Schmidt über die Wiederaufnahme der Linie Lauterburg—Straßburg in die Vorlage hatte die Kommission gestrichen. Nachdem Moltke entschieden für den Antrag eingetreten, wird die Vorlage in der ursprünglichen Form wieder hergestellt.

Reichstagssitzung vom 6. Juni 1873.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen das von dem Abgeordneten Schmidt gestellte Amendement empfehlen. Ein Blick auf die Eisenbahnkarte zeigt, daß wir von Straßburg aus drei Eisenbahnlinien in Richtung auf Westen und Süden haben, was für die Vertheidigung gerade von Süddeutschland von großem Werthe ist. Wir können aber diesen Vortheil nicht ausnutzen, solange wir nur zwei Linien haben, die nach Straßburg führen. Es ist von einem der Herren Vorredner als eine Art Luxus bezeichnet, daß die Militärverwaltung lieber auf drei Linien als auf zwei fahren will. Meine Herren, eine durchgehende Linie mehr ergiebt einen Unterschied von zwei Tagen in der Versammlung der Armee und ermöglicht daher auch einen ebenso viel früheren Beginn der Operation, und was das zu bedeuten hat, darüber brauche ich nach den gemachten Erfahrungen kein Wort zu ver-

lieren. Eine solche dritte Linie würde nun die Lauterburglinie sein, denn ihre Vervollständigung nach rückwärts bis Germersheim ist gesichert. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist der Ansicht gewesen, daß diese Linie nicht aus Reichsmitteln gebaut werden solle, weil die Linie verspricht, eine lukrative zu sein, und daher von Privaten doch gebaut werden wird. Wenn Sie die Linie Lauterburg den Privaten überweisen, so verzichten Sie auf einen Ertrag für das Reich und wenden den Vortheil einer Privatgesellschaft zu. Schließlich aber werden doch die Ausfälle in den Erträgen des Reiches bezahlt oder getragen werden müssen durch die Einzelstaaten, welche die Matrikularbeiträge aufzubringen haben. Sie verzichten aber nicht allein auf einen Vortheil für das Reich, sondern Sie fügen ihm auch Schaden zu. Denn offenbar wird die kürzere Linie über Lauterburg der längeren westlichen Linie eine sehr erhebliche Konkurrenz machen. Man hat gesagt, es sei nicht die Aufgabe des Reiches, bloß rentable Bahnen zu bauen. Gewiß nicht, meine Herren, aber wenn man vom Staate fordert, daß er die Bahnen bauen soll, die kein Anderer will, weil sie keinen Ertrag liefern, so ist das doch kein Grund, ihn auszuschließen vom Bau von Bahnen, die Ertrag geben.

Man hat nun gesagt, um den Nachtheil der Konkurrenz zu vermeiden: man könne ja den Privaten die Konzession eine Zeitlang vorenthalten. Diese Maßregel, meine Herren, ein an sich nützliches Unternehmen auf unbestimmte Zeit zu verhindern, würde sich gewiß nicht empfehlen. Wenn ich aber auch annehme, daß eine Privatgesellschaft die Lauterburger Bahn baut, daß sie sie bald in Angriff nimmt und schnell fördert, so würde dessenungeachtet das militärische Interesse nicht vollständig befriedigt sein. Meine Herren, wenn wir in die Lage kommen sollten, die Armee nach Westen zu versammeln, so wird Straßburg als ein Hauptknotenpunkt von Eisenbahnen von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Sie wissen, daß man bereits beschäftigt ist, einen großen

Centralbahnhof in Straßburg einzurichten. Es würde in dem bezeichneten Falle eine ungemein große Zahl von Militär-Transportzügen über diesen Bahnhof zu führen, ein großer Theil auf dem Bahnhof selbst zu debarkiren sein. Die Züge folgen Stunde auf Stunde; bevor der nächste Zug ankommt, muß die Bahn von dem vorangegangenen geräumt sein. Es drängt sich auf eine kurze Zeit eine ganz ungemeine Thätigkeit auf einem solchen Bahnhof zusammen, die strengste Ordnung ist nöthig, und es ist klar, wie wünschenswerth es ist, daß alle Anordnungen auf dem Bahnhofe in eine Hand gelegt seien. Wenn nun aber eine Privatgesellschaft von Lauterburg baut, so werden Sie zwei Bahnverwaltungen auf dem Straßburger Bahnhof haben, und das ist gewiß nicht wünschenswerth. Ich empfehle Ihnen angelegentlich, zu genehmigen, daß die Lauterburger Bahn ebenfalls aus Reichsmitteln erbaut werde.

Petition des Bürgervereins in Celle, betreffend den Bau der Bahn Hannover—Harburg.

Herrenhaussitzung vom 26. März 1876.

Vom militärischen Standpunkt ist jede Bahn willkommen, und zwei Bahnen sind uns lieber als eine. Wenn ich mich aber auf den volkswirthschaftlichen Standpunkt stelle, so muß ich doch anerkennen, daß seit 1872 für alle Eisenbahnen sehr veränderte Verhältnisse eingetreten sind; nicht bloß, weil Handel und Gewerbe daniederliegen, sondern auch, weil eine sehr große Zahl von Richtungen ausgebaut wurden, die vielfach bloße Konkurrenzbahnen sind. Nun halte ich Konkurrenz im Eisenbahnbetrieb für praktisch unausführbar, und Konkurrenz im Eisenbahnbau für eine reine Verschwendung des Nationalvermögens.

Wir haben gesehen, daß Privatgesellschaften Richtungen ausgebaut haben, von denen sie voraus wußten, daß sie nicht rentabel

sein würden, nur in der Besorgniß, daß eine andere Gesellschaft sie bauen und dies sie schädigen könnte. Der Staat selbst ist als Konkurrent aufgetreten und mußte es thun, um sein Interesse zu wahren, wie z. B. die große Bahn nach Wetzlar, wenigstens zum Theil, Konkurrenzbahn ist. Wenn nun zwar der in Rede stehende Gegenstand durch eine Petition der Stadt Celle zur Sprache gebracht ist, so bemerke ich doch, daß wir der Regierung eine nochmalige Erwägung anheimstellen, nicht wegen der Stadt Celle, sondern aus inneren Gründen, weil wir die Bahn für eine entbehrliche halten. Sind zwar für dieselbe bereits einige Hunderttausende aufgewandt, so scheint mir das doch kein Grund, um nun noch ebenso viele Millionen auszugeben. — Was endlich die Verbindung von Holstein mit dem übrigen Deutschland anbetrifft, so ist sie allerdings mangelhaft, aber sie wird nicht verbessert durch eine Bahn von Harburg nach Hannover, sondern das Hinderniß liegt in der Beschaffenheit der Strecke Altona — Hamburg, und diese müßte zu allererst besser ausgebaut werden.

Zum Gesetzentwurf, betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat.

Herrenhaussitzung vom 17. Dezember 1879.

Es ist von den Herren Referenten Ihrer Kommission berührt worden die Rückwirkung, welche die in Rede stehende Angelegenheit auch auf die militärischen Verhältnisse haben wird. Die Sache liegt sehr einfach und läßt sich mit wenigen Worten erledigen. Es ist unzweifelhaft, daß die Verstaatlichung der wichtigsten Bahnlinien des Staats im militärischen Interesse durchaus wünschenswerth ist. Die Eisenbahnen sind in unserer Zeit eins der wesentlichsten Kriegsmittel geworden; der Transport sehr großer Truppenmassen nach bestimmten Punkten ist

eine äußerst verwickelte und umfassende Arbeit, die fortwährend kurrent erhalten werden muß. Jede neue Verbindungslinie bewirkt eine Aenderung darin. Selbst wenn wir nicht auf allen Eisenbahnen fahren, so müssen wir doch die Betriebsmittel sämmtlicher in Anspruch nehmen, und es liegt auf der Hand, daß eine wesentliche Vereinfachung entsteht, wenn künftighin darüber nicht mit 49 Behörden, sondern im Wesentlichen nur mit einer zu verhandeln sein würde. Meine Herren, ich verkenne durchaus nicht die Leistungen, welche wir in wichtigen Zeitabschnitten den Privatbahnen zu verdanken gehabt haben, aber ich bin überzeugt, daß ein besseres Resultat sich noch herstellen läßt.

Wie der Staat im Fall eines Krieges die Geldmittel, die dafür nöthig sind, herbeizuschaffen hat, darüber, meine Herren, habe ich kein Urtheil. Ich möchte nur kurz einen anderen Gedanken berühren. Es ist befürchtet worden, daß die Emission einer sehr großen Summe von Staatspapieren das Publikum nochmals darauf hindrängen könnte, die Kapitalien in unwirthschaftlichen und unsicheren Unternehmungen anzulegen. Es scheint mir doch, daß die Sache gegenwärtig ganz anders liegt als in den Jahren 1871 bis 1873. Damals flossen uns die Milliarden von außerhalb zu. Es war ein Surplus von Werthen und Zahlmitteln, die zu den bereits vorhandenen hinzutraten. Das Kapital mußte ein Unterkommen suchen und fand es leider zum Theil in schwindelhaften Unternehmungen. Es war, wie wenn Jemand unerwartet einen großen Gewinn in der Lotterie macht, der denn auch in der Regel nicht sonderlich verwendet wird. Gegenwärtig scheint mir, handelt es sich doch mehr um einen Umtausch als um eine Vermehrung der Werthe, denn gegen die Staatspapiere verschwinden ja die Aktien der Eisenbahnen. Ich möchte glauben, daß ein großer Theil des Publikums sehr zufrieden sein wird, eine mäßige, aber sichere und vom Staate garantirte Rente zu erwerben gegen den schwankenden und in den letzten Jahren stets abnehmenden Betrag der Dividenden. Namentlich in den

besser situirten und arbeitsamen Mittelständen sind viele in Verlegenheit, wie sie ihre Ersparnisse unterbringen sollen, ich meine, sie können dies nicht besser thun als in dem Erwerb von Staatspapieren mit pupillarischer Sicherheit. Wer nur ein paar Staatsschuldverschreibungen erworben und hinterlegt hat, der wird kein Sozialdemokrat werden.

Was nun den zweiten Satz des § 4 anbelangt, so habe ich persönlich das Vertrauen, daß die Staatsregierung die ihr zugebilligten weitgehenden Vollmachten nur im Interesse der Staatsfinanzen verwenden wird, und zwar in dem Maße ausgedehnter, wie ihr freie Hand gelassen wird, jede augenblickliche Konjunktur zu benutzen.

Ich werde für den ganzen Artikel stimmen.

Dritte Berathung des Reichshaushaltsetats: Reichseisenbahnamt, Einheitszeit.

Reichstagssitzung vom 16. März 1891.

(Moltkes letzte Rede im Reichstag.)

Gestatten Sie mir wenige Worte über das bereits in einer früheren Sitzung behandelte Thema der Eisenbahneinheitszeit. Ich werde Sie nicht lange aufhalten, um so mehr, da ich ganz heiser bin, weshalb ich um Entschuldigung bitte.

Daß für den inneren Betrieb der Eisenbahnen eine Einheitszeit ganz unentbehrlich ist, ist allgemein anerkannt und wird nicht bestritten. Aber, meine Herren, wir haben in Deutschland fünf verschiedene Einheitszeiten. Wir rechnen in Norddeutschland, einschließlich Sachsen, mit Berliner Zeit, in Bayern mit Münchener, in Württemberg mit Stuttgarter, in Baden mit Karlsruher und in der Rheinpfalz mit Ludwigshafener Zeit. Wir haben also in Deutschland fünf Zonen; und alle die Un-

zuträglichkeiten und Nachtheile, denen wir befürchten an der franzöſiſchen und ruſſiſchen Grenze zu begegnen, die haben wir heute im eigenen Vaterlande. Das iſt, ich möchte ſagen, eine Ruine, die ſtehen geblieben iſt aus der Zeit der deutſchen Zerſplitterung, die aber, nachdem wir ein Reich geworden ſind, [illegible]ig wegzuſchaffen wäre.

Meine Herren, es iſt von geringer Bedeutung, daß der Eiſenbahnreiſende bei jeder neuen Station eine neue Zeitangabe findet, die mit ſeiner Uhr nicht übereinſtimmt. Aber von großer Wichtigkeit iſt, daß alle dieſe verſchiedenen Eiſenbahnzeiten, zu welchen nun noch ſämmtliche Ortszeiten hinzukommen, eine weſentliche Erſchwerung für den Betrieb der Eiſenbahnen ſind, ganz beſonders bei den Leiſtungen, welche für militäriſche Zwecke von den Eiſenbahnen gefordert werden müſſen.

Meine Herren, im Falle der Mobilmachung müſſen alle Fahrtliſten, die an die Truppen gehen, in Ortszeiten und in den in Süddeutſchland geltenden Einheitszeiten berechnet ſein. Natürlich, die Truppen und die einzuberufenden Mannſchaften können ſich nur nach der Uhr in ihrem Standquartier reſpektive in ihrer Heimath richten. Ebenſo verhält es ſich mit den an die Eiſenbahnverwaltungen abzuſendenden Fahrplänen. Nun rechnet aber die norddeutſche Eiſenbahnverwaltung nur mit Berliner Zeit; es müſſen alſo alle Tableaus und Liſten umgearbeitet werden in Berliner Zeit. Dieſe wiederholte Umarbeitung wird leicht eine Fehlerquelle, — Fehler, die in ihren Folgen von ſehr großer Tragweite ſein können. Die Umſtändlichkeit des Verfahrens erſchwert ungemein, plötzlich Dispoſitionen zu treffen, wie ſie bei Stockungen oder Unfällen auf der Eiſenbahn augenblicklich nöthig werden.

Meine Herren, ſchon ein ſehr großer Vortheil würde es ſein, wenn wir auch nur für die Eiſenbahnen eine allgemeine deutſche Einheitszeit erlangten. Dafür iſt vor Allem der fünfzehnte Meridian öſtlich Greenwich geeignet. Derſelbe ſchneidet

durch Norwegen, Schweden, Deutschland, Oesterreich und Italien; er würde eventuell geeignet sein, um später vielleicht einmal eine mitteleuropäische Einheitszeit herbeizuführen. Bei dieser Zugrundelegung des fünfzehnten Meridians, des sogenannten Stargarder Meridians, entstehen an unseren äußersten Grenzen Zeitverschiedenheiten im Osten von 31, im Westen von 36 Minuten. Meine Herren, an viel größere Differenzen hat man sich in Amerika, an kleinere in Süddeutschland leicht gewöhnt.

Aber, meine Herren, eine Einheitszeit für die Eisenbahnen beseitigt nicht alle die Uebelstände, welche ich in Kürze erwähnt habe; das ist nur möglich, wenn wir für ganz Deutschland eine einheitliche Zeitrechnung erlangen, d. h., wenn alle Ortszeiten abgeschafft werden.

Dagegen bestehen nun im Publikum allerlei Bedenken — ich glaube, mit Unrecht. Allerdings hat sich die schwerwiegende Autorität der Gelehrten unserer Sternwarten in diesem ablehnenden Sinne ausgesprochen. Meine Herren, die Wissenschaft verlangt weit mehr als wir; sie ist nicht zufrieden mit einer deutschen Einheitszeit, auch nicht mit einer mitteleuropäischen, sondern sie will eine Weltzeit, und das gewiß mit vollem Recht, auf ihrem Standpunkt und für ihre Zwecke! Aber diese Weltzeit, welche auf dem Meridian von Greenwich basirt, kann unmöglich in das tägliche Leben eingeführt werden, man müßte denn alle Ortszeiten beibehalten. Auch was die Eisenbahnen betrifft, haben alle Fachmänner sich dagegen ausgesprochen. — Meine Herren, die Gelehrten der Sternwarten sagen: wir erkennen an, daß für die Eisenbahnen eine Einheitszeit nöthig ist, — gut, sie mögen sie haben, aber sie mögen sie für sich behalten, sie sollen sie nicht in das öffentliche Leben überführen wollen; denn nur ein kleiner Theil des Publikums verkehrt überhaupt auf der Eisenbahn. Da möchte ich nun doch erwidern, daß ein noch viel kleinerer Theil des Publikums Astronom, Geodät oder Meteorologe ist. Wenn die Wissenschaft an gewissen Punkten

Unterſuchungen und Beobachtungen anzuſtellen hat, ſo kann man ihr überlaſſen, die genaue Ortszeit dieſer Punkte zu beſtimmen. Das iſt eine Arbeit, die einmal und in aller Ruhe im Studirzimmer gemacht werden kann. Unſere Eiſenbahnbeamten ſollen aber das wiederholentlich im Drange der Geſchäfte, vielleicht der Ereigniſſe fertigſtellen. — Uebrigens iſt die Zahl der auf den Eiſenbahnen Verkehrenden keine geringe. Man hat nachgerechnet, daß im Jahre auf den Kopf der Bevölkerung 7 Eiſenbahntouren fallen. Die vornehmſten Reiſenden, meine Herren, ſind die Truppen, die zur Vertheidigung des Landes an die Grenze geſchafft werden müſſen, und die wohl weitgehendſte Berückſichtigung verdienen.

Nun hat man Bedenken getragen, daß die Uebertragung dieſer gemeinſamen Zeit in das bürgerliche Leben Störungen verurſachen würde. Es iſt beſonders hervorgehoben worden, welche Unzukömmlichkeiten es für die Fabriken und die Induſtrie haben würde.

In dieſer Beziehung muß ich mich doch gegen die früheren Ausführungen des Kollegen v. Stumm wenden. Wenn die Zeitdifferenz von dem fünfzehnten Grade bis zu irgend einem anderen Orte, z. B. Neunkirchen (etwa 29 Minuten), bekannt iſt, ſo kann es nicht ſchwer ſein, den Tarif, der in der Fabrik ausgehängt iſt, danach zu modifiziren. Will der Fabrikherr im März ſeine Arbeiter bei Sonnenaufgang um 6 Uhr verſammelt haben, ſo würde der Tarif ſie um 6 Uhr 29 Minuten beſtellen. Braucht er ſie im Februar um 6 Uhr 10 Minuten, ſo giebt der Tarif 6 Uhr 39 an u. ſ. w.

Was dann die ländliche Bevölkerung betrifft — ja, meine Herren, der ländliche Arbeiter ſieht nicht viel nach der Uhr, er hat zum großen Theil keine; er ſieht ſich um, ob es ſchon hell iſt, dann weiß er, daß er bald von der Hofglocke zur Arbeit gerufen wird. Wenn die Hofuhr verkehrt geht, was in der Regel der Fall iſt, wenn ſie eine Viertelſtunde zu früh geht,

dann kommt er allerdings eine Viertelstunde zu früh zur Arbeit; allein er wird auch nach derselben Uhr eine Viertelstunde früher entlassen: die Arbeitsdauer bleibt dieselbe.

Meine Herren, im praktischen Leben wird sehr selten eine Pünktlichkeit, die mit Minuten rechnet, gefordert. Es ist an vielen Orten üblich, daß die Schuluhr 10 Minuten zurückgestellt wird, damit die Kinder da sind, wenn der Lehrer kommt. Selbst die Gerichtsuhr wird vielfach zurückgestellt, damit die Parteien sich versammeln, bevor das Verfahren beginnt. Umgekehrt, in den Dörfern, welche nahe an der Eisenbahn liegen, stellt man in der Regel die Uhr einige Minuten vor, damit die Leute den Zug nicht verpassen. Ja, meine Herren, selbst dies hohe Haus statuirt doch eine akademische Viertelstunde, die auch zuweilen noch etwas länger wird.

Nun hat man noch den Unterschied zwischen Sonnenzeit und mittlerer Zeit angeführt. Der Herr Abgeordnete v. Stumm hat ganz Recht, daß diese Differenz zu Zeiten den bereits bestehenden Differenzen hinzugefügt wird. Aber, meine Herren, es ist positiv und negativ damit zu rechnen; zu gewissen Zeiten ist die Differenz zuzuzählen, zu anderen Zeiten ist sie abzuziehen. Den Klimax von 16 Minuten erreicht sie im Jahre doch auch nur an vier Tagen. Meine Herren, hat irgend Jemand von uns, der pünktlich nach einer richtiggehenden Uhr lebt, jemals bemerkt, daß er in einem Vierteljahre bis zu 16 Minuten zu früh zu Tische gegangen ist oder zu früh zur Ruhe sich zurückgezogen hat und in dem folgenden Vierteljahre zu spät? Ich glaube nicht.

Meine Herren, gerade der Umstand, daß diese doch nicht unerhebliche Differenz zwischen Sonnen- und mittlerer Zeit dem großen Publikum gar nicht bekannt ist, von ihm nie empfunden wird, scheint mir doch zu beweisen, daß die Besorgnisse, welche man wegen Abschaffung der Ortszeiten hegte, nicht begründet sind.

Meine Herren, wir können ja hier nicht durch Abstimmung oder Majoritätsbeschluß eine Einrichtung feststellen, die nur auf dem Wege der Verhandlung im Bundesrath, vielleicht später durch internationale Verhandlungen in die Wege zu leiten ist. Aber ich glaube, daß es diese Verhandlungen erleichtern wird, wenn der Reichstag sich sympathisch für ein Prinzip ausspricht, welches in Amerika, in England, in Schweden, in Dänemark, in der Schweiz und in Süddeutschland bereits ohne wesentliche Störungen zur Geltung gekommen ist.

Zur Befestigung von Köln und Straßburg.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Geldmittel zur Umgestaltung deutscher Festungen.

Der Gesetzentwurf bestimmt unter Anderem, daß die Festungen Spandau und Köln die Kosten der Stadterweiterung tragen sollten. Der Abgeordnete Reichensperger (Krefeld) spricht sich dagegen aus und befürwortet die Erhaltung der mittelalterlichen Thorthürme in Köln.

Reichstagssitzung vom 27. März 1873.

Auf die ausführliche und scharfsinnige Rede des Herrn Vorredners möchte ich nur ein paar Worte bemerken. Die Sache liegt nach meiner Ansicht sehr einfach.

Das militärische Interesse erfordert die Verstärkung des Platzes Köln. Wir bewirken dies durch Verlegung von vorgeschobenen Werken, woraus der Stadt Köln der nicht unerhebliche Vortheil erwächst, daß ein Bombardement, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, doch wesentlich erschwert werden wird. Ein militärisches Interesse, die Stadtenceinte zu erweitern, liegt nicht vor, diese Erweiterung liegt lediglich im dringendsten Interesse der Stadt. Wer innerhalb der Stadt davon Vortheil

hat, das ist eine andere Frage. Es könnte nun diese Erweiterung erfolgen, indem man — ich will sagen 6 Millionen mehr auf die Rechnung gesetzt hätte; wer hätte das aber aufbringen müssen? Die Gesammtheit der Steuerzahler, also die sehr große Zahl derer, die gar kein Interesse an dieser Erweiterung haben kann. Es scheint mir daher doch auch durchaus billig, daß eben die Stadt selbst einen Beitrag giebt.

Was die schönen alten Thorthürme anbetrifft, so waren sie in dem gegenwärtigen Zustande von Köln ein offenbarer militärischer Nachtheil, sie indizirten dem Feinde die Punkte, von wo aus Ausfälle kommen können, wo stets die lebhafteste Passage ist und wogegen sich sein Feuer richten konnte. Dieser Nachtheil würde wegfallen, wenn die Stadtenceinte von Köln vorgerückt wird, und dann würden, glaube ich, die schönen Denkmale ohne Nachtheil fortbestehen können.

Interpellation von Guerber über den Vertrag mit Straßburg wegen Erwerbung der durch die Hinausschiebung der Umwallung entbehrlich werdenden Grundstücke.

Reichstagssitzung vom 7. Februar 1876.

Der Herr Interpellant hat gemeint, daß ich eine Anfrage an die Stadt Straßburg gestellt hätte, ob sie eine Erweiterung wünscht. So wenigstens habe ich verstanden. Ich habe dazu niemals den Auftrag gehabt. Bei meiner Anwesenheit in Straßburg habe ich allerdings mich erkundigt, nach welcher Seite eine Erweiterung der Stadt wünschenswerth sein könnte.

Der Herr Interpellant hat das militärische Interesse vorangestellt. Meine Herren, auch uns ist es erwünscht, innerhalb der Festung eine wohlgebaute Stadt mit breiten Straßen zu haben statt einer eng zusammengedrängten; aber ein dringendes

militäriſches Intereſſe für die Erweiterung der Stadtenceinte liegt durchaus nicht vor, nachdem wir die detachirten Forts fertig haben. Dieſe Erweiterung iſt lediglich im Intereſſe der Stadt oder wenigſtens vorzugsweiſe.

Der Herr Vorredner hat gemeint, daß die Stadt nach der allerunzweckmäßigſten Seite erweitert werden ſoll. Meine Herren, die Stadt kann gegen Oſten, wo die Citadelle liegt, nicht erweitert werden; gegen Süden liegt die Inundation und ſumpfiges Terrain, dahin wird ſie auch nicht erweitert werden. Soviel ich weiß, wird ſie gegen Weſten und Norden, nach Contades zu, geöffnet, alſo nach der beſten Gegend hin, in welcher die Erweiterung ſtattfinden kann. Es haben ja auch andere Städte bedeutende Summen gezahlt, damit ſie Bauplätze gewinnen, zuletzt z. B. Stettin.

Meine Herren, eine Stadt wie Straßburg, nach alledem, was für ſie geſchehen iſt und was für ſie zu thun beabſichtigt wird — die Gründung der Univerſität, die Leitung von Kanälen, die Führung der Eiſenbahn —, nach alledem läßt ſich mit Beſtimmtheit vermuthen, daß dieſe alte deutſche Stadt einen großen Aufſchwung erfahren wird, ſobald ſie nur Raum erhält, ſich zu erweitern.

II. Politische und militärische Einzelfragen.

Zum Gesetzentwurf über das Bundesschuldenwesen.

Im Zusammenhang mit der vom Reichstage des Norddeutschen Bundes am 22. Oktober 1867 angenommenen Anleihe von 10 Millionen Thalern zur Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und zur Herstellung der Küstenvertheidigung war ein Gesetzentwurf über das Bundesschuldenwesen eingebracht worden. Ein vom Reichstag zu diesem Gesetz, trotz des entschiedenen Widerspruches des Bundeskanzlers, angenommener Antrag, welcher die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten der Bundesschuldenkommission und deren gerichtliche Verfolgbarkeit durch den Reichstag aussprach, brachte das Gesetz in der Session 1867 zum Scheitern. Der Entwurf wurde in der folgenden Session wieder eingebracht und gelangte am 21. April 1868 zur Debatte. Auch diesmal war der von der Bundesregierung so lebhaft angefochtene Antrag von Miquel wieder eingebracht worden. In der Kommission fiel er mit Stimmengleichheit, im Plenum wurde er trotz einer sehr scharfen Rede des Grafen Bismarck mit 131 gegen 114 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf wurde jetzt sofort zurückgezogen, es erging gleichzeitig der Befehl, alle nicht absolut erforderlichen Arbeiten für die Marine theils ganz einzustellen, theils erheblich zu beschränken. Es war der erste schärfere Konflikt zwischen Reichstag und Bundesregierung. Wie sehr Moltke von dieser Frage bewegt wurde, zeigt uns der Entwurf einer Rede, in der er eindringlichst davor warnte, einer Theorie zuliebe die praktischen Bedürfnisse des Landes zu vernachlässigen, er richtete an das Haus die eindringliche Bitte, „auf Mittel zu sinnen, wie den Konse-

quenzen des Antrages abzuhelfen sein wird." Solche Mittel wurden gefunden, indem man sich dahin einigte, die Verwaltung der Marineanleihe der preußischen Staatsschuldenverwaltung unter Aufsicht des Bundeskanzlers und einer aus Bundesrath und Reichstag gebildeten Bundesschuldenkommission zu übertragen. Am 15. Juni kam das Kompromiß mit 151 gegen 41 Stimmen zu Stande. Als die Opposition hierbei den großen Aufwand für Kriegszwecke angriff, nahm Moltke Veranlassung, die durch die Verhältnisse gebotene und nur durch eine starke Armee und Flotte aufrecht zu erhaltende Defensivpolitik des erst noch zu einigenden Deutschlands zu rechtfertigen.

Entwurf zu einer Rede.

Wir haben bei § 7 des Gesetzes über Kontrole der Staatsschulden einmal wieder vor dem Bestreben gestanden, die Staatsmaschine zu regeln, daß jeder Theil derselben nur innerhalb begrenzter Schranken thätig wird, daß nirgends eine willkürliche Bewegung möglich, daß überhaupt nichts in ihrem Gange klappert.

Meine Herren, hüten wir uns, die Schrauben allzu fest anzuziehen, wir vermehren die Reibung, die Maschine wird still stehen oder explodiren.

Wir waren auf dem Wege, durch gute Gesetze das Beste des Landes in praktischer Weise zu fördern, da plötzlich wird uns eine Theorie entgegengestellt, die zwar nicht die volle Ministerverantwortlichkeit, aber ein Stück davon ist.

Die Geschichte aller Länder hat gezeigt, daß es unmöglich ist, diese Theorie zu verwirklichen.

Wenn Karl I. von England seine Minister der Verantwortlichkeit preisgab, so folgte er ihnen acht Jahre später auf das Schaffot, und wenn heute der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vor Gericht steht,*) so wird die Folge sein entweder Freisprechung oder das Aufhören der Staatsform, welche diese Verantwortlichkeit fordert.

*) Präsident Johnson, Lincolns Nachfolger, war wegen seiner Hinneigung zu den Secessionisten vom Kongreß in Anklagezustand versetzt worden.

Der Kommandirende einer Armee, welcher im Begriff ſteht, ein Unternehmen auszuführen, deſſen Folgen nie geſichert ſind, oder der Staatsmann, der eine große Politik zu leiten hat, wird ſich nicht durch die Beſorgniß abhalten laſſen, daß er vor ein Kriegsgericht geſtellt oder vor das Stadtgericht zu Berlin citirt werden kann. Er trägt eine ganz andere Verantwortung vor Gott und ſeinem Gewiſſen für das Leben von Tauſenden ſeiner Leute und das Wohl des Staates; er hat mehr zu verlieren als bloß ſeine Freiheit oder ſein Vermögen.

Politiſche Verbrechen werden nur beſtraft, weil ſie mißlungen ſind. Vergeblich iſt das Streben, das Leben eines Staats in einen Geſetzesparagraphen einzuſperren.

Wenn der Feldzug von 1866 verloren ging, ſo würde — nicht Herr Lasker oder Herr Twesten — vielleicht eine blutdürſtige Verſammlung das Haupt des Miniſterpräſidenten Grafen v. Bismarck-Schönhauſen gefordert haben, welches jetzt glücklicherweiſe wohlbehalten auf ſeinen Schultern ſitzt.

Ob ſie es bekommen hätten, iſt noch eine andere Frage, aber in Theorie hätten ſie es unzweifelhaft fordern können, denn es ſind Staatsgelder, und zwar ſehr bedeutende, ausgegeben worden, ohne daß das Abgeordnetenhaus ſie vielleicht mit der Majorität einer Stimme zuvor bewilligt hätte.

Da die Sache ſo gut ging, ſo haben wir ſtatt deſſen die Indemnität.

In dem neueſten Fall haben wir nun, dank einer Anzahl Stimmen, welche habituell ſtets gegen die Regierung votiren, eine ſchwache Majorität für den § 7 gehabt, welche die Beſtrebungen der Regierung lahm gelegt hat. Allſeitig wird zugeſtanden, daß wir eine Flotte brauchen, aber wie ſoll die Marineverwaltung Kontrakte auf eine Reihe von Jahren abſchließen, wenn in jedem die unberechenbare Fluktuation in den Beſchlüſſen des Hauſes ihr die Mittel abſchneiden kann, ihren Verpflichtungen nachzukommen!

Wir brauchen eine Küſtenbefeſtigung, und wir brauchen ſie vielleicht in naher Zukunft, um die Reichthümer unſerer Handelsſtädte zu ſchützen, aber dieſes praktiſche Bedürfniß muß unbefriedigt bleiben, bis wir uns über eine Theorie geeinigt haben werden.

Meine Herren Antragſteller, ich glaube, daß Sie über Ihren Sieg ſelbſt erſchrecken müſſen und daß das Haus Ihnen keinen größeren Dienſt hätte leiſten können, als Ihr Amendement abzulehnen; Ihrem patriotiſchen Gefühl keinen größeren Dienſt leiſten, als auf Mittel zu ſinnen, wie den Konſequenzen Ihres Antrages abzuhelfen ſein wird.

Reichstagsſitzung vom 15. Juni 1868.

Welcher verſtändige Menſch würde nicht wünſchen, daß die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke verwendet werden könnten? Aber auf dem Wege, wie einer der Herren Vorredner es gemeint hat, auf dem Wege der internationalen Verhandlung wird das ſicherlich nie zu Stande kommen. Es iſt ja der Krieg nur die Fortſetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ich ſehe für den Zweck nur eine Möglichkeit, und das iſt, daß im Herzen von Europa ſich eine Macht bilde, die, ohne ſelbſt eine erobernde zu ſein, ſo ſtark iſt, daß ſie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann.

Eben deswegen glaube ich, daß, wenn dies ſegensreiche Werk jemals zu Stande kommen ſoll, es von Deutſchland ausgehen wird — aber, meine Herren, erſt dann, wenn Deutſchland ſtark genug iſt, das heißt, wenn es geeinigt ſein wird.

Auch im Militär, meine Herren, verfolgen wir die Fortſchritte der Wiſſenſchaft und die Erfindungen, die anderwärts gemacht werden; aber die Erfindung iſt noch lange nicht das,

was aus ihr geſchafft werden ſoll; es kommt darauf an, ſie fertig hinzuſtellen. Unſer vortreffliches Zündnadelgewehr iſt vor langen Jahren erfunden, wir haben aber mehr als 20 Jahre gebraucht, um daraus eine wirklich kriegsbrauchbare Waffe in einer Million von Exemplaren herzuſtellen. Es würde alſo lange nicht genügen, zu beobachten, was anderwärts geſchieht, ſondern wir müſſen ſelbſt darin vorgehen. Es iſt geſagt worden, daß die humane ruſſiſche Regierung die Hohlgeſchoſſe abgeſchafft wiſſen will. Meine Herren, es handelt ſich dabei wohl eigentlich nur darum, daß man in Rußland explodirende Gewehrkugeln nicht einzuführen wünſcht; daß die ruſſiſche Regierung Granaten und Schrapnels abſchaffen wird, ſolange die andern Nationen ſie führen, daran zweifle ich ſehr.

Es iſt uns ferner geſagt worden, daß die Geſchütze ſchließlich alle Panzer durchbrechen; wenn der Herr Redner dieſe Verſicherung uns geben kann, ſo würden wir ſehr koſtſpielige Verſuche ſparen können, ich fürchte aber, daß wir vielleicht zwei Kriege zu führen haben, ehe dieſe Frage entſchieden iſt, in denen wir ſowohl Panzerſchiffe als Befeſtigungen brauchen. Wie überhaupt das Argument gegen die Befeſtigung des Hafens von Kiel gekehrt werden kann, begreife ich nicht; es ſcheint mir eher das Gegentheil zu beweiſen. Meine Herren, unſere Nachbarn wiſſen alle recht gut — auch die, welche ſo thun, als ob ſie es nicht wüßten —, daß wir ſie nicht angreifen wollen; aber ſie ſollen auch wiſſen, daß wir uns nicht angreifen laſſen wollen.*)

Dazu brauchen wir Armee und Flotte, und ich vertraue dem Patriotismus des Hohen Hauſes, daß Sie das von der Regierung gebotene Geſetz annehmen werden.

---

*) Vergl. dazu Seite 16, zweites Alinea, wo genau dieſelbe Wendung.

In derſelben Sitzung weiſt Moltke eine irrthümliche Deutung, die ſeine Rede gefunden, in kurzer Bemerkung zurück.

Meine Herren! Ich hoffe, mich nicht weiter von dem Artikel 1 zu entfernen als meine Herren Vorredner, indem ich hier nur kurz berichtige, daß ich nicht geſagt habe, wir brauchten die Einigung Deutſchlands, um ein großes Heer und Flotte zu haben, ſondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchen, um zu jener Einigung zu gelangen, die dann hoffentlich einmal zu einer Herabſetzung dieſer großen Ausgaben führen könne.

Wahlberechtigung für Armee und Flotte.

Zweite Berathung des Reichswahlgeſetzes.

Bei § 2, nach welchem die Wahlberechtigung für Armee und Flotte ruht, ſolange die betreffenden Perſonen im aktiven Dienſte ſind, hatte das Verhältniß der Reſerven Anlaß zu Beanſtandungen gegeben, inſofern es zweifelhaft erſchien, wann dieſelben im aktiven Dienſt ſeien, doch wurde der Artikel in der von Moltke gewünſchten Faſſung angenommen.

Reichstagsſitzung vom 19. März 1869.

Im gewöhnlichen Friedensſtande iſt ja die Reſerve und die Landwehr in ihrer Heimath und hat das volle und unbeſchränkte Recht, zu wählen. Eine Beſchränkung tritt nur dann ein, wenn ſie zur Fahne gerufen wird. Wann iſt aber Landwehr und Reſerve unter der Fahne? Das iſt am Vorabend eines Krieges. Wollten Sie da die Ordnung der Armee dadurch lockern, daß Sie einen Theil derſelben in das politiſche Treiben hineindrängen?

Meine Herren! Seien wir froh, daß wir in Deutſchland eine Armee haben, die nur gehorcht. Blicken wir auf andere Länder, wo die Armee nicht die Schutzwehr gegen die Revolution iſt, ſondern wo dieſe aus der Armee hervorgeht.

Ich empfehle Ihnen dringend, niemals die Hand dazu zu bieten, daß es bei uns anders werde.

Ich glaube kaum den Einwurf noch berühren zu ſollen, daß die Regierung möglicherweiſe die Reſerve einberufen würde, um einen Einfluß auf die Wahlen zu erzielen, um gewiſſe Stimmen Ihnen zu entziehen. Sie ſehen, daß hier die Regierung auf eine große Zahl von konſervativen Stimmen freiwillig verzichtet, denn bei einer ganz legalen Einwirkung werden in der Armee konſervative Stimmen immer zu erzielen ſein.

Beiläufig bemerke ich noch, daß die ganze Frage ſich doch eigentlich um etwas ſehr Erhebliches nicht dreht, weil vielleicht neun Zehntel der ganzen Armee, die bei der Fahne iſt, unter 25 Jahren ſein wird.

Das Amendement, welches vorſchlägt, ſtatt „im aktiven Dienſte“ zu ſetzen „unter der Fahne“ iſt das Einzige, mit dem ich mich einverſtanden erklären könnte. Ich bitte daher meinerſeits, alle übrigen Amendements abzulehnen und mit dieſer Modifikation die Regierungsvorlage annehmen zu wollen.

Befreiung der Militärperſonen von der Kommunalſteuer.

Von Hagen iſt ein Antrag eingebracht worden auf Aufhebung der Präſidialverordnung vom 22. Dezember 1868, betreffend die Anwendung der in Preußen geltenden Vorſchriften über die Heranziehung von Militärperſonen zu Kommunalſteuern im Bundesgebiete; dazu liegen dreizehn Petitionen aus Sachſen, Gera, Braunſchweig vor, welche ein entſprechendes Verlangen ſtellen. Der Antrag wird abgelehnt, doch erklärt ſich die Mehrheit damit einverſtanden, daß die Frage im Sinne der Einheit des Bundesheeres geſetzlich geregelt werden müſſe.

Reichstagsſitzung vom 28. Mai 1869.

Ich beabſichtige nicht, über die Rechtsgültigkeit der Präſidialverordnung zu ſprechen, ſondern über nähere Gegenſtände. Es iſt viel darüber geſtritten, ob dieſer Gegenſtand in die Kommunal-

oder in die Militärgesetzgebung fällt. Ich habe darauf aufmerksam zu machen, daß durch die preußische Kommunal- und Militärgesetzgebung der Grundsatz leitend ist, daß das aktive Militär befreit ist von allen Steuern. Diese Befreiung hat ihren Grund und findet ihre Berechtigung darin, daß das Einkommen des Militärs bemessen ist nach dem Bedürfniß. Als Preußen ein nationales Heer aufstellte, da ist diesem zu seiner Existenz bewilligt worden, was nach damaligen Verhältnissen als nothwendig und auskömmlich erachtet wurde, nicht mehr und nicht weniger. Es konnte also niemals die Absicht des Gesetzgebers sein, daß von dem, was zur Erreichung eines bestimmten und wichtigen Zweckes als nöthig befunden wurde, daß davon später irgendwelche Abzüge gemacht werden sollten. Allerdings war es nicht angänglich, aus äußeren Gründen das Militär von den indirekten Steuern, die ja damals schon bestanden, zu befreien. Die Befreiung aber von den direkten Steuern hat durch eine lange Reihe von Jahren hindurch unangefochten bestanden; erst als im Laufe von Dezennien die Preise aller Lebensbedürfnisse sich nahezu auf die doppelte Höhe steigerten, wurde, ohne daß die vor einem halben Jahrhundert normirten Gehälter bis dahin irgend eine nennenswerthe Aufbesserung erfahren hatten — der Lieutenant hat 4 Thaler bekommen —, erst da, es war bald nach den Wirren der 48er Jahre, wurde das Militär zum ersten Male zu den direkten Klassen- und Einkommensteuern herangezogen. Meine Herren, es ist nun diese in der Natur der Sache begründete Immunität nicht etwa eine speziell preußische Einrichtung; derselbe Grundsatz findet Anwendung auch in den meisten anderen Armeen, nicht in allen, z. B. nicht in der nordamerikanischen, welche dem Staate und den Kommunen steuert und hoch steuert; Alles, was ich dazu zu bemerken habe, ist, daß der amerikanische Lieutenant 120 Thaler, der preußische Lieutenant 26 Thaler bezieht.

Ich werde Ihre Geduld nicht ermüden mit den Verhältniſſen unſerer großen Nachbararmeen, ich beſchränke mich darauf, Ihnen eine Armee zu nennen, die mehr Beifall finden wird, die von Vielen noch jetzt als das anzuſtrebende Ideal hingeſtellt wird, ich meine die Schweizer Armee.

Meine Herren, da finden Sie nun in dem neueſten Entwurf zu einer Militärorganiſation der Eidgenöſſiſchen Armee im § 187 Folgendes ausgeſprochen: „Alle im Eidgenöſſiſchen Militärdienſte ſtehenden Perſonen, die für den Dienſt erforderlichen Militäreffekten, Armeefuhrwerke, Lebensmittel und Getränke ſind von Bezahlung aller Arten Steuern, Abgaben und Konſumgebühren in den Kantonen und Gemeinden befreit.

„Daſſelbe gilt auch von den Militäranſtalten und Werkſtätten der Eidgenoſſenſchaft, deren Betriebsfonds mit keinerlei Kantonal- oder Gemeinde-Steuer belaſtet werden darf."

Sie ſehen alſo, daß in einer Republik und in dem aufgeklärten Jahre 1868 dieſer Gedanke einer völligen Steuerfreiheit des Militärs als etwas ganz Selbſtverſtändliches behandelt wird.

Ich ſagte ſchon, daß man bei uns im Jahre 1851 von dieſem Prinzip abgewichen iſt: wir werden zu den direkten Steuern herangezogen. Unſere Verhältniſſe ſind ſehr durchſichtig, denn Jeder weiß, was wir an Gehalt, was wir für Emolumente haben, und wir werden zum vollen Betrage herangezogen. Dagegen iſt im Entfernteſten nichts zu ſagen, ſofern wir überhaupt ſteuern ſollen; freilich bliebe zu wünſchen, daß man dann auch in anderen Berufsklaſſen zu derſelben vollſtändigen Klarheit durchdringen könnte, wo dann die Einkommenſteuer wohl bedeutend mehr einbringen würde wie jetzt.

Meine Herren, ich gehe nicht zurück auf das Allgemeine Landrecht, welches ja die Befreiung von allen perſönlichen Laſten des Militärs ganz beſtimmt ausſpricht, ich erinnere Sie nur an die freudig begrüßte Städteordnung von 1808, welche, indem ſie

die Städte der Einwohnerzahl nach klaſſifizirt, ganz beſtimmt ausſpricht: Das Militär zählt nicht mit. Das Militär gehört eben weder zu den Schutzbefohlenen, noch zu den Bürgern, es beſteht für ſich, es iſt ſo eingerichtet, daß es für ſich beſtehen kann. Die Armee hat ihre Handwerker und ihre Künſtler, ſie hat ihre Köche und ihre Muſiker, ſie hat ihre Aerzte und ihre Geiſtlichkeit, ſie richtet ſich überall ſelbſt ein. Sie wiſſen, meine Herren, daß wir unſern Aufenthalt nicht wählen können, wir ſind darin beſchränkter als ſelbſt die Civilbeamten, denn bei ihnen kommt in den unteren Stellen überhaupt ſelten eine Verſetzung vor, und ein Civilbeamter kann, wenn er will, eine Anſtellung ablehnen, wenn ſie ihn nach einem Orte führt, wo er nicht beſtehen zu können glaubt. Wir können das nicht. Beiläufig geſagt, finde ich allerdings die Beſteuerung der Civilbeamten gerade ſo inkonſequent wie die des Militärs. Man exemplifizirt auf die Civilbeamten und ſagt: Es iſt doch unbillig, daß das Militär nicht mit zu den Steuern herangezogen wird, wo die Civilbeamten ſteuern. Ja, meine Herren, ich bin derſelben Meinung, aber die Unbilligkeit liegt nicht darin, daß das Militär frei iſt, ſondern ſie liegt darin, daß die Civilbeamten bezahlen müſſen.

Wir werden alſo nun, ohne gefragt zu ſein, nach irgend einer Stadt verlegt und ſtehen dort der Kommune gegenüber ohne jegliches Recht. Wie wollen Sie uns nun der Kommune gegenüber eine Pflicht auferlegen? Wir wählen die Obrigkeit der Stadt nicht, wir haben keinen Theil an dem Bürgervermögen, wir erfahren nichts über ſeine Verwaltung und wir haben nicht mitzuſprechen bei ſeiner Verwendung. Es iſt uns auch ganz gleichgültig, ob die Stadt ſich ein Rathhaus baut oder eine Markthalle, ob ſie eine Badeanſtalt gründet oder ein Spital.

Wird der Soldat krank, ſo kommt er nicht in das Bürgerſpital, ſondern in das Militärlazareth; wird er invalide, ſo

nimmt sich nicht die Stadt seiner an, sondern der Militärfiskus muß für ihn sorgen.

Wird er erwerbsunfähig, hülfsbedürftig, so geht er in sein heimathliches Dorf zurück, in seine spezielle Kommune, die Stadt thut nichts für ihn. Die Stadt schenkt uns keinen Exerzirplatz, keinen Schießstand, wir müssen Beides erwerben und uns selbst einrichten; die Stadt giebt uns kein freies Quartier, denn wir bezahlen dafür den Servis, und wenn der Servis nicht ausreichend ist, so wissen Sie, daß die Militärverwaltung sehr gern geneigt ist, ihn zu erhöhen, wenn Sie nur die Mittel bewilligen wollen, aus denen das geschehen kann. Meine Herren, das Militär ist also in der That in der Stadt, wo es garnisonirt, ein Gast, nicht in dem Sinne, wie Sie vielleicht Jemand bei sich aufnehmen, ihn verpflegen, ihn zum Abschied noch beschenken; nein, meine Herren, ein Gast, der seine Rechnung bezahlt.

Man hat nun wohlwollend das Militär bedauert: indem man den Soldaten verhindere, die Kommunalsteuer zu bezahlen, beraube man ihn jeder Heimath, stelle die Armee außerhalb des Volkes. Meine Herren, wo ist denn bei uns überhaupt die Rede von einem Gegensatze zwischen Militär und Volk? Derselbe Mann, der voriges Jahr Volk war, der ist dieses Jahr Militär und in zwei Jahren ist er wieder Volk. Die Armee ist ein Theil des Volkes und nicht der schlechteste, und es ist wirklich nicht nöthig, ihr erst eine Steuer aufzuerlegen, um das zu ihrem Bewußtsein zu bringen. Was dann die Heimath anbetrifft — ja, ein Bataillon hat nach seiner mittleren Kopfstärke 568 Heimathen, in seiner Gesammtheit aber wurzelt es nicht in der Garnison, die Garnison ist nicht seine Bestimmung und wird nie seine Heimath, und wenn es 50 Jahre da stünde, ohnehin wechseln seine Bestandtheile fortwährend. Die Heimath der Armee ist das Vaterland, ist der Bereich des ganzen Norddeutschen Bundes, wohin sie der König schickt.

Nun sagt man uns: Ja, das Militär nimmt aber doch Theil an all den vielen und schönen Einrichtungen, die es in den Städten vorfindet. Ja, meine Herren, wir nehmen Theil in einem gewissen, möglichst beschränkten Grade, nehmen Theil, soweit man überhaupt Niemand verhindern kann, theilzunehmen, nicht mehr als an Luft und Licht. Die Stadt erlaubt uns zwar, auf ihrem Trottoir spazieren zu gehen, aber sie pflastert für uns keine Straße, sie zündet um unsertwillen nicht eine Gasflamme mehr an, sie hat es nicht nöthig, wegen des Militärs einen Nachtwächter anzustellen, denn wir bewachen uns selbst bei Tage und bei Nacht. Wenn Sie nun dennoch darauf bestehen, daß das Militär doch theilhaft wird gewisser Vortheile in den Städten, so frage ich: Gewährt denn das Militär den Städten nicht etwa auch Vortheile? und sollten diese Vortheile nicht ganz überwiegender Art sein? Meine Herren, worauf gründet sich denn der Flor, das Wachsthum, das Gedeihen der Städte? Doch wohl auf das Wohlergehen, auf die Machtentwickelung und die politische Stellung des Staates überhaupt.

Man hat mir gesagt, daß hier in Berlin nach den opfervollen Kriegen zu Anfang unseres Jahrhunderts Grundstücke vielleicht 20 000 Thaler werth waren, die heute vielleicht 120000 Thaler und mehr werth sind. Nun, meine Herren, zwei verlorene Feldzüge könnten den Werth der Grundstücke in Berlin und in anderen Städten auf das frühere Niveau herabdrücken, und was das sagen will, wo zwei Drittel oder drei Viertel aller Grundstücke mit Schulden belastet sind, das brauche ich nicht weiter auszuführen. Aber hier, wo es sich darum handelt, dem Militär eine neue und nach meiner besten Ueberzeugung ganz ungerechtfertigte Last aufzuerlegen, da wird es gestattet sein, wenn auch nur im Vorübergehen, daran zu erinnern, daß ja das Militär zwei Feldzüge nicht verloren, sondern gewonnen hat, und daß, wenn heute Preußen, wenn Deutschland

eine ganz andere Stellung in der Welt einnimmt als früher, das Militär doch auch ſelbſt um die Städte einiges indirekte Verdienſt ſich erworben haben möchte.

Wenn dies aber auch vergeſſen ſein ſollte, meine Herren, ſo werde ich die Ehre haben, Ihnen direkte, ganz poſitive und in Zahlen nachzuweiſende Vortheile vorzuführen, welche die Städte von dem Militär haben. Blicken Sie doch auf Luxemburg. Bekanntlich werden dort die Feſtungswerke jetzt geſchleift, die Sache iſt bisher etwas langſam vorgegangen, es iſt noch nicht viel aus den freigewordenen Grundſtücken erlöſt: nichtsdeſtoweniger hat doch die Luxemburgiſche Regierung ſich veranlaßt geſehen, der Stadt Luxemburg bereits die Summe von 140000 Francs zu überweiſen, um ſie nur einigermaßen zu entſchädigen für die Ausfälle, welche ihr aus der Verlegung der früheren Bundesgarniſon erwachſen. Meine Herren, es profitiren die Städte, und in den Städten gerade die minder begüterten Einwohner; die Kleinbürger profitiren aus dem Vertrieb der Lebensbedürfniſſe einer Garniſon die Differenz zwiſchen Produktionskoſten und Marktpreis, zwiſchen Einkauf und Ausverkauf, und dieſe Differenz iſt ſchon ſo bemeſſen, daß, mit ſo und ſo viel mal 100 oder 1000 — je nach der Stärke der Garniſon — multiplizirt, dies eine ſehr hübſche Summe giebt. Wie käme es auch ſonſt, daß die Städte, welche gern über die Laſt ihrer Garniſon klagen, noch viel mehr klagen, wenn ihnen dieſe Laſt genommen wird? Wie käme es, daß alljährlich beim Kriegsminiſterium Petitionen von Städten eingehen, welche um Hinverlegung einer nicht kommunalpflichtigen Garniſon nachſuchen?

Meine Herren, werfen Sie einen kurzen Blick auf den Haushalt der Städte. Es hat z. B. im Jahre 1865 die Stadt Berlin eingenommen aus dem Kommunalzuſchlag zur Mahl- und Schlachtſteuer und zur Braumalzſteuer 750000 Thlr., als Antheil an dem Rohertrag der Mahl- und Schlachtſteuer

237900 Thaler, an Wildpretsteuer 20000 Thaler, macht in Summa rund 1008000 Thaler, d. h. ein Drittel der Gesammteinnahme dieser großen Stadt. Nun, meine Herren, zu diesem einen Drittel und bei allen drei angeführten Posten steuert das Militär bereits redlich seinen Theil bei. Blicken Sie nun auf die Ausgaben, so finden Sie außer Verzinsung der städtischen Schuld, die wir nicht kontrahirt haben, außer dem städtischen Bauwesen, welches uns nichts angeht, und außer einem hübschen runden Posten von 360000 Thalern für Geschäftsbedürfnisse zunächst das Schulwesen mit 535000 Thalern angesetzt. Ja, unsere zwanzigjährigen Leute schicken in der Regel doch keine Kinder in die Schule, und die Söhne der Offiziere werden doch fast ausnahmslos in den Königlichen Gymnasien und Kadettenhäusern erzogen. Sind aber Militärkinder vorhanden, welche die städtischen Schulen besuchen, nun, meine Herren, dann bleibt übrig, von ihnen ein erhöhtes Schulgeld zu erheben, wie das die Stadt Oldenburg bereits thut. — Nächst diesem Posten figurirt dann mit der bedeutenden Summe von 710000 Thalern das städtische Armenwesen, dieser kolossal sich entwickelnde Krebsschaden der großen Städte.

Meine Herren, der Soldat ist zwar selbst arm; wenn Sie aber nur die Güte haben wollten, ihm nicht noch etwas von dem zu nehmen, was er hat, so wird er keine Hülfe beanspruchen und weiß auch, daß er hier keine bekommt. Beiläufig bemerkt, würde der Betrag einer Zwangssteuer zu dem Armenwesen von dem sehr leicht und sehr vollständig gedeckt werden, welcher sich etwa veranlaßt sehen möchte, seine freiwilligen Beiträge für Armenverwaltung, für Suppenanstalten, für Kleinkinderbewahranstalten, für Rettungshäuser, kurz für diese ganze Reihe meist vergeblicher Versuche, dem Elende zu steuern, bis zum Wohlthätigkeitskonzert, — der diese freiwilligen Beiträge einzuhalten sich entschlösse, die ihn ohnehin nicht schützen gegen tägliche, mündliche und schriftliche Gesuche.

Schließlich, meine Herren, finden Sie den Hauptposten mit 746 000 Thalern für Polizeiverwaltung. Nun, meine Herren, das Militär handhabt streng seine eigene Polizei; und wer steht denn hinter der Polizei? Wir haben hinter der Polizei die Bürgerwehr gesehen; Sie werden sich entsinnen, daß das Ding nicht recht ging, und daß schließlich doch das Militär heran mußte. Meine Herren, wenn Sie die Garnison nicht hätten, so würden Sie vielleicht das Doppelte und Dreifache für Polizeizwecke zu verwenden haben.

Sonach, meine Herren, finden Sie zwar auf der einen Seite des Blattes, auf der der städtischen Einnahmen, das Militär als zahlend, auf dem anderen Blatte aber, dem der städtischen Ausgaben, finden Sie das Militär als empfangend nirgends. Nein, meine Herren, wenn wir unsere Rechnungen aufmachen, so seien Sie versichert, daß die Bilanz sich sehr zu Gunsten des Militärs stellen wird, und daß es in der That billiger wäre, zu erwarten, daß die Städte etwas für ihre Garnisonen thun, als umgekehrt, daß die Garnisonen für die Städte steuern sollen.

Man ist nun so weit gegangen, daß man selbst die Besteuerung des Diensteinkommens von Unteroffizieren und Gemeinen verlangt hat. Ich werde nicht lange dabei verweilen, meine Herren. Unsere jungen Leute, die noch in der Entwickelung ihrer körperlichen Kräfte sind, an die wir große Anforderungen stellen müssen, haben vortrefflichen Appetit und würden gern täglich ein Pfund Fleisch essen, wenn wir es ihnen nur geben könnten. Legen Sie noch eine Verbrauchssteuer auf die Militär-Speiseanstalten, dann wird man die paar Loth Fleisch bald nicht mehr in der Suppe finden können. In den Städten, wo keine Schlacht- und Mahlsteuer ist, müßten Sie geradezu zu bestimmungswidrigen Gehaltsabzügen schreiten; denn sonst finden Sie zuverlässig am Ende des Monats den 1 Sgr. 3 Pf. nicht vor, und die Eintreibung der Steuerreste würde ihre be-

sonderen Schwierigkeiten haben; denn Sie können den Mann nicht pfänden, er hat nichts als die königlichen Effekten, und Sie können ihn nicht einsperren, denn sonst würden Sie bald die Kompagnie im Arrest, anstatt auf dem Schießplatz finden.

Meine Herren, man hat uns diese ganze Angelegenheit mit etwas hochtönenden Worten eingeführt; man hat gesagt, daß die Präsidialverordnung eine tiefe Verstimmung in den weitesten Kreisen hervorgerufen habe, daß das Rechtsgefühl der Nation verletzt sei; man hat sogar aus dem Arsenal der etwas verbrauchten Redefiguren vor einiger Zeit wieder einmal den gewissen Schrei der Entrüstung hervorgeholt. Meine Herren, die Verstimmung mag bei den städtischen Kassen empfunden worden sein, in weiten Kreisen glaube ich nicht. Wo die allgemeine Militärpflicht gilt, da giebt es kaum eine Familie, die nicht einen Sohn, einen Bruder, einen Verwandten in der Armee hätte, und in diesen allerdings weitesten Kreisen von Tausenden von Familien wird man sich schon darüber zufrieden gegeben haben, daß die Angehörigen nicht steuern sollen für Zwecke, die ihnen fremd sind. Sehen Sie auf die Petitionen; es sind ein Dutzend königlich sächsischer und herzoglich braunschweigischer Städte, Gera, Weimar, Oldenburg und, wie wir jetzt erfahren, auch Darmstadt, die zumeist Chorus machen mit dem Magistrat von Dresden. Von anderer Seite, meine Herren, liegt nichts vor.

Es ist ja nun nicht allein wünschenswerth sondern nothwendig, daß innerhalb derselben Armee nicht nur dieselbe Bezahlung, sondern auch dieselbe Besteuerung Platz greife. Können Sie nun etwas Ungleichmäßigeres und also Unzweckmäßigeres erfinden als die Kommunalbesteuerung? Versetzen Sie einen Offizier innerhalb seines Regiments von einem Bataillon zum andern, z. B. von Minden nach Bielefeld, so macht das, wenn er Kommunalsteuern zahlt, 23 pCt. Unterschied. Der Mann stand vielleicht in Boppard oder Greifswald oder in Görlitz, in einer von den guten alten Städten, die ihr Vermögen zu be-

wahren gewußt haben, und zahlte dort 3, 4, 5 pCt.; ſchicken Sie ihn nach Berlin, ſo müßte er 50 oder 100 pCt. zahlen, und wenn er das Unglück haben ſollte, nach Elberfeld zu kommen, ſo würde er, wie mir geſagt iſt, 320 pCt. zu zahlen haben. Das iſt doch keine Ausgleichung, meine Herren; nun ſagt man, eine Ausgleichung muß aber ſtattfinden, hier muß der Staat einſchreiten, der Staat muß Ortszulagen zahlen.

Es iſt erſtaunlich, was man Alles vom Staat erwartet, was der Staat Alles leiſten ſoll, während man eifrigſt darauf bedacht iſt, ihm jede neue Hülfsquelle ſorgfältig zu verſtopfen.

Nein, meine Herren, es handelt ſich hier einfach um eine Erhöhung der allgemeinen Steuerlaſt. Es ſollen die Bewohner des platten Landes für die Intereſſen der Städte mitſteuern.

Meine Herren, ich begreife, wenn Jemand aufſteht und ſagt: Das Militär hat immer noch zu viel, wir können ihm dreiſt etwas wegſchneiden, ſagen wir fünf Prozent — dafür wollen wir die Salzſteuer abſchaffen, oder den Betrag den Steuerzahlern direkt erlaſſen. Dann kann ich die Behauptung beſtreiten, aber nicht die Konſequenz des Vorſchlages.

Wenn aber Jemand ſagt: Das müſſen wir einräumen, dem Militär kann man unmöglich noch etwas nehmen, aber erhöhen wir die Steuer, laſſen wir dieſen Mehrbetrag zwar in das Portemonnaie des Militärs fließen, aber nur um im nächſten Augenblick in die ſtädtiſche Kaſſe abgeliefert zu werden, dann fürchte ich eigentlich nicht, daß dieſer Vorſchlag Ihren Beifall finden wird, und beſchränke mich darauf, neben der Unbilligkeit nur auf das Unpraktiſche eines ſolchen Vorſchlages allein ſchon in Rückſicht auf die Schreiberei und die Geſchäfte hinzuweiſen. Die Intendanturen müßten ja nicht allein jeden Truppentheil, ſondern jedes militäriſche Individuum verfolgen, um zu wiſſen, wann die kleinere Zulage in A. aufhört, wann die größere in B. und C. anfängt. Ich gratulire der Ober-Rechnungskammer welche mit der Gründlichkeit, welche dieſe Behörde charakteriſirt,

einen ſolchen Wuſt von Nachweiſung nachzuſehen und feſtzuſtellen haben würde.

Meine Herren, es iſt hier ganz einfach die Frage: ſollen fünf Sechſtel der Armee ihre alten Rechte aufgeben, um ſich nach dem einen neu hinzugetretenen Sechſtel zu richten, oder ſollen in den neu hinzugetretenen Ländern eine Anzahl Städte künftig auf eine Einnahme verzichten, welche bisher ſeitens derſelben — gewiß nicht ungeſetzlich aber ich glaube mit einem ſehr geringen Grade von Billigkeit —, von ihren Angehörigen in der Armee erhoben worden iſt?

Ich muß dabei noch darauf hinweiſen, daß ja in den neu hinzugetretenen Ländern die Erhebung der Kommunalſteuer materiell und formell wieder eine verſchiedene iſt. Sie müßten alſo auch dort reformiren. Sie würden nothwendig ſchließlich zu dem Reſultat kommen müſſen, zu ſagen: Hier Koburg oder Braunſchweig, das iſt nun die Norm, nach welcher das Königreich Preußen, das Königreich Sachſen und alle Uebrigen ſich zu richten haben.

Meine Herren! Ihre Kommiſſion hat Ihnen vorgeſchlagen, den Zuſtand wieder herzuſtellen, wie er vor Erlaß der Präſidialverfügung war, das heißt die Ungleichmäßigkeit zu ſtabiliren, bis die Angelegenheit anders geregelt werden kann. In welcher Weiſe ſie geregelt werden ſoll, darüber hat die Kommiſſion einen Vorſchlag nicht machen können, weil keiner eine Majorität gefunden hat. Es liegt nun ein Vorſchlag von dieſer Seite des Hauſes vor, welcher nichts weiter will, als daß dasjenige, was am Tage der Verkündigung der Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes in dieſer Beziehung in Preußen unzweifelhaft zu Recht beſtand — nichts weiter —, auf das Bundesgebiet ausgedehnt werden ſoll. Meine Herren, ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, dieſen Antrag anzunehmen. Ich glaube, indem Sie das thun, ordnen Sie das Gerechte, das Zweckmäßige und das Ausführbare an.

Meine Herren! Die Armee verlangt in der That keine Begünſtigung auf Koſten der übrigen Stände; aber ſie verlangt zu exiſtiren, und was ſie dazu unbedingt braucht, das ſollten Sie ihr nicht verkürzen.

Deutſche Okkupationstruppen in Frankreich.

Bei dem Bericht der Petitionskommiſſion kommt die Rede auf die angeblich mangelhafte Verpflegung der deutſchen Okkupationstruppen.

Reichstagsſitzung vom 2. Mai 1871.

Ich finde, daß ein Vertreter des Kriegsminiſteriums nicht gegenwärtig iſt. Da nun die Verpflegung der Armee nicht vom Generalſtabe reſſortirt, ſo kann ich als nicht direkt Betheiligter vollkommen unbefangen darüber ſprechen.

Wenn ich den Herrn Vorredner recht verſtanden habe, ſo wurde zunächſt hervorgehoben, daß verdorbene Gegenſtände an die Truppen vertheilt worden ſind. Meine Herren, als infolge des Präliminarfriedens ein neuer Verpflegungsmodus bei der Armee eintrat, da waren wir im Beſitz von außerordentlich großen Beſtänden, die darauf berechnet waren, die ganze Armee, wie bisher, ſo noch auf lange hinaus zu verpflegen. Es iſt natürlich, daß man aus ökonomiſchen Rückſichten geſucht hat, dieſe Beſtände, namentlich Speck in großen Quantitäten, zu verwerthen. Als aber Beſchwerden der Truppen eingingen, hat die Vertheilung aufgehört.

Nachdem an die Armee-Kommandos Anfragen gerichtet, welche Beſchwerden vorlägen, iſt jetzt z. B. von dem Kommando der Dritten Armee die Antwort eingegangen: „Es ſind keine Beſchwerden.“ Natürlich, meine Herren, findet eine gewiſſe

Mißstimmung statt, wenn nach dem frischen, fröhlichen Vorwärtsgehen des Krieges die Leute jetzt feststehen. Sie langweilen und ärgern sich, daß die Unordnung in Frankreich sie hindert, in die Heimath zurückzukehren.

Die Verpflegung ist in der That, wie es ja schon hervorgehoben worden ist, eine reichliche; 3/4 Pfund Fleisch ist eine ganz ausreichende Kost, dazu die übrigen Kompetenzen, die ich nicht im Kopfe habe, außerdem eine Geldzulage von 2½ Sgr.; meine Herren, das schlägt zu Buch, es ist eine ganz bedeutende Ausgabe.

Wenn ich ferner den Herrn Vorredner richtig verstanden habe, so, glaube ich, wurde hervorgehoben, daß eine französische Armee in Deutschland ganz anders leben würde. Ja, meine Herren, das ist eben der Unterschied; wir haben uns überall gemäßigt und nur genommen, was nöthig und auskömmlich war, und nicht mehr. Ich glaube behaupten zu können, daß noch niemals ein Krieg und vollends mit solchen Massen geführt worden ist, wo die Armee so gut verpflegt gewesen ist wie unsere Armee in diesem Feldzug. Man hat sich klar gemacht, daß, wie sehr richtig behauptet worden, im Kriege keine Verpflegung zu theuer ist, außer eine schlechte. So haben wir z. B. kostbare Konserven mitgeführt, die, zur rechten Zeit ausgetheilt, sehr gute Dienste geleistet haben. Ich bin der Ueberzeugung, meine Herren, daß die Armee ihrem General-Intendanten und seinen tüchtigen Beamten eine dankbare Anerkennung nicht versagt.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung der Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern.

Die Verwendung der Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern soll ausschließlich zu Gunsten der Armee, zur Unterstützung von Unteroffizieren, Frei-

stellen im Kadettenkorps, Einrichtung einer Lebensversicherungs-Anstalt, Bau der Kriegsakademie, Einrichtung und Ausstattung von Dienstwohnungen erfolgen. Es wird im Reichstage die Ansicht verfochten, daß das Haus das Recht habe, über diese Gelder auch zu anderen allgemeineren Zwecken zu verfügen.

Reichstagssitzung vom 11. März 1878.

Meine Herren, ich glaube, daß Sie aus den Motiven der Vorlage genügend entnommen haben, wie die Ersparnisse entstanden sind, um die es sich hier handelt; ich habe nur wenig Worte zu sagen über die Qualität dieser Gelder.

Als der General v. Manteuffel das Oberkommando über die Okkupationsarmee in Frankreich übernahm, da vermittelte er auf privatem Wege mit den maßgebenden Persönlichkeiten des französischen Gouvernements ein Abkommen dahin, daß statt der früheren Naturallieferungen fortan ein bestimmter Geldsatz pro Kopf und Pferd für die Armee gezahlt werden sollte. Daß dieser Satz auskömmlich hoch normirt wurde, scheint mir ein Verdienst des Generals v. Manteuffel zu sein. Dank seiner umsichtigen Fürsorge und der vortrefflichen Verwaltung seines Militär-Intendanten, des Herrn Engelhardt, gelang es, den Truppen, die damals ihren Kameraden in die Heimath nicht folgen konnten, inmitten einer durchaus feindselig gestimmten Bevölkerung eine befriedigende Existenz auf fremdem Boden zu schaffen. Es erhielten die Leute eine ganz auskömmliche Portion, außerdem eine Geldzulage, die ihnen auch den Genuß von Wein gestattete, der ja in Frankreich auch dem ärmsten Arbeiter zugebilligt wird, und der so sehr dazu beigetragen hat, den guten Gesundheitszustand der Truppen zu erhalten. Für den direkten Zweck einer guten Ernährung wurde damals in Mainz die Konservenfabrik begründet, die später eine größere Ausdehnung erhalten hat und der Armee für alle Zukunft die ersprießlichsten Dienste leisten wird, schon im Frieden bei allen

größeren Versammlungen und vollends bei einem etwaigen Kriege.

Ich würde hier auf diesen Gegenstand nicht eingehen, wenn nicht der „Enthusiasmus für die Erbswurst" berührt worden wäre. Meine Herren, die Konserven haben den großen Vortheil, daß sie diejenigen Elemente, Eiweißstoffe und Kohlehydrate, in dem beinahe genauen Verhältniß enthalten, welche nothwendig sind zur Ernährung eines arbeitenden Mannes. Jede willkürlich gewählte Mahlzeit enthält von dem einen mehr, von dem anderen zu wenig; das erstere geht nutzlos verloren, das andere fehlt an der Ernährung. Die Konserven haben dann den großen Vortheil, daß sie transportabel sind, daß der Mann auf mehrere Tage seine Verpflegung bei sich tragen kann, und sie haben den ferneren Vortheil, daß sie in sehr kurzer Zeit bereitet werden. Wie oft kommt es vor, daß eine Truppe, bei dem stundenlangen Abkochen alarmirt, den Inhalt des Kessels ausschütten und hungrig weiter marschiren muß.

Die Konserven haben einen Nachtheil, das ist der, daß sie zu theuer sind; aber, meine Herren, wenn man von einem Menschen die höchste geistige und körperliche Anstrengung fordert, dann darf er nicht hungern; im Felde ist keine Verpflegung zu theuer, außer eine schlechte.

Es ist bereits angeführt, daß auch für die Beamten, für die Frauen und Kinder der Verheiratheten gesorgt wurde, und ich glaube, daß es nur zu billigen ist. Die Offiziere, welche alle Lebensbedürfnisse sehr theuer bezahlen mußten, erhielten außer ihrer Feldzulage noch einen nach ihrer Charge bemessenen Geldzuschuß. Daß ein solcher Zuschuß von dem Oberkommandirenden selbst nicht beansprucht wurde, ist bereits ausgesprochen, und dafür danke ich dem Herrn Vorredner. Der sehr bedeutende Betrag, wie er sich nach der Charge des Oberkommandirenden und für eine 2½jährige Dauer normirt haben würde, ist in den Ersparnissen mitenthalten. Der General v. Manteuffel

iſt, wie alle unſere Generale, nicht reicher aus Frankreich zurückgekehrt, als wie er hinmarſchirt iſt.

Meine Herren, wenn ein Truppentheil Erſparniſſe an ſeinem Menagefonds macht, ſo verbleiben dieſe beſtimmungsmäßig zu ſeiner Verfügung. Hier handelt es ſich um eine große Menageerſparniß, die ein Theil der Armee gemacht hat, eine ſchon in ihrem Entſtehen durchaus interne Angelegenheit der Truppenverwaltung. Es kann ja nicht in Frage geſtellt werden, daß der General v. Manteuffel vollſtändig befugt war, alle die Summen, die ihm vermöge des getroffenen Abkommens zufloſſen, auch vollſtändig an die Truppen zu verausgaben. Er konnte die Erſparniſſe ſummariſch an die vier Diviſionen vertheilen, oder er konnte jedem Mann noch fünf Silbergroſchen zulegen; dann war heute von Erſparniſſen überhaupt nicht die Rede. Er hat das nicht für zweckmäßig erachtet, nicht für gut, weil dadurch die Aufrechthaltung einer ſtrengen Disziplin erſchwert worden wäre, wie ſie ſelbſt von unſeren Gegnern, den aufrichtigen wenigſtens, anerkannt worden iſt; er wollte eben aus dem Aufenthalt in Frankreich nicht eine Art Capua für ſeine Truppen machen. Er hielt es für richtiger, das, was ein Theil der Armee erſpart hatte, zum Nutzen und Frommen der ganzen Armee zurückzulegen. In dieſem Sinne ſind, ſoweit ich weiß, ſchon während der Okkupation erhebliche Summen an das preußiſche und das ſächſiſche Kriegsminiſterium abgeführt worden.

Aber, meine Herren, auch nach Aufhören der Okkupation war nach meiner Anſicht die Militärverwaltung vollkommen berechtigt, alle dieſe Gelder, ohne Jemand zu fragen, zum Nutzen der Armee nach ihrem beſten Ermeſſen auszugeben, ſo lange nämlich, wie das Pauſchquantum Geltung hatte. Heute ſteht unſtreitig dem Reichstag das Recht zu, über die Verwendung dieſer Gelder mitzubefinden.

Meine Herren, die Milliarden hat die Armee erobert, die Millionen hier hat ſie erſpart und, wohl zu merken, erſpart

nicht an Staats- oder Reichsmitteln, sondern an ihren eigenen Mitteln. Ich glaube, meine Herren, ich darf Ihre Gerechtigkeit, jedenfalls Ihre Billigkeit in Anspruch nehmen, wenn ich Sie bitte, diese Gelder der Armee ganz und ungeschmälert zu belassen für Zwecke, die Sie als nothwendig und höchst wünschenswerth anerkennen werden, und für welche sonst neue Bewilligungen beim Reichstag beantragt werden müssen.

Ueber Arreststrafen.

Zweite Berathung des Militär-Strafgesetzbuches zu den Bestimmungen über die Arreststrafen.

Reichstagssitzung vom 7. Juni 1872.

Meine Herren, ich erkenne vollkommen die humane Absicht des Antrages der Herren Abgeordneten Eysoldt und Genossen an, allein ich muß ihrem Antrage durchaus widersprechen. Ich glaube, daß eine allzu große Abminderung der Strenge der Strafen nur die Zahl ihrer Anwendungen vermehren wird. Wenn wir ein Gesetz für die Armee geben wollen, meine Herren, so dürfen wir uns nicht ausschließlich auf den bürgerlichen, auf den juristischen oder ärztlichen Standpunkt stellen, wir müssen uns schon auf den militärischen stellen. Autorität von oben und Gehorsam von unten; mit einem Worte, Disziplin ist die ganze Seele der Armee. Die Disziplin macht die Armee erst zu dem, was sie sein soll, und eine Armee ohne Disziplin ist auf alle Fälle eine kostspielige, für den Krieg eine nicht ausreichende und im Frieden eine gefahrvolle Institution.

Meine Herren, die Strafen ſind es lange nicht allein, mit denen wir die Disziplin aufrecht erhalten. Es gehört dazu die ganze Erziehung des Mannes, und ich erwidere dem Herrn Antragſteller, daß, wenn unſere Strafen milder ſind, wie in anderen Armeen, doch auch gerade dieſes Moment der weiteren Erziehung hinzutritt. Wichtiger, als was in der Schule erlernt worden, iſt die nach der Schule folgende Erziehung des Mannes, ſeine Angewöhnung an Ordnung, Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Gehorſam und Treue, kurz an Disziplin, und dieſe Disziplin iſt es, die unſere Armee in den Stand geſetzt hat, drei Feldzüge ſiegreich zu gewinnen. Wir können aber die Strafen dennoch nicht entbehren, meine Herren; Sie werden zugeben, daß es einer ungemein ſtarken Autorität bedarf, um Tauſende von Menſchen zu beſtimmen, unter den ſchwierigſten Verhältniſſen, unter Leiden und Entbehrungen, Geſundheit und Leben an die Ausführung eines gegebenen Befehls zu ſetzen. Eine ſolche Autorität, meine Herren, kann nur erwachſen und kann nur fortbeſtehen unter ſchützenden Verhältniſſen. Es muß der Unteroffizier dem Soldaten gegenüber eine bevorzugte Stellung haben, und es muß der Offizier Beiden gegenüber eine Prärogative genießen. Darin liegt, meine Herren, allerdings die von dem Herrn Vorredner hervorgehobene Ungleichheit vor dem Geſetze. Es iſt aber nicht ſowohl eine Bevorzugung des Offiziers als eine Bevorzugung des Vorgeſetzten, und ich bemerke dabei, daß in der ganzen Armee Jedermann heute Vorgeſetzter und morgen Untergebener ſein kann. Der General an der Spitze eines Korps iſt in dem Augenblick der Gehorchende, wo er in Berührung mit einem noch höher geſtellten General kommt, und ebenſo kann der einfache Soldat Vorgeſetzter werden, ſobald der Dienſt ihn dazu beruft. Jeder Wachtpoſten, jeder Gefreite, der eine Patrouille führt, hat Gehorſam zu fordern.

Wir bedürfen nun, meine Herren, die ſtrengen Strafen nicht gegen die große Maſſe unſerer Leute, die durch Belehrung,

Ermahnung, Rüge, höchstens leichte Disziplinarstrafen unschwer zu leiten sind, allein, meine Herren, wir haben es zum Theile auch mit ganz schlechten Subjekten zu thun. Wenn Alles unter die Waffen tritt, so treten natürlich die schlechten Subjekte, die ja in jeder Nation vorhanden sind, auch unter die Waffen. Wir sind ja genöthigt, Alles zu nehmen, jeden Mann, der in das dienstpflichtige Alter eingetreten, der gesund ist und so und so viel Zoll mißt; den moralischen Zustand der Rekruten kann die Aushebungskommission nicht untersuchen. Wir bekommen also auch Leute, die vielleicht Kandidaten des Zuchthauses sind, wenn sie nicht durch eine strenge militärische Erziehung noch vor diesem Unglücke bewahrt werden. Diese militärische Erziehung, meine Herren, die ist ja auch der Grund, warum wir mit einer sehr kurzen Dienstzeit uns niemals einverstanden erklären können; denn die Disziplin kann nicht einexerzirt werden, sie will eingelebt sein.

Ich komme auf die Strafen zurück. Es haben bedeutende Abminderungen der Strafen stattgefunden, namentlich Verkürzungen bei dem strengen Arreste um das volle Drittheil der bisherigen Dauer. Wir haben uns damit durchaus einverstanden erklärt. Vollkommen im militärischen Interesse liegen kurze, aber strenge Strafen, mit kurzen und leichten Strafen aber können wir nicht fertig werden.

Es ist das harte Lager bezeichnet als eine Art Grausamkeit. Meine Herren, wir verurtheilen alle unsere Leute täglich zu diesem harten Lager, so oft sie auf Wache ziehen, nur mit der Verschärfung, welche bei dem Arreste hinwegfällt, daß der Mann alle vier Stunden herausgerufen wird, um dann zwei Stunden bei Wind und Wetter Posten zu stehen. Ein hartes, aber trockenes und gegen Wind und Wetter geschütztes Lager, meine Herren, ist eine unglaubliche Wohlthat gegen ein Biwak auf dem Schnee oder auf einem nassen Sturzacker, wie es unsere Leute ja viele Nächte hindurch haben ertragen müssen. Wie gern

wäre der Soldat oder ſelbſt ein Offizier aus einem ſolchen Biwak in ein ähnliches Lokal geſchlüpft.

Wenn Sie dem widerſpenſtigen faulen Mann die Matratze mit in das Arreſtlokal geben, und wenn Sie ihm ſeine gewohnte Nahrung nur jeden dritten Tag entziehen, ſo faulenzt er ſeinen Arreſt ab, er ſchläft und freut ſich, daß ſeine Kameraden für ihn auf Wache ziehen müſſen und daß er nicht zu exerziren braucht. Meine Herren, wir kommen mit ſolchen Strafen nicht aus. Bedenken Sie, daß die ſtrengen Strafen nicht gerichtet ſind gegen den ordentlichen, propperen Soldaten, wie Sie ihn auf der Straße oder auf dem Exerzirplatz ſehen, ſondern gegen die wenigen ſchlechten Subjekte.

—*—

Kriegs- und Naturalleiſtungen.

Zweite Berathung des Geſetzes über die Kriegsleiſtungen.

Zu § 8 (Vergütung für Naturalquartier und Stallung) beantragt die Kommiſſion einen Zuſatz, welcher ſolche Vergütung auch gewährt für Truppentheile, die auf Märſchen und Kantonnirungen auf mehr als einen Tag Quartier in Anſpruch nehmen und zwar im halben Betrage der für den Friedenszuſtand geltenden Sätze. Moltke erklärt ſich gegen dieſen Zuſatz, der indeſſen angenommen wird.

Reichstagsſitzung vom 12. Mai 1873.

Bei Märſchen und Kantonnements kommt es in der That weniger darauf an, was die Militärbehörde fordert, als darauf, was die betreffende Kommune überhaupt noch zu leiſten vermag. Es wird in vielen Fällen der Quartiergeber ſeinen Mann vollſtändig verpflegen, es wird aber auch ſehr oft beim beſten Willen die Leiſtung in nichts weiter beſtehen können, als daß eine leere Scheuer eingeräumt wird. In dem einen Falle würde

die halbe Entſchädigung zu viel, in dem anderen würde ſie zu wenig ſein, und es iſt unmöglich, den rechten Maßſtab zu treffen, nicht angänglich, zu quittiren über das, was wirklich geleiſtet worden iſt. Ich beſorge, Sie werden durch die veränderte Faſſung nachträglich eine ſehr große Zahl von unbegründeten Anſprüchen hervorrufen. Wenn ein Landestheil mehr als alle übrigen durch Märſche und Kantonnements leidet, ſo meine ich, daß — wenigſtens nach einem glücklichen Kriege — dieſem Landestheile eine gewiſſe Summe überwieſen werden wird, und man es der Verwaltung überlaſſen muß, dieſelbe gerecht zu vertheilen. Es wird von allen Seiten gewiß gewünſcht, dieſes Geſetz zu Stande zu bringen, und ich möchte dringend empfehlen, in dieſem Punkte bei der Vorlage der Regierung ſtehen zu bleiben.

Zweite Berathung des Geſetzentwurfs über Naturalleiſtungen für die bewaffnete Macht.

Zu § 11 iſt ein Antrag Schorlemers eingebracht, nach welchem Kunſtwieſen von jeder Benutzung bei Truppenübungen ausgeſchloſſen bleiben ſollen; der Antrag, gegen den Moltke ſich ausſpricht, fällt.

Reichstagsſitzung vom 8. Januar 1875.

Meine Herren, ich wollte nur bemerken, daß doch Weinberge, Schonungen u. ſ. w. Parzellen ſind, die möglicherweiſe von den Truppen umgangen werden können; eine Wieſe aber erſtreckt ſich oft ſtundenweit, und wenn ſie unter keiner Bedingung betreten werden darf, ſo iſt es, als ob ein Strom durch das Manöverfeld zöge. Man wird es ja von ſelbſt bei der Höhe der Entſchädigung vermeiden, ſolche Wieſen zu betreten; aber die Möglichkeit, gegen Entſchädigung durchzugehen, möchte ich gewahrt wiſſen.

Verhältniß zu Oeſterreich.

Trotzdem Moltke in ſeiner Rede vom 16. Februar 1874*) angebliche Gelüſte Deutſchlands auf Deutſch-Oeſterreich in durchaus abfälliger Weiſe charakteriſirt hatte, ſo wurde ihm doch bei Berathung des Geſetzentwurfs betreffend die Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern von klerikaler Seite durch den Abgeordneten Lender der Vorwurf gemacht, er habe nur Komplikationen mit Rußland und mit anderen Staaten für nicht im Intereſſe des Deutſchen Reiches liegend erklärt, ſich dagegen bezüglich Oeſterreichs ausgeſchwiegen, obwohl ſeither weitere Veranlaſſung vorgelegen hätte, in dieſer Beziehung klaren Wein einzuſchenken. Hierauf antwortet Moltke.

Reichstagsſitzung vom 24. April 1884.

Der Herr Abgeordnete Lender hat, und auch mehrere der Herren Redner bei früherer Debatte haben auffallenderweiſe bei mir ganz beſondere Hintergedanken gegen Oeſterreich daraus ableiten wollen, daß ich in einer früheren Rede geſagt habe: ich wüßte in der That nicht, was wir mit einem eroberten Stück von Frankreich oder Rußland anfangen ſollten. Meine Herren, ich konnte Ihnen doch nicht ſämmtliche Staaten Europas und vielleicht Amerikas herzählen. Meine Meinung iſt, daß wir an unſeren deutſchen Landsleuten in Oeſterreich, die ſich unter dem Scepter ihres erlauchten Kaiſerhauſes wohl befinden, gute Freunde und im Falle der Noth vielleicht Verbündete haben. Meine Meinung iſt, daß wir überhaupt keine Eroberungen wollen, — aber auf jeden Fall das behaupten wollen, was wir haben.

Zum Sozialiſtengeſetz.

Nur bei der Berathung des erſten, alsbald nach dem Attentat Hödels eingebrachten Entwurfs zum Sozialiſtengeſetz hat Moltke das Wort genommen. Die Vorlage fiel damals — Ende Mai 1878 — mit 251 gegen 57 Stimmen. Bei den Debatten über das ſpätere Geſetz und deſſen

*) Vergl. Seite 105 ff.

Verlängerungen hat er nicht wieder geſprochen. Dennoch wandte er dem Gegenſtande, wie wir aus ſeinen Briefen erſehen, ein lebhaftes Intereſſe zu. Nach der Auflöſung des Reichstags, im Juni 1878, war es die Rückſicht auf die in der nächſten Seſſion zu erwartende Sozialiſtenvorlage, die ihn vornehmlich veranlaßte, wieder ein Mandat anzunehmen. Am 20. Juni 1878 ſchrieb er an ſeinen Neffen Wilhelm v. Moltke:*) „Bei den obwaltenden Verhältniſſen, wo es darauf ankommt, die wichtigen Geſetze über Sozialdemokratie und Steuerreform durchzubringen, kann ich ein Mandat nicht wohl ablehnen, zu welchem ich in zwei beſonders ſchlimmen Kreiſen in Vorſchlag gebracht werde, in Heydekrug und Teltow-Storkow. Die einzige Hoffnung iſt, daß ich in beiden durchfalle." — Moltke war mit der Beſeitigung des Sozialiſtengeſetzes im Januar 1890 nicht einverſtanden. Er hat ſich noch in einem wenige Monate vor ſeinem Tode am 10. Dezember 1890 geſchriebenen Briefe**) über Sozialreform ausgeſprochen. Er hält die Durchführung einer ſolchen, die er als dringend nöthig anſieht, nur möglich, wenn ſie durch ein ſtarkes Königthum, welches den Willen und die Macht dazu habe, in die Hand genommen werde; ihm gelten die ſtaatlichen Verſicherungsgeſetze als ein ſegensreicher Anfang dieſer Reform. „Das weitere Fortſchreiten dieſer ſtaatlichen Fürſorge kann nur gehemmt oder doch verzögert werden durch den Unverſtand derer, für welche ſie wirkt, und hier tritt die eiſerne Nothwendigkeit der Machtentfaltung ein. Das Geſetz gegen die Sozialdemokratie war das humanere Verfahren, es wirkte präventiv. Nach ſeiner Aufhebung bleibt nur die rückſichtsloſe Repreſſion." Im Sinne eines „verſtändigen" präventiven Verfahrens hatte er ſich bereits in ſeiner Rede vom 24. Juni 1878, die einen ſehr bedeutenden Eindruck auch bei den Gegnern der Vorlage machte, ausgeſprochen. Man fand, daß er goldene Worte geſprochen, die im Lande überall auf fruchtbaren Boden fallen würden; nur dem Schluſſe, daß man das vorliegende Geſetz annehmen müſſe, um ein ſtrengeres zu vermeiden, glaubte man ſich nicht anſchließen zu ſollen. Am 2. Juni erfolgte das Attentat Nobilings, am 21. Oktober 1878 wurde das neue, weſentlich verſchärfte Sozialiſtengeſetz publizirt.

Reichstagsſitzung vom 24. Mai 1878.

Ich wünſche aufrichtig, daß die geehrten Mitglieder, die geſtern und heute die Regierungsvorlage bekämpft haben, nicht allzu bald in die Lage gerathen mögen, eben dieſes Geſetz oder ein ähnliches, vielleicht ausgeſtattet mit noch größeren Beſchrän-

*) Geſammelte Schriften V, Seite 121.

**) Ebenda V, Seite 211.

lungen, selbst von der Regierung zu verlangen. Es mag ja sein, daß die Vorlage an manchen Punkten einer Verbesserung bedarf, daß manche Paragraphen geändert werden müssen; aber die Ueberzeugung scheint mir doch allgemein Platz gegriffen zu haben, daß wir eines besseren Schutzes bedürfen gegen die Gefahren, welche dem Staat in seinem Innern drohen durch die fortschreitende Organisation der Sozialdemokratie. Ich fürchte, daß die Leiter dieser Organisation schon heute bedenklich nahe an die Grenze gedrängt sind, wo man von ihnen die Erfüllung ihrer Zusagen und Verheißungen fordert.

Diese Herren werden am besten wissen, daß das seine Schwierigkeit haben wird. Sie können sich nicht dagegen verschließen, daß die erste Gütertheilung die hundertste involvirt; daß in dem Augenblick, wo wir Alle gleich reich, wir Alle gleich arm geworden sind; daß Noth, Elend und Entbehrungen untrennbare Bedingungen des menschlichen Daseins sind; daß keine Form der Regierung, keine Gesetzgebung und überhaupt keine menschliche Einrichtung Elend und Noth jemals aus der Welt schaffen werden. Wohin wäre es auch mit der Entwickelung des Menschengeschlechts gekommen, wenn diese zwingenden Elemente nicht in Gottes Weltordnung enthalten wären! Nein, ohne Sorge und Arbeit wird auch die Zukunft nicht sein; aber ein Mensch, der hungert und friert, fragt nicht viel nach den Konsequenzen der Zukunft; er greift nach den Mitteln, welche die Gegenwart ihm bieten kann. Lange zurückgedrängte Leidenschaften, enttäuschte Hoffnungen werden zu gewaltsamen Ausbrüchen drängen, welche die Leiter am allerwenigsten verhindern können; denn die Revolution hat bisher noch immer ihre Führer zuerst verschlungen.

Wie steht nun die Regierung dem gegenüber? Meine Herren, man sollte doch aufhören, die Regierung immer gewissermaßen als eine feindliche Potenz zu betrachten, die nur möglichst zu beschränken und einzuengen ist. Gewähren wir doch der Regierung die Machtfülle, welche sie braucht, um alle Interessen zu schützen!

Was das auf ſich hat, wenn die Regierung die Zügel der Herrſchaft aus ihren Händen entſchlüpfen läßt, wenn die Gewalt an die Maſſen übergeht, meine Herren, darüber belehrt uns die Geſchichte der Kommune in Paris. Da war die Gelegenheit geboten, wo die Demokratie ihre Ideen in die Wirklichkeit überführen konnte, wo ſie, wenigſtens eine Zeit lang, eine Regierung nach ihren Idealen einrichten konnte. Aber geſchaffen, meine Herren, iſt doch nichts, wohl aber Vieles zerſtört. Die aktenmäßigen Berichte aus franzöſiſcher Feder über dieſe traurige Epiſode der franzöſiſchen Geſchichte laſſen uns in einen Abgrund der Verworfenheit blicken; ſie ſchildern uns Zuſtände und Begebenheiten im 19. Jahrhundert, welche man für geradezu unmöglich halten ſollte, wenn ſie nicht unter unſeren Augen verlaufen wären, vor dem ſtaunenden Blick unſerer Okkupationsarmeen, welche den Dingen bald ein Ende gemacht hätten, wenn ſie nicht genöthigt geweſen wären, mit „Gewehr bei Fuß" dem Verlauf zuzuſchauen.

Meine Herren, ſolche Dinge beabſichtigen ganz gewiß unſere arbeitenden Klaſſen nicht, auch nicht der irregeleitete Theil derſelben; aber auf dem Weg des Umſturzes werden die beſſeren Elemente ſehr bald überholt durch die ſchlechteren. Hinter dem gemäßigt Liberalen ſteht gleich Jemand, der viel weiter gehen will wie er. Das iſt überhaupt der Irrthum ſo Vieler geweſen, daß ſie glauben, ungefährdet nivelliren zu können bis auf ihr Niveau, dann ſolle die Bewegung ſtillſtehen; als ob ein in voller Fahrt heranbrauſender Eiſenbahnzug plötzlich Halt machen könnte, — wobei ja auch die den Hals brechen würden, welche darin ſind. Meine Herren, hinter dem ehrlichen Revolutionär tauchen dann jene dunklen Exiſtenzen auf, die ſogenannten Baſſermannſchen Geſtalten vom Jahre 1848, die professeurs des barricades und die Petroleuſen der Kommune vom Jahre 1871.

Meine Herren, Sie können ja heute das Geſetz ablehnen in der begründeten Erwartung, daß die Regierung ſtark genug

sein wird, um gewaltsamen Ausschreitungen entgegenzutreten, sie nöthigenfalls mit gewaffneter Hand niederzuwerfen; aber, meine Herren, das ist ein trauriges Mittel, es beseitigt die Gefahr des Augenblicks, aber es heilt nicht den Schaden, aus welchem die Gefahr hervorgeht. Wenn uns nun hier ein Weg angedeutet wird, auf dem es vielleicht möglich sein wird, die Anwendung solcher beklagenswerthen Mittel zu vermeiden durch vorbeugende Maßregeln, durch eine verständige, vorübergehende Beschränkung der gemißbrauchten Freiheit, so meine ich, daß wir dazu die Hand bieten sollten im Interesse aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, im Interesse besonders der leidenden Klassen unserer Mitbürger, denen niemals geholfen werden kann durch einen plötzlichen Umsturz, sondern nur allein auf dem zwar langsamen Wege der Gesetzgebung, der sittlichen Erziehung und der eigenen Arbeit. — Ich meinestheils werde dem Gesetz zustimmen.

Militärknaben-Erziehungs-Institut, Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach.

Zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats 1882/83.

Die obengenannte Anstalt wurde zwischen 1882 und 1887 viermal abgelehnt, erst im März 1887 erfolgte die Bewilligung.

Reichstagssitzung vom 16. Dezember 1881.

Einer von den Herren Vorrednern hat vorhin betont, daß es früher noch viel schlechter mit dem Ersatze der Unteroffiziere gestanden habe als jetzt. Das ist doch kein Grund, um die Sache nicht für die Zukunft zu bessern. Derselbe meinte, wenn die Elsässer sich erst an Deutschland gewöhnt hätten, würden die Unteroffiziere sich von selbst finden. Ja, es kommt eben

darauf an, sie erst zu gewöhnen, und da ist die allgemeine Wehrpflicht die beste Propaganda. Als Seine Majestät der Kaiser vor einigen Jahren im Elsaß war, erschienen alle jungen Leute, die gedient hatten, aus den Dörfern mit der rothen Dienstmütze und trugen sie mit Stolz. An die Jugend müssen wir uns halten, die Alten werden Sie nicht zum Deutschthum bekehren. Die Sache hat auch ihre politische Bedeutung, und ich bitte Sie, den von der Regierung geforderten Posten zu bewilligen.

Zu demselben Gegenstand spricht Moltke in der Etatsberathung für das Jahr 1885/86.

Reichstagssitzung vom 19. Januar 1885.

Es läßt sich kaum noch etwas über die Sache sagen; ich will nur noch wenige Bemerkungen machen.

Der Herr Vorredner hat gegen die Sache angeführt, daß, so oft die Vorlage erfolgt ist, sie abgelehnt worden ist. Ja, meine Herren, so oft sie abgelehnt worden, ist sie aber auch von der Regierung wieder in Anregung gebracht worden. Es handelt sich, abgesehen von allen politischen Rücksichten, um eine Einrichtung, um fehlende 2000 oder mehr Unteroffiziere für die Armee zu beschaffen. Es ist durchaus wünschenswerth, ein so vortreffliches Material wie die Elsässer Bevölkerung für den Unteroffizierstand zu gewinnen, — den Unteroffizierstand, der nächst dem Offizierkorps das wichtigste Element für die Tüchtigkeit der Armee ist. Aus Breisach, das früher eine sehr viel stärkere Garnison gehabt hat, laufen die dringendsten Klagen ein. Die Bewohner gehen der Verarmung entgegen. Breisach ist, wie so viele kleine Städte, angewiesen, von seiner Garnison zu leben. Nun befinden sich in Breisach Lokalitäten, die für die

Schule ausgenutzt werden können, und ich glaube, daß die Vorlage in ökonomiſcher wie in militäriſcher Beziehung empfohlen werden kann.

Ich bitte Sie, die Poſition anzunehmen.

Kaſernement in Großenhain.

Zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats 1883/84.

Reichstagsſitzung vom 9. Dezember 1883.

Es hat ſich hier eine beſondere Abneigung ausgeſprochen gegen die Einrichtung von Wohnungen für die Offiziere in den Kaſernen, und ganz beſonders gegen die Einrichtung von Offizierkaſinos. Dieſe Bedenken gründen ſich wohl nicht auf finanzielle, auf Erſparnißrückſichten; denn für die Offiziere, die in der Kaſerne untergebracht werden, wird das Servis erſpart, und dadurch werden wohl die Zinſen der urſprünglichen Anlage ausgeglichen. Ich will noch hinzufügen: die Offiziere, die in der Kaſerne wohnen, ſind ja auf die Kaſernen nicht beſchränkt, ſie leben auch außerhalb derſelben; Sie finden ſie in jeder guten Geſellſchaft.

Man hat aber ein prinzipielles Bedenken dagegen ausgeſprochen, nämlich, daß dadurch die Offiziere ſich von den übrigen Geſellſchaftsklaſſen abſondern, und daß ſo der Kaſtengeiſt genährt würde. Ja, meine Herren, für Kaſtengeiſt haben wir eine andere Bezeichnung: wir nennen das Kameradſchaft. Es iſt das feſte Band, das die Offiziere eines Regiments miteinander verbindet in allen ihren Intereſſen, zum gegenſeitigen Beiſtand in Freud und Leid, im Frieden und im Kriege. Kameradſchaft war es, wenn in unſeren Feldzügen da, wo eine Abtheilung in Gefechte verwickelt wurde, von allen Seiten die übrigen hinzueilten, um

Hülfe und Beiſtand zu leiſten, und dieſem Verhalten verdanken wir weſentlich mit die Erfolge, welche erzielt ſind.

Wenn man die Debatte hier anhörte, könnte man glauben, daß in der Armee ein Gegenſatz beſtände zwiſchen adligen und bürgerlichen Offizieren. Meine Herren, das iſt nicht der Fall; iſt ein Avantageur vom Offizierkorps gewählt und eingetreten, ſo ſchließt die Kameradſchaft jede weitere Unterſcheidung aus. Einen ſolchen Zwiſchenſpalt in die Armee hineinzutragen, wird Niemand gelingen; das ſind wirklich unnütz verſchoſſene Platzpatronen.

Nun, meine Herren, iſt ja nicht zu bezweifeln, daß, wo Hunderte von jungen Mannſchaften zuſammen wohnen, eine Aufſicht bei Tage und bei Nacht ſtattfinden muß. Meine Herren, es iſt ein großer Unterſchied, ob ein Befehl allgemein an eine unbekannte Menge ertheilt wird, oder ob der Mann ſich ſagen muß: Dieſer Befehl gilt mir, der Befehlende kennt mich. Der Kompagnieoffizier kennt jeden Mann ſeiner Kompagnie, aber es iſt nicht zu verlangen, daß er auch die Mannſchaften der übrigen Kompagnien kennt, nicht die Mannſchaften des ganzen Bataillons, und das, meine Herren, iſt der einfache Grund, warum die Beſtimmung dahin lautet, daß für jede Kompagnie ein Offizier in der Kaſerne wohnen ſoll.

Was die Kaſinos betrifft, ſo mag man es vielleicht auch für ein Standesvorurtheil erklären; aber wir ſind der Meinung, daß der Offizier nicht in jeder Speiſewirthſchaft ſich ſein Mittagsmahl holen kann. Geht er in eine feine Reſtauration, ſo muß er einen oder ein paar Thaler bezahlen, und darauf iſt das Gehalt nicht zugeſchnitten. In der Kaſerne, in einer Speiſeanſtalt findet er ein gutes Mahl für ſehr viel weniger, und dort kann auch der unbemittelte Offizier einmal ein Glas Wein trinken, der von dem Produzenten direkt verſchrieben und ohne die Speſen des Zwiſchenhandels für den Einkaufspreis geliefert wird.

Meine Herren, ich glaube, daß jetzt wohl jedes Offizierkorps eine Bibliothek, eine Kartenſammlung, ein Kriegsſpiel und andere Bildungsmittel beſitzt — wo ſoll das untergebracht und benutzt werden? Wo zweckmäßiger als in einem Lokal in der Kaſerne, wohin ja doch alle Offiziere täglich kommen müſſen, und wo ein ſolches Lokal ebenſo zu ihrer Fortbildung wie zu ihrem geſellſchaftlichen Verkehr dient.

Meine Herren, wenn wir den Bau von Kaſernen ablehnen aus Erſparnißrückſichten, ſo ſind wir in unſerem vollkommenen Recht; wenn aber anerkannt wird, daß ein ſolcher Bau nöthig iſt, dann ſollten wir der Militärverwaltung überlaſſen, ihn ſo auszuführen, wie es für den militäriſchen Zweck nöthig iſt.

Zum Militärpenſions- und Reichsbeamten-Geſetz.

Moltke hatte ſich an der Berathung des erſten Penſionsgeſetzes, bei deſſen ſpäteren Abänderungen er ſehr erheblich mitwirkte, nur durch eine ganz kurze Bemerkung betheiligt. Als bei der Sitzung vom 13. Mai 1871 von Miquel die Frage angeregt wurde, ob nicht die ehemals franzöſiſchen Soldaten elſaß-lothringiſcher Abſtammung aus dem letzten Kriege gerade ebenſo berückſichtigt werden ſollten wie die deutſchen Soldaten, hatte der Kriegsminiſter v. Roon erwidert, er glaube, daß einem ſo großmüthigen Antrage nicht prinzipiell widerſprochen werden würde und daß die nunmehrigen deutſchen Mitbürger, die in Elſaß-Lothringen ihren Wohnſitz haben, durch das Invalidengeſetz berückſichtigt werden müßten. Moltke hatte damals eine einſchränkende Bemerkung zu machen geglaubt, indem er erklärte:

> „Ich wollte hinſichtlich der Elſäſſer nur auf einen Punkt noch aufmerkſam machen, das iſt der, daß eine große Anzahl derſelben ſich als Franctireurs an dem Kriege betheiligt hat, die heute auf unſere Soldaten ſchoſſen, morgen das Gewehr verſteckten und als Civiliſten herumgingen. Ich glaube, daß da ein Unterſchied zu machen iſt."

Im Jahre 1884 gelangte dann ein Geſetzentwurf betreffend Abänderungen des Militärpenſions- und Reichsbeamtengeſetzes zur Be-

rathung, der vollständig erst im März 1886 zur Erledigung kam. Es handelte sich um die Fürsorge für Relikten von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine. Der Gesetzentwurf scheiterte an der vom Reichstage genehmigten, vom Kriegsminister als unannehmbar bezeichneten Bestimmung, daß unverheirathete Offiziere drei Prozent ihres Gehaltes als Wittwen-Kassenbeitrag zu zahlen haben, ebenso war auch die Beseitigung der Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere von der Opposition als eine Bedingung für die Annahme des Gesetzes wieder verlangt worden. Moltke hat bei der Behandlung dieser Fragen mehrfach zu kleineren und größeren Auslassungen das Wort ergriffen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Militärpensions- und Reichsbeamtengesetzes.

Reichstagssitzung vom 24. April 1884.

Wenn ich mich gegen einen von den durch den Herrn Vorredner berührten Punkten wende, nämlich gegen den zweiten, gegen die Besteuerung der Offiziere für die Kommunen, so muß ich vorausschicken, daß ich nicht im Namen meiner Fraktion rede, sondern nur meine eigene Ansicht ausspreche. Meine Herren, ich möchte in aller Kürze das Objekt, um welches es sich handelt, näher umgrenzen. Ich glaube, es wird in seiner finanziellen Tragweite bei Weitem überschätzt. Meine Herren, unser Offizierkorps ergänzt sich aus allen gebildeten Klassen der Nation, aber keineswegs vorzugsweise aus den wohlhabenderen. Eltern, welche die Mittel haben, ihre Söhne studiren zu lassen, bestimmen sie in der Regel nicht zu Berufsoffizieren. Das größte Kontingent für unser Offizierkorps stellt der kleine preußische Adel. Dieser vormals begüterte und wohlhabende Adel hat sich zu Grunde gerichtet im Staatsdienst, er ist arm geworden, weil er von jeher den ehrenvollen, aber wenig einträglichen Dienst in der Armee zu seinem Lebensberufe gemacht hat. Es giebt sehr wenig Offiziere, die von ihren Eltern ein Vermögen erben. Die große Zahl von jungen Offizieren, welche auf die vorschriftsmäßige nachzuweisende Einnahme von 600 Thalern hin heirathen und

die nun mit ihrer Familie von dieſer Einnahme ſtandesgemäß leben ſollen, befindet ſich in ſo beengten Umſtänden, daß Sie ihnen wirklich nichts abnehmen können. Nun giebt es ja unſtreitig auch wohlhabende und reiche Offiziere; freilich glaube ich, daß die Zahl nicht ſehr groß ſein wird.

Meine Herren, ich gönne den Städten auch beſſere Einnahmen, nachdem ein großer Theil derſelben ihr früheres ſchönes Beſitzthum an Wald und Flur veräußert und aufgetheilt hat. Aber ich fürchte, an den Offizieren werden ſie ſich nicht erholen. Wie geſagt, es giebt ja eine Anzahl Offiziere, welche unſtreitig eine höhere Beſteuerung tragen können. Aber vor Allem entſteht nun doch die Frage, mit welchem Recht der Billigkeit können die Offiziere gerade für die Städte herangezogen werden? Und da, meine Herren, muß ich unbedingt behaupten, daß die Städte abſolut gar nichts für ihre Garniſonen thun. Meine Herren, alle die ſchönen Einrichtungen der Stadt, die Beleuchtung der Straßen, das Pflaſter auf den Trottoirs, die Kanaliſation, die Heranführung von Waſſer bis in die Häuſer, ja, meine Herren, alles das ſetzt der Hauseigenthümer auf die Rechnung ſeiner Miether, und der Offizier bezahlt es aus ſeinem Servis und dem, was er zuſchießen muß. Wir haben keinen Theil an den ſchönen Wohlthätigkeitseinrichtungen der Städte, wir verpflegen unſere Kranken, wir verſorgen unſere Invaliden ſelbſt. Alle Schauſtellungen, Vergnügungen, Alles, was die Stadt ſonſt bietet, wird baar bezahlt, und wofür iſt da zu danken?

Nun fordert man deſſenungeachtet eine Steuer. Was wird mit dem Ertrage dieſer Steuer geſchehen? Man wird nicht behaupten, die Stadt werde den Ertrag aufwenden lediglich zum Beſten der Garniſon, geſchweige denn der Offiziere. Was damit geſchehen wird, das erfahren wir nicht, wir ſind nicht vertreten in den ſtädtiſchen Kollegien, wir haben auch gar kein Recht, danach zu fragen; aber, meine Herren, wo kein Recht, da auch keine Verpflichtung.

Meine Herren, es ist ja bekannt, daß die Offiziere alle Staatssteuern tragen wie jeder Andere, die direkten wie die indirekten, und zwar die ersteren gewiß in einem höheren Maße als viele Andere, wo die Verhältnisse nicht so klar daliegen wie bei den Gehältern von Offizieren und Beamten. Was dagegen die Kommunalbesteuerung betrifft, so besteht bei uns in Preußen die völlige Befreiung gesetzmäßig seit mehr als einem Menschenalter. Die sämmtlichen Städteordnungen, auch die revidirten, sprechen es ausdrücklich aus: Das Militär gehört nicht zu den Einwohnern, das servisberechtigte Militär ist befreit von jeder direkten Kommunalbesteuerung sowohl für sein dienstliches wie sein außerdienstliches Einkommen. Dasselbe sagt die Verordnung vom Jahre 1867 und das Bundesgesetz vom Jahre 1868. Was ist denn nun seit dem Jahre 1868 geschehen, um von diesen Grundsätzen abzuweichen? Ja, meine Herren, es ist geschehen, daß wir einen großen Krieg gehabt haben, den die Armee gewonnen hat, der Milliarden ins Land gezogen hat; und wenn auf diesen Milliarden, wie es scheint, ein sonderlicher Segen nicht geruht hat, so ist das wenigstens nicht die Schuld des Militärs.

Es ist ferner geschehen, daß die süddeutschen Staaten dem Reiche hinzugetreten sind. Nun findet sich, daß in einigen derselben — ich glaube in Bayern und Württemberg — andere Bestimmungen Platz greifen für die Kommunalbesteuerung. Das scheint mir doch kein Grund zu sein, daß nun der überwiegend größere und ältere Theil des Reiches seine Einrichtungen aufgebe, vielmehr dürfte es wohl billig sein, daß die neu Hinzugekommenen sich uns akkommodiren.

Meine Herren, die ganze Steuerfrage und zum guten Theil die ganze soziale Frage läuft doch darauf hinaus, daß die Reichen und Wohlhabenden mehr, die Armen und Unbemittelten weniger Steuern zahlen, darüber ist man einig; aber wie das zu machen ist, darüber haben wir uns noch nie verständigen können. Wir haben durch ganze Legislaturperioden in

ſtundenlangen Reden debattirt über Tabakſteuer, Börſenſteuer, Branntweinſteuer, Zuckerſteuer u. ſ. w., und bei jedem Vorſchlage iſt mit großem Scharfſinn nachgewieſen, daß gerade dieſer Vorſchlag der ſchlechteſte von allen iſt.

Ja, da ſind wir denn nicht weiter gekommen; man fordert von der Regierung immer neue Leiſtungen und bewilligt ihr keine Mehreinnahmen. Meine Herren, ich glaube nun, daß allerdings die wohlhabenden Klaſſen eine höhere Steuer tragen können und müſſen, und hier, meine Herren, nehme ich die wohlhabenden Offiziere in keiner Weiſe aus, nur wünſchen wir zu wiſſen, für wen wir ſteuern ſollen. Iſt es für die Geſammtheit, für das Reich, für den Staat, den Erhalter der geſellſchaftlichen Ordnung, den Staat, den Wohlthäter Aller, insbeſondere derer, die etwas zu verlieren haben, ſo wird man, ich ſage nicht gerade freudig, aber bereitwillig ſteuern. Aber wie der Offizier dazu kommen ſoll, für eine Stadt zu ſteuern, die abſolut nichts für ihn thut, wo er ſich ſeinen Aufenthalt nicht gewählt, aus der er an jedem Tage in eine andere Stadt verſetzt werden kann, die auch nichts thut, ja, meine Herren, dafür fehlt mir jeder Grund. Meine Herren, wäre ein ſolcher Grund vorhanden, ſo würde beiſpielsweiſe die Stadt Berlin eine ſolche Steuer von ſämmtlichen geehrten Mitgliedern dieſes Hohen Hauſes fordern können, ſoweit ſie von außerhalb hier ſind. Ja, meine Herren, Sie haben auch nicht die freie Wahl des Aufenthalts für Ihre Funktion im Dienſte des Reichs, Sie ſind auf Berlin angewieſen, Sie genießen alle Vortheile und Vorzüge dieſes Aufenthalts ebenſo wie wir, aber auch ebenſo wie wir gegen baaren Entgelt. Der Unterſchied zwiſchen uns beſteht nur darin, daß Sie wenigſtens außerhalb Berlins noch eine wirkliche Heimath haben, während der Offizier, ſolange er dient, nirgends eine Heimath hat und daher auch nirgends dafür beſteuert werden kann. Sie haben der Stadt nicht mehr zu danken als wir. Nicht die Stadt, ſondern das Reich baut uns die Kaſernen, Ihnen einen

Palast, für den, beiläufig gesagt, die Armee die erforderlichen Millionen beigebracht hat.

Meine Herren, der Vorschlag der Besteuerung der Offiziere paßt meines Erachtens durchaus nicht in dieses Gesetz. Was hat es auch eigentlich für einen Sinn, zu sagen, wir geben zu, daß das Loos der Offiziere verbessert werden muß, welche keinen Dienst mehr thun können, aber die Offiziere, die den Dienst thun, sollen dafür bezahlen? Ich hoffe, daß dieser Zusatz in der Kommission abgelehnt wird. Ob Sie dann das Pensionsgesetz, und zwar rückwirkend, überhaupt annehmen wollen, ja, meine Herren, das wird davon abhängen, ob Sie glauben, daß das Reich einige Dankbarkeit den Männern schuldet, welche unsere Schlachten mitgefochten, welche ihr Alles darangesetzt und ihre beste Lebenskraft eingebüßt haben.

In derselben Sitzung.

Nur wenige Worte! Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat als eine besondere Leistung der Stadt hervorgehoben, daß die Kinder von Offizieren die Schulen besuchen. Ja, meine Herren, es ist vollkommen anzuerkennen, daß die Städte große und dankenswerthe Opfer für das Schulwesen bringen, aber da ist es ja ganz einfach, daß man von solchen Kindern ein erhöhtes Schulgeld fordert. Das ist aber doch kein Grund, um sämmtlichen Offizieren, verheiratheten und unverheiratheten, eine Steuer aufzuerlegen.

Es ist dann noch darauf hingewiesen worden, daß doch auch Städte Garnisoneinrichtungen, Kasernen, Reithäuser für das Militär gebaut haben. Das ist wahr, aber das führt mich auf die Kehrseite der Frage: Nicht was leistet die Stadt der Garnison, sondern was leistet die Garnison der Stadt? Ich will nicht

lange dabei verweilen, man hört es nicht überall gern, daß ſchließlich doch die Garniſon die letzte Sicherheit gewährt für Aufrechterhaltnng der öffentlichen Ordnung, namentlich in großen Städten und in Fällen, wo die Polizeigewalt nicht ausreicht. Ich will aber auf einen anderen Punkt hinzeigen: die Gehälter von Offizieren und Gemeinen ſind ja für jeden einzelnen außerordentlich beſcheiden, aber in ihrer Geſammtheit bilden ſie koloſſale Summen, welche voll und ganz in den Städten verausgabt werden zum großen Nutzen für die mittleren Bürgerklaſſen, für Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel. Wie groß dieſer Vortheil iſt, das erſehen Sie ſchon aus den mehrfachen Petitionen um Garniſonen und Proteſten gegen Verlegung der Garniſonen, wie ſie von Zeit zu Zeit bei dem Kriegsminiſterium eingehen.

Erſte Berathung des Antrages Köller, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengeſetzes. (Erhöhung der Penſionsquote von 1/80 auf 1/60.)

Der Antrag wird am 9. Dezember 1885 angenommen.

Reichstagsſitzung vom 2. Dezember 1885.

Ich habe den Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Köller zu Gunſten ſeines Antrages kaum etwas hinzuzufügen, und ich freue mich, daß, wie es ſcheint, die Anſprüche der Reichsbeamten durchaus begründet gefunden werden; aber, meine Herren, nicht minder begründet ſind die Anſprüche der aus dem aktiven Dienſt ſcheidenden Offiziere. Ich halte es für dringend nöthig, daß dieſe jetzt ſchon drei Jahre ſchwebende Frage einer Erledigung entgegengeführt werde, und ich habe mich veranlaßt geſehen, den Antrag auf Erlaß eines Militärpenſionsgeſetzes einzubringen, welcher gedruckt den Herren unverzüglich vorgelegt werden wird.

Erſte Berathung des Antrags Moltke, betreffend die Abänderung des Militärpenſionsgeſetzes.

Da die Erhöhung der Militärpenſionen früher abgelehnt war, falls nicht die Kommunalſteuerfreiheit der Offiziere beſeitigt werde, ſo brachte Moltke jetzt den früheren Regierungsentwurf als Initiativantrag ein. Um die Bedenken des Reichstags nach dieſer Richtung zu beſchwichtigen, war von der Regierung vorgeſchlagen, daß die Befreiung der Offiziere von den Kommunalſteuern außer Kraft trete, inſoweit es ſich um die Heranziehung des außerdienſtlichen Einkommens der Offiziere, ſowie der Penſion der zur Dispoſition geſtellten Offiziere handle. Am 8. und 10. April 1886 erfolgte die Annahme des Antrages.

Reichstagsſitzung vom 10. März 1886.

Das Militärpenſionsgeſetz iſt in drei verſchiedenen Legislaturperioden hier im Hauſe durchgeſprochen, es iſt in drei Kommiſſionen berathen worden. Es wird ſchwer ſein, irgend etwas Neues in der Sache zu ſagen, und mit bereits Erörtertem werde ich Ihre Zeit und Ihre Geduld nicht in Anſpruch nehmen.

Zunächſt möchte ich einen Vorwurf ablehnen, der von jener Seite des Hauſes (nach links) erhoben worden iſt. Es wurde geſagt, daß das Einbringen meines Antrages ein entſchieden feindſeliger Schachzug meiner Partei gegen das Zuſtandekommen des Beamtengeſetzes ſei. Meine Herren, da kann ich Ihnen verrathen, daß mein Antrag in der konſervativen Fraktion überhaupt nicht beabſichtigt, nicht einmal beſprochen geweſen iſt. So wenig wie das Beamtengeſetz eine beſtellte Arbeit der Regierung war, ſo wenig iſt mein Antrag eine beſtellte Arbeit meiner Fraktion; und wenn ich dabei dennoch die Unterſtützung meiner politiſchen Freunde gefunden habe, ſo bin ich dafür ſehr dankbar, aber ich habe mich aus eigenem Antriebe entſchloſſen, den Antrag zu ſtellen, weil ich mir ſagte, daß, wenn von keiner Seite eine Anregung dafür erfolgte, dann dieſes Geſetz vorausſichtlich wieder auf lange Zeit hinaus zurückgeſchoben werden würde, und die Offiziere,

die nun ſchon ſeit Jahren vergeblich auf das Zuſtandekommen des Geſetzes gewartet haben, abermals das leere Nachſehen haben würden.

Meine Herren, die beiden Geſetze, das Beamten- und das Militärpenſionsgeſetz, ſind Ihnen ja allerdings gleichzeitig vorgelegt worden, aber geſondert, jedes für ſich ſelbſtändig. Es wird daher hier der Vorwurf nicht zutreffen, welchen man der Regierung daraus gemacht hat, daß ſie vor zwei Jahren die beiden Geſetze miteinander verſchmolzen eingebracht hat. Ich bin der Meinung, daß die Regierung dazu vollkommen berechtigt war. Denn, meine Herren, beide Geſetze ſind ihrem Inhalte, ihrem Gegenſtande und der Form nach durchaus parallel laufend; ſie ſind innerlich verwandt, — ich möchte ſagen untrennbar. Ich kann mir denken, daß man beide Geſetze ablehnt, vielleicht aus finanzieller Rückſicht, oder beide Geſetze annimmt; ich meine aber, daß man nicht ohne Ungerechtigkeit eines derſelben, welches es auch ſei, gutheißen, das andere aber von der Hand weiſen kann.

Nun haben die Herren, welche dennoch der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß ſie zwei nahe verwandte Gegenſtände miteinander — wie ſie ſich ausdrücken — verkoppelt habe, ihrerſeits nicht Anſtand genommen, einen durchaus nicht verwandten, einen völlig fremdartigen Gegenſtand in das Geſetz hineinzubringen.

Meine Herren, auch die gewandteſte Dialektik hat bei der früheren Beſprechung ſchwerlich Jemandem die Ueberzeugung beigebracht, daß dieſer Gegenſtand hier hineingehört. Schon in Ihrer Kommiſſion wurden gleich anfangs Zweifel erhoben, ob man überhaupt berechtigt ſei, in eine nähere Erörterung dieſer Steuerangelegenheit einzutreten, die ja ganz außerhalb des von der Regierung vorgelegten Geſetzentwurfs liegt; ob man nicht eine ungerechtfertigte Preſſion auf die Regierung übe, indem man von der Annahme dieſes Gegenſtandes die Annahme

des Geſetzes abhängig mache. Meine Herren, das Penſionsgeſetz giebt, der Stenerartikel nimmt: das ſind doch Gegenſätze und keine Verwandtſchaft. Nicht einmal an dieſelbe Adreſſe wenden ſich beide Beſtimmungen: die eine an die inaktiven, die andere an die aktiven Offiziere. Selbſt die Ueberſchrift des Geſetzes mußte geändert werden. Man half ſich damit, daß man ſagte: Abänderung und „Ergänzung" des Penſionsgeſetzes. Ja, meine Herren, daß die Regierung das ſo ergänzte Geſetz nicht hat annehmen wollen, das kann man ihr nicht verdenken. Es hätte das auch einen recht bedenklichen Präzedenzfall hingeſtellt, bedenklich auch für uns, wenn der Bundesrath den Spieß umkehren und Anträge und Wünſche aus dieſem Hauſe nur berückſichtigen wollte gegen Zugeſtändniſſe oder Verzichtleiſtungen auf anderen fremden Gebieten. Von dieſem Tauſchhandel möchte man doch auf allen Seiten Abſtand nehmen.

Was nun die Beſteuerung der Offiziere betrifft, ſo iſt ja die Sache durch die Geſetzesvorlage, die wir heute bekommen haben, in ein anderes Stadium getreten, indem die Bundesregierung die bisherige Stenerfreiheit der Offiziere aufhebt und die Angelegenheit in die Landesgeſetzgebung verweiſt. Dort, meine Herren, wird allerdings die Beſteuerung der Offiziere einen integrirenden Theil der ganzen Kommunalbeſteuerungsfrage bilden. Ich weiß nun nicht, meine Herren, ich kann es ja nicht vorherſehen, wie Sie ſich zu dieſer neugebildeten Geſetzesvorlage ſtellen werden. Wenn Sie ſie genehmigen, ſo glaube ich, daß dadurch der Stein des Anſtoßes, der bisher das Zuſtandekommen der beiden Geſetze verhindert hat, aus dem Wege geräumt wird. Sobald aus dem Geſetze fortbleibt, was nicht hineingehört, wird eine Verſtändigung über das Geſetz ſehr leicht gefunden werden: denn, meine Herren, daß nach dem Vorgange der Staatsbeamten auch die Penſionen der Offiziere künftig um $^1/_{60}$ ſtatt um $^1/_{80}$ wachſen ſollen, daß die Dienſtzeit zu berechnen iſt von dem 18. Jahre, das ſind Sachen, die hier

ausführlich ſchon erwogen ſind, und wogegen — wie ich glaube — erhebliche Einwendungen gar nicht mehr gemacht werden. Sollten Sie dagegen darauf beſtehen, aus der ganzen umfangreichen und ſchwierigen Materie der Kommunalbeſteuerung den einen Punkt, die Beſteuerung der Offiziere, herauszuheben, um ihn hier vorweg zur Entſcheidung zu bringen, dann, meine Herren, müßte ich mir vorbehalten, auf die Modalitäten näher einzugehen, welche die Sache überhaupt erſt möglich machen; ich glaube aber auf dieſe etwas umfangreiche Materie verzichten zu können, bis ein ſolcher Beſchluß von dem Hohen Hauſe gefaßt werden wird.

Meine Herren, mein Antrag giebt ja wörtlich die frühere Vorlage der Regierung wieder. Er enthält nichts von einer rückwirkenden Kraft des Geſetzes. Ich habe Bedenken getragen, meinen Antrag durch irgend welche Bedingungen zu belaſten, welche es der Regierung oder dem Hohen Hauſe erſchweren könnten, ihre Zuſtimmung zu geben. Dennoch muß ich ſagen, daß eine gewiſſe Rückwirkung ſo äußerſt wünſchenswerth und ſo der Gerechtigkeit entſprechend iſt, daß ich ſie nur dringend befürworten kann. Ich zweifle auch nicht, daß dieſer Gegenſtand von anderer Seite wird aufgenommen werden. Schon in Ihrer Kommiſſion iſt ein darauf bezüglicher Antrag eingebracht worden, und auch die Herren Vertreter der Regierung haben ſich eingehend und wohlwollend in der Sache geäußert. Ich hoffe, daß man die Grenze wird finden können, bis zu welcher man die Rückwirkung ausdehnen kann, ohne unerſchwingliche finanzielle Opfer zu fordern. Ich hoffe, daß der Reichsinvalidenfonds, daß ein verſtärkter Dispoſitionsfonds die dazu nöthigen Mittel geben werde. Vor Allem habe ich aber gewünſcht, daß mein Antrag in der einfachen Form, wie er vorliegt, zunächſt angenommen werde.

Ich bitte die Herren, die Penſionsfrage noch von einem anderen, allgemeineren Standpunkte aus ins Auge zu faſſen. Es liegt ja auf der Hand, wie wünſchenswerth es iſt, daß

Offiziere, die unter der Laſt der Jahre ſelbſt empfinden, daß ſie, zumeiſt in körperlicher Hinſicht, ihrer Aufgabe nicht mehr vollſtändig gewachſen ſind, nicht genöthigt ſein ſollten, über dieſen Zeitpunkt hinaus fortzudienen aus Sorge für ihre Zukunft und die ihrer Angehörigen. Aber, meine Herren, es handelt ſich hier in der That nicht bloß um dieſe, wenn auch zahlreiche Kategorie von Perſonen, ſondern es kommt auch ein ſtaatliches und politiſches Moment in Betracht. Es wurde hier vor einiger Zeit geſagt: Wer hätte gedacht, daß wir nach einem Kriege, der ſo große Veränderungen in Europa hervorgerufen hat, noch 15 Jahre lang Frieden behalten würden? Ja, meine Herren, dieſen Segen verdanken wir der Weisheit unſeres Kaiſers und der Politik ſeines Kanzlers, einer Politik, meine Herren, wie — ſoweit ich urtheilen kann — die Weltgeſchichte ſie noch nicht geſehen hat, wo ein mächtiger Staat, neben Löſung ſozialer Probleme im Innern, nach außen ſeine Macht, ſein Anſehen und ſein Uebergewicht geltend macht, nicht um die Nachbarn zu bedrängen, ſondern um den Frieden mit ihnen zu ſichern, — und das nicht nur, ſondern auch den Frieden der Nachbarn untereinander zu vermitteln. Aber, meine Herren, eine ſolche Politik läßt ſich nur durchführen geſtützt auf ein ſtarkes und kriegsbereites Heer. Fehlte dieſes gewaltige Triebrad in der Staatsmaſchine, ſo würde ſie ſtocken, die Noten unſeres Auswärtigen Amtes würden des rechten Gewichtes entbehren. Die Armee, meine Herren, iſt das Fundament geweſen, auf welchem eine ſolche Politik des Friedens ſich hat aufbauen laſſen; die Armee iſt es, welche der diplomatiſchen Aktion Nachdruck und Rückhalt gewährt, aber nur ſo lange, wie ſie auch wirklich bereit und im Stande iſt, da einzutreten, wo der friedliche Zweck nicht erreicht werden kann. Und, meine Herren, mit den Offizieren der Armee veraltet die Armee ſelbſt, nicht bloß in den oberſten Stellen, ſondern auch, was weit bedenklicher wäre, bis hinunter

in die überaus wichtigen Stellen der Hauptleute und der ihnen Gleichgeſtellten in den anderen Waffen.

Meine Herren, ſoll die Armee ihren Zweck erreichen, wollen Sie die Armee kräftig und jugendfriſch erhalten, ſo geben Sie ihr das Penſionsgeſetz.

III. Zur deutschen Heeresverfassung.

Die großen Fragen der Heeresorganisation, insonderheit die Friedenspräsenzstärke, bezw. die Dauer, für die sie feststehen müsse, sowie die Dauer der aktiven Dienstzeit sind seit dem Jahre 1867 immer wieder aufs Neue Gegenstand sehr eingehender Debatten und zum Theil leidenschaftlicher Kämpfe im Reichstage gewesen. Es sind dies die Fragen, zu denen Moltke am nachdrücklichsten und wirksamsten das Wort ergriffen hat. Schon bei der Diskussion über die das Bundeskriegswesen betreffenden Artikel des Norddeutschen Verfassungsentwurfs hatte Moltke den Versuch gemacht, die Friedenspräsenzstärke möglichst lange unabhängig von parlamentarischer Beschlußfassung zu halten, wie er andererseits als unerschütterlicher Vertheidiger der dreijährigen aktiven Dienstzeit auftrat. — Die Friedenspräsenzstärke kam zunächst bei Artikel 56 des Norddeutschen Verfassungsentwurfs in Frage, wo sie auf 1 pCt. der Bevölkerung von 1867 festgesetzt wurde. Bei wachsender Bevölkerung soll nach je 10 Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgesetzt werden. Hierzu wird von Moltke ein Amendement gestellt, wonach die Präsenzstärke und die dafür aufzuwendenden Leistungen bis zur Veröffentlichung eines neu zu vereinbarenden Bundesgesetzes fortdauern. Dieses Amendement fiel mit 138 gegen 125 Stimmen; es wurde statt dessen ein Amendement Forckenbeck mit 137 gegen 127 Stimmen angenommen, wonach der Prozentsatz nun bis Ende 1871 gelten soll und alsdann die Friedenspräsenzstärke durch die Gesetzgebung festgestellt wird. Durch Annahme eines Amendements Ujest-Bennigsen wurde ferner beschlossen, daß die Beträge wie die Präsenzstärke so lange unverändert fortdauern, bis durch ein Bundesgesetz Abänderungen festgesetzt werden. Eine solche gesetzgeberische Regelung wurde alsdann durch das im Februar 1874 zur Berathung gelangende Reichsmilitärgesetz versucht. Wiederum knüpfen sich an die Frage der Friedens-

präsenzstärke die heftigsten Kontroversen. Auch diesmal gelangt die Frage nicht zur endgültigen Lösung, es wird das von der Regierung angenommene Kompromiß auf siebenjährige Bewilligung der Friedenspräsenzstärke (bis 1881) mit 216 gegen 146 Stimmen genehmigt. Im Frühjahr 1880 wurde die Frage bei der Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes, vom 2. Mai 1874 erneut behandelt. Dieses Gesetz verlangte eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf Grund der damaligen Bevölkerungszahl um ca. 26000 Mann, Verpflichtung der Ersatzreservisten erster Klasse zu Uebungen im Frieden und endlich eine anderweite Regelung der Versetzung von der Reserve zur Landwehr bezw. der Landwehr zum Landsturm. Man einigte sich mit 186 gegen 96 Stimmen über eine weitere siebenjährige Festsetzung der Friedensstärke (bis März 1888). Schon im November 1886 brachte die Reichsregierung einen neuen Gesetzentwurf ein, der die Friedenspräsenzstärke unter einer Erhöhung von 483 auf 534 Infanterie-Bataillone und von 340 auf 364 Batterien für die Zeit vom 1. April 1887 bis 31. März 1894 festsetzen sollte. Nachdem in der Sitzung vom 14. Januar 1887 die Majorität des Hauses sich für eine nur dreijährige Bewilligung ausgesprochen hatte, erfolgte die Auflösung des Reichstages. Das neu gewählte Haus erledigte in den Sitzungen vom 7. bis 11. März 1887 die Vorlage im Sinne der Regierung. — An der sehr rasch und glatt verlaufenden Berathung der im Dezember 1887 eingebrachten großen Wehrvorlage, welche die Verhältnisse von Ersatzreserve, Landwehr und Landsturm neu ordnete, hat sich Moltke nicht betheiligt, sie wurde am 6. Februar 1888 en bloc in zweiter und am 8. Februar in dritter Lesung angenommen. — Zum letzten Male in militärischen Dingen hat Moltke am 14. Mai 1890 im Reichstage gesprochen, als es sich um die Berathung der neuesten Militärvorlage handelte, durch welche die Friedensstärke des deutschen Heeres um 18500 Mann vermehrt und besonders die Artillerie von 364 auf 434 Batterien vermehrt wurde. Am 28. Juni 1890 gelangte dieses Gesetz, welches die Präsenzstärke für die Zeit vom 1. Oktober 1890 bis 31. März 1894 festsetzte, in der dritten Lesung zur Annahme.

Vorberathung über Abschnitt XI des Norddeutschen Verfassungsentwurfs (Bundeskriegswesen).

Reichstagssitzung vom 3. April 1867.

Der erste von den Herren Rednern hat hier nochmals die zweijährige Dienstzeit berührt. Es ist diese Frage schon mehrfach besprochen worden; erlauben Sie mir, sie noch einmal kurz zu beleuchten.

Man hat die zweijährige Dienstzeit gefordert vom national-ökonomischen Standpunkte aus. Ob zweimalhunderttausend arbeitsfähige Männer, welche drei Jahre dienen, oder dreimalhunderttausend, welche zwei Jahre dienen, der produktiven Arbeit entzogen bleiben, kommt ganz auf Eins heraus.

Es ist allerdings der Militärdienst nicht eine produktive Arbeit, aber er bezweckt und erreicht die Sicherheit des Staates, ohne welche jede produktive Arbeit unmöglich ist; er bildet die Schule für die heranwachsende Generation in Ordnung, Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Gehorsam und Treue — Eigenschaften, die für die spätere produktive Arbeit nicht verloren gehen.

Man betont immer, daß die jungen Leute noch das dritte Jahr bei der Fahne bleiben sollen; man übergeht mit Stillschweigen, daß sieben ganze Altersklassen, die ältesten, die Familienväter fortan nicht mehr zum Kriegsdienste heran- und aus ihren Verhältnissen fortgezogen werden. Dieser Vortheil ist national-ökonomisch gewiß sehr bedeutend. Ich erinnere nur in finanzieller Hinsicht an die Familien-Unterstützungsgelder, welche die Kreise zahlen mußten.

Weit eher kann man vielleicht die zweijährige Dienstzeit vom finanziellen Standpunkte fordern. Dagegen entscheidet der Präsenzstand, und es ist nicht zu leugnen, daß eine Herunterſetzung des Präsenzstandes in finanzieller Hinsicht sehr wichtig und sehr wünschenswerth ist. Es bleibt nur die Frage, wie weit eine solche Herabsetzung politisch und militärisch zulässig sein wird.

Blicken wir uns um, so sehen wir alle Nachbarn rüsten. Warum? Wir wissen es nicht. Wir drohen Niemand, wir wollen unsere Angelegenheiten im Innern ordnen; aber die Thatsache ist da.

Ich will auf das politische Feld nicht eintreten; ich bleibe bei der militärischen Seite. Man macht mit Recht geltend, daß die dreijährige Dienstzeit nicht die ganze waffenfähige Mann-

ſchaft durch die Schule der Waffen gehen läßt. Es iſt richtig, es bleibt etwas übrig.

Nicht überall, denn in mehreren Bezirken wird die dienſtfähige Mannſchaft bis auf den letzten Mann erſchöpft. Es iſt ferner richtig, daß bei der zweijährigen Dienſtzeit gerade noch genug Dienſtbrauchbare ſein werden, um die Bataillone — denn der Ausfall fällt lediglich auf die Infanterie, eine Herabſetzung des Etats der Spezialwaffen kann nicht beabſichtigt ſein — auf 500 Mann bringen zu können. Ich will nun nicht behaupten, daß ſolche Bataillone nicht mehr lebensfähig wären, wenn, wie bei der dreijährigen Dienſtzeit, höchſtens ein Drittel Rekruten wären; bei der zweijährigen Dienſtzeit aber iſt die eine Hälfte eines ſolchen Bataillons in der elementaren Ausbildung begriffen. Ziehen Sie nun etwa 60 Unteroffiziere ab, ziehen Sie ab, was Alles auf dieſer einen Hälfte von Leuten laſtet; die Kommandos zur Bewachung von Strafanſtalten, — die Kommandos von Transporten, — den täglichen Wachtdienſt, namentlich in Feſtungen, wie ſehr er auch beſchränkt iſt, — die Munitionsarbeit, die z. B. in Magdeburg zu Zeiten täglich mehrere Tauſend Mann erfordert hat, — ziehen Sie ab die Handwerker, die Kranken, die Arretirten u. ſ. w., ſo bleibt ſo wenig übrig, daß ein ſolches Bataillon ſeine taktiſche Ausbildung für den Krieg, alſo den eigentlichen Zweck ſeiner Beſtimmung, nicht mehr erfüllen kann.

Es iſt ebenfalls richtig, daß die zweijährige Dienſtzeit ein größeres Material von Menſchen für die Augmentation im Kriegsfall liefert. Aber, meine Herren, an Leuten fehlt es uns nicht; unſer Herr Kriegsminiſter hat, nachdem ſämmtliche neun Armeekorps mobil ins Feld geſtellt waren, noch zwei andere improviſirt und hätte noch mehr geſchaffen, wenn es nöthig geweſen wäre. Wir waren nach der Schlacht bei Königgrätz ſtärker als vorher, und als der Friede geſchloſſen wurde, ſtanden wir mit 664 000 Mann unter den Waffen. Solche Formationen finden

ihre Grenze weit früher in einer anderen Richtung. Bedenken Sie, was es finanziell heißt, eine Armee von 700 000 oder, wie gefordert, 900 000 Mann unter Waffen zu erhalten!

Es endet ferner die Möglichkeit solcher Formationen in der begrenzten Zahl von Offizieren. Welches Element für die Kriegführung die Offiziere sind, darüber will ich Ihnen nur eine statistische Ziffer nennen. Wir haben verloren auf 20 Mann einen Offizier. Stellen Sie eine Formation auf ohne eine genügende Zahl wirklich diensterfahrener Offiziere, so haben Sie einen Haufen braver Leute, aber keine Truppe!

Wir haben im vorigen Jahre nahezu 50 000 Gefangene gemacht und haben 3000 Vermißte gehabt, wovon vielleicht der kleinste Theil nur gefangen war, es läßt sich das nicht so nachweisen. Woher dieser enorme Unterschied? Ich kann ihn nur der Dienstdauer zuschreiben. Finanzielle Bedrängniß hatte Oesterreich ein System aufgenöthigt, nach welchem der Infanterist durchschnittlich nur 1¼ bis 1½ Jahre im Dienste war. Diese Leute haben sich sehr brav geschlagen, und ich muß dabei bemerken, daß die Offiziere mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen sind, denn auch die Oesterreicher haben sehr viele Offiziere verloren. Aber, sowie schwierige Verhältnisse eintraten, da lockerte sich die Ordnung; in Dorfgefechten, in Waldgefechten wurden die Leute schaarenweise gefangen genommen. Bei uns hörten Sie überall den Ruf: „Wo ist der Hauptmann?" „Was hat der Hauptmann gesagt, wo wir hingehen sollen?" Meine Herren, dies Gefühl des Zusammenhaltens unter allen Umständen kann nicht einexerzirt werden, es kann nur eingelebt werden, und das können Sie mit zwei Jahren nicht erreichen.

Spezialdiskussion über die das Bundeskriegswesen betreffenden Artikel des Norddeutschen Verfassungsentwurfs, namentlich Artikel 56, der die Friedenspräsenzstärke auf 1 pCt. der Bevölkerung festsetzt; bei wachsender Bevölkerung soll nach je 10 Jahren ein anderweitiger Prozentsatz bestimmt werden.

Es wird ein Kompromiß auf siebenjährige Bewilligung angenommen.

Reichstagssitzung vom 5. April 1867.

Ich habe wenige Worte zu sagen, um ein von mir gestelltes Amendement zu begründen. Es entsteht die Frage, was geschieht, wenn nach Verlauf einer Reihe von noch näher festzustellenden Jahren die Bestimmungen, welche der Entwurf der Verfassung enthält, abgelaufen sind, bevor ein neues Militärgesetz zu Stande gekommen ist. Man hat uns gesagt, daß in ganz Norddeutschland die Gesetze und Reglements, die in Altpreußen gültig waren, ebenfalls gültig sein werden. Wenn dies der Fall wäre, wenn Alles bliebe, wie es war, so würde mein Amendement überflüssig sein, auf alle Fälle aber unschädlich. Ich glaube aber nicht, daß diese Auffassung der Verhältnisse in einem neuen Parlament so unbedingt zu erwarten ist; ich suche nach einer größeren Sicherung.

Mein Amendement bezweckt, einer so dauernden Institution, wie das Heer ist, auch eine feste Grundlage in einer sicheren Einnahme zu verschaffen.

Bedenken Sie, meine Herren, daß eine Herabminderung des Präsenzstandes 12 Jahre lang nachwirkt, ja in der nächsten Zukunft 19 Jahre lang. Sie beschließen vielleicht die Verminderung unter ganz friedlichen Verhältnissen, sie kommt zur Wirkung vielleicht unter sehr kriegerischen.

Mein Amendement mußte sich auf den Artikel 56 nicht allein, sondern auch auf den Artikel 58 erstrecken; denn es hilft mir nichts, daß der Multiplikator konstant ist, wenn der Multiplikandus variabel bleibt. Es ist richtig, daß dabei ein Theil der Militär-Einnahmen und -Ausgaben der Bewilligung der

Volksvertretung entzogen bleibt. Aber, meine Herren, Sie haben gehört aus den Auseinanderſetzungen des Herrn Regierungskommiſſars, wie knapp Alles bemeſſen iſt, und wiſſen, daß für jede Mehrforderung die Regierung an den guten Willen und den Patriotismus der Volksvertretung gewieſen iſt. Gewähren Sie der Militärverwaltung das Recht, innerhalb beſtimmter Grenzen frei und nach eigenem Ermeſſen verfahren zu können; die Armee wird Ihnen dafür Dank wiſſen, das Volk wird von ſeinen Freiheiten dabei nichts verlieren, und die Volksvertretung wird der mißlichen Aufgabe überhoben ſein, in Berathungen über techniſche Gegenſtände mit ſaurem Schweiß zu ſagen, was man nicht weiß.

Wenn man von Ihnen 100 000 Thaler zur Abänderung von Torniſtern fordert; ja, meine Herren, wer den Torniſter nicht in der Sonnenhitze getragen hat, weiß nicht, wo er drückt.

Es giebt viele Gegenſtände, welche die Militärverwaltung ſicherlich beſſer verſteht als eine Verſammlung von ausgezeichneten und patriotiſchen Männern.

Meine Herren, ſetzen Sie Ihrer unbeſtrittenen Befugniß eine freiwillige Schranke; es giebt Nothwendigkeiten, die zu eng gezogene Schranken ſprengen! Ich empfehle Ihnen die Annahme meines Amendements.

Spezialdebatte des Geſetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienſte § 6 (ſiebenjährige Dienſtzeit im ſtehenden Heere, davon 3 Jahre ununterbrochen aktiv).

Die Hauptbeſtimmung des Paragraphen liegt im Alinea 6. „Während des Reſtes der ſiebenjährigen Dienſtzeit ſind die Mannſchaften zur Reſerve beurlaubt, inſoweit nicht die jährlichen Uebungen nothwendige Verſtärkungen oder Mobilmachungen des Heeres bezw. Ausrüſtung der Flotte die Einberufung zum Dienſt erfordern.“ Der Ausdruck „nothwendige Verſtärkung“

hatte Mißtrauen hervorgerufen; mehrere Amendements suchen bestimmtere Bezeichnungen, ohne indessen die verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten zu erschöpfen. Moltke spricht sich für die ursprüngliche Fassung aus, welche mit 165 gegen 81 Stimmen angenommen wird.

Reichstagssitzung vom 18. Oktober 1867.

Meine Herren, auch für mich liegt der Schwerpunkt dieses ganzen Gesetzes-Paragraphen in den Worten „nothwendige Verstärkung".

Ich bin mit dem größten Interesse dem lichtvollen Vortrage Ihres Referenten gestern gefolgt: ich kann den Grundsätzen vollständig beitreten, die er dahin ausgesprochen hat, daß die Freiheit eines jeden Staatsunterthanen nicht auf einer milden Praxis der Regierung, oder, wie er sich ausdrückte, auf der Gnade, sondern auf seinem Rechte beruht. Dies ist der Geist der Gesetzgebung in einem konstitutionellen Staate. Aber Sie werden auch zugeben, daß in dem Gesetze selbst schon ein gewisser Spielraum behalten werden muß für die ausführende Behörde, weil es sich vorher nicht übersehen läßt, unter welchen Bedingungen es zur Anwendung gelangen wird. Wenn der § 60 der Verfassungsurkunde die Höhe der Armee auf ein Prozent der Bevölkerung feststellt, ferner der § 62 eine ganz bestimmte Summe normirt, für welche das Heer unterhalten werden muß, so sagt doch der § 63: Der Bundesfeldherr bestimmt den Präsenzstand. Und mit Recht, weil die Verhältnisse sich eben nicht übersehen lassen, welche eine Verminderung dieses Präsenzstandes zulässig, oder eine Vermehrung nothwendig machen werden. Diese nothwendigen Fälle sind nun eben aufgenommen in den § 6. Sie finden in mehreren Paragraphen, daß Maßnahmen, die immer früher stattgefunden haben, die nicht ungesetzlich sind, die aber doch im Gesetze nicht aufgenommen waren, hier zur Sprache gebracht werden, und ich meine, daß es das Streben der Regierung ist, in jeder Hinsicht die gesetzliche Weihe für dieses Vorgehen zu erlangen. Und so sagt auch die Regierung

ganz offen hier: In nothwendigen Fällen müſſen wir Reſerven einſtellen können. Dieſe Worte haben nun zu vielſeitigen Bedenken Veranlaſſung gegeben, und zu meinem Bedauern theilt ſie auch unſer Herr Referent. Man hat geſucht, eine präziſere Faſſung oder eine erweiterte Faſſung zu finden, auch auf der anderen Seite durch Streichung die allerdings präziſeſte Faſſung in radikalſter Weiſe herzuſtellen; in letzterer Beziehung hat man aber doch wohl vielſeitig gefühlt, daß man dadurch die exekutive Gewalt in die Unmöglichkeit verſetzen würde, ihre höchſten Pflichten zu erfüllen. Man hat vorgeſchlagen, zu ſagen: bei verfügter Kriegsbereitſchaft; ferner: bei entſtehendem Kriege, — aus politiſchen und landespolizeilichen Gründen. Ich glaube, daß dieſe letzte Faſſung der Sache am nächſten tritt, ohne jedoch nach meiner Ueberzeugung die Fälle ſämmtlich zu umgrenzen, welche eine Verſtärkung nothwendig machen können. Meine Herren, wenn wir im vorigen Frühjahr genöthigt geweſen wären, und wir waren nahe daran, eine größere Truppenmacht in der Rheinprovinz aufzuſtellen, und wir hätten das unter dem Titel Kriegsbereitſchaft gethan, ſo hätten wir den Krieg gehabt. Bei der Reizbarkeit unſerer Nachbarn zweifle ich daran nicht. Wir wollen aber nicht den Krieg. Wir wollen unſere Verhältniſſe im Innern im Frieden ausbauen, wir wollen unſere deutſchen Angelegenheiten in Deutſchland regeln, und wenn man uns daran hindert, dann wollen wir den Krieg.

Ich will nur beiläufig bemerken, wie ich hoffe, daß wir bei ſolcher Gelegenheit nicht die Theorie der Milizheere in Anwendung bringen. Es wird wohl Niemand von uns wünſchen, die Greuel eines Krieges, wie wir ſie in Amerika geſehen haben, auf europäiſchen Boden zu verpflanzen. Ich hoffe ferner, daß wir nicht Gebrauch machen werden von der Theorie des ſchwachen Angriffsheeres und des ſtarken Vertheidigungsheeres.

Wir wären im vorigen Kriege ſchlecht dabei gefahren, wir würden die Schlachtfelder nicht auf der Karte von Böhmen und

Mähren, ſondern auf der Karte Schleſiens und der Lauſitz und vielleicht noch weiter rückwärts zu ſuchen haben.

Die Armee trennt ſich überhaupt nicht in Angriffsarmee und Vertheidigungsarmee: die Armee, die durch den Angriff beſſer als auf jede andere Weiſe das Vaterland ſchützt, dieſelbe Armee wird auch die Vertheidigung im Innern führen, wenn ſie unglücklicherweiſe nur darauf beſchränkt ſein ſollte. Sie findet dann in der Landwehr eine ſtarke, nothwendige und eine vortreffliche Stütze, wie von Niemand bezweifelt wird.

Die andere Verbeſſerung: „bei entſtehendem Kriege", erſchöpft die Sache auch nicht. Meine Herren, ich erinnere Sie daran, daß zu verſchiedenen Malen ſchon Grenzbeſetzungen ſtattgefunden, welche die Truppenkörper aus ganzen Korpsbezirken in Anſpruch genommen haben. Es iſt nun geſagt worden, daß es eine geringe Unbequemlichkeit wäre, im Vergleich zu dem großen Gegenſtande einer präziſen Geſetzgebung, daß man zwei ſchwache Kompagnien anſtatt einer verſtärkten verwendet. Es handelt ſich aber nicht um die Verwendung von Kompagnien, ſondern um die Verwendung größerer Truppenmaſſen. Es iſt eine bedenkliche Maßregel, die Truppen aus einem hinterliegenden Bezirk nach dem Grenzbezirk heranzuziehen. Ich will den Koſtenpunkt nicht hervorheben, da andere Mitglieder geringen Werth darauf legen, obſchon es ſich hier doch um bedeutende Summen handelt, denn die Truppen müſſen transportirt werden, müſſen ihre Feldzulage haben u. ſ. w. Die Sache hat aber andere Bedenken: unſere Infanterie ſteht zum großen Theile in den Feſtungen; wir können ſie nicht ohne Weiteres fortziehen, können nicht die Feſtungen, die großen Städte, nicht ganze Bezirke von Truppen entblößen: es müſſen dort Beſatzungen, müſſen Rekruten zurückbleiben u. ſ. w. Es iſt alſo in der That nicht eine geringfügige Schwierigkeit. Es tritt noch das Bedenken hinzu, daß, wenn in eine ſolche Periode eine Mobilmachung fiele, große Schwierigkeiten entſtehen würden; unſere Truppen können

ordnungsmäßig nur in ihren Standquartieren mobil gemacht werden.

Sie müssen die Truppen erst zurückschicken und dann verlieren sie Zeit, und Zeit ist ein wichtiges Element für den Erfolg, oder Sie müßten ihnen alle Bestände nachführen. Meine Herren, unsere Mobilmachung ist eine so komplizirte, allerdings bis aufs Kleinste regulirte Operation, daß ich befürchte, daß dadurch Verwirrungen entstehen, die sehr verderblich werden könnten.

Was die Streichung anbetrifft, so halte ich es eigentlich für irrational, zu streichen, daß in einem nothwendigen Falle das Nothwendige nicht geschehen soll.

Es handelt sich hier nicht um Einziehung von Individuen, meine Herren, es handelt sich um die Einziehung von Kategorien. Ich glaube daher nicht, daß Sie nöthig haben, die einzelnen Leute gegen eine gewisse Willkür der Militärbehörde sicher zu stellen. Ob der Fall, wo die Reserven eingezogen werden, nothwendig gewesen ist oder nicht, das, meine Herren, wird Ihrer Beurtheilung unterliegen, wenn Sie die Kosten einer solchen Maßregel bewilligen sollen.

Mit den 225 Thalern wird man es nicht bestreiten.

Meine Herren, ich glaube, wir wünschen Alle aufrichtig, daß die Gesetze gehalten werden; der beste Weg dazu ist, die Gesetze so zu geben, daß sie gehalten werden können.

Ich empfehle Ihnen dringend, die Worte „nothwendige Verstärkungen" ungeändert stehen zu lassen.

Erste Lesung des Reichsmilitärgesetzes.

Reichstagssitzung vom 16. Februar 1874.

Von den mannigfachen Bedenken des Herrn Vorredners will ich vorweg nur eines berühren. Ich halte es geradezu

für unmöglich, die Kriegsformationen der Armee im voraus festzustellen, da wir nicht im voraus wissen können, ob wir nach einer oder nach zwei Seiten Front zu machen haben, da wir nicht wissen, ob wir, wie im Jahre 1864, mit nur einem Theile unserer Armee, oder, wie im Jahre 1870, mit Aufbietung aller unserer Kräfte den Krieg zu führen haben, wo wir ganze Landwehr-Divisionen zu Etappenzwecken, für Belagerungen verwenden mußten, wo wir die ältesten Mannschaften der Heerespflichtigen in ganz neue Formationen zusammenstellen, die ausgedienten Gardes du Corps mit Infanteriegewehren bewaffnen mußten, um Hunderttausende von Gefangenen zu bewachen, wo wir im Laufe des Krieges die Zahl der Armeen und folglich auch ihre Zusammensetzung ändern mußten. Ich glaube, daß diese und viele andere Bedenken sich wohl in einer kommissarischen Berathung vollkommen klären werden. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor Allem darauf richten, daß es sich schon bei dem § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs darum handeln wird, zu erwägen, ob künftighin Deutschland die schweren Lasten zu tragen haben wird, welche bedingt werden durch eine Friedenspräsenz von 401 000 Mann. Meine Herren, es wird sich dabei um innere und äußere Verhältnisse des Landes handeln. Eine jede Regierung wird ihre Einnahmen verwenden müssen für die unabweislichen Erfordernisse auf allen Gebieten des Staats, bevor sie an Ersparnisse und Schuldentilgung und zuletzt wohl an Steuererlasse denken kann. Nun ist aber doch das erste Bedürfniß eines Staates, zu existiren, sein Dasein nach außen gesichert zu sehen. Im Innern schützt ja das Gesetz Recht und Freiheit des Einzelnen; nach außen von Staat zu Staat nur die Macht. Einem Tribunal des Völkerrechts, wenn ein solches existirte, würde immer noch die vollstreckende Gewalt fehlen, und seine Aussprüche unterliegen schließlich der Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Kleine Staaten können sich auf Neutralität, auf internationale Garantien verlassen; ein großer Staat besteht nur durch sich

ſelbſt und aus eigener Kraft; er erfüllt den Zweck ſeines Daſeins nur, wenn er entſchloſſen und gerüſtet iſt, ſein Daſein, ſeine Freiheit und ſein Recht zu behaupten, und ein Land wehrlos zu laſſen, wäre das größte Verbrechen ſeiner Regierung.

Der Wunſch, an den großen Summen, welche jährlich für das Militär verausgabt werden, zu ſparen, ſie dem Steuerpflichtigen zu erlaſſen oder für Zwecke des Friedens zu verwenden, iſt gewiß ein völlig gerechter. Wer würde ſich dem nicht anſchließen! Wer malt ſich nicht gern aus, wie viel Gutes, Nützliches und Schönes dann geſchaffen werden könnte! Aber vergeſſen dürfen wir dabei nicht, daß die Erſparniſſe am Militäretat aus einer langen Reihe von Friedensjahren verloren gehen können in einem Kriegsjahr.

Ich erinnere daran, was nach einem unglücklichen Feldzuge der Zeitabſchnitt von 1808 bis 1812 unſerm Lande gekoſtet hat. Dies waren Friedensjahre, waren Jahre, wo der Präſenzſtand der Armee gering, die Dienſtdauer ſo kurz war, wie es nur irgendwie gefordert werden kann, — und doch durfte Kaiſer Napoleon ſich rühmen, aus dem damaligen kleinen und armen Preußen eine Milliarde herausgezogen zu haben. Wir ſparten, weil wir mußten, an unſerer Armee und zahlten zehnfach für eine fremde. Allerdings dürfen wir nicht überſehen, daß namentlich in den allerletzten Jahren die Regierung in dankenswerther Weiſe neben den Militärausgaben auch ſehr bedeutende Summen für Friedenszwecke bereitgeſtellt hat. Aber ſie reichen nirgends aus; von allen Seiten wird mehr gefordert und muß mehr gefordert werden, und eben deshalb möchte ich meinen, daß wir überhaupt noch nicht ſo weit gekommen ſind, Steuererlaſſe empfehlen zu können. Ich meine, daß Jeder, auch der Geringſte, etwas für den Staat ſteuern müſſe, und wäre es auch nur, damit er nicht ganz vergißt, daß es überhaupt einen Staat giebt, der für ihn ſorgt, ihn ſchützt und den er zu ſchützen wieder berufen iſt; — denn die größten Wohl-

thaten, die der Menſch umſonſt hat, weiß er erfahrungsmäßig nicht zu ſchätzen. Wie ſoll der Staat auch auf ſeine Einnahmen verzichten, wenn auf allen Gebieten noch ſo viel zu leiſten bleibt? Ich nenne Ihnen nur das der Schule, weil ich glaube, daß die Schule der Punkt iſt, wo der Hebel eingeſetzt werden muß, wenn wir uns gegen Gefahren ſchützen wollen, die, ebenſo ſehr wie ein Angriff von außen, uns von innen drohen aus ſozialiſtiſchen und kommuniſtiſchen Beſtrebungen, — Gefahren, welche, glaube ich, nur beſeitigt werden können, neben ſozialen Verbeſſerungen, durch eine größere und allgemeiner verbreitete Bildung.

Die Schule, meine Herren, nimmt nicht die ganze Jugend in ſich auf und ſie begleitet die Mehrheit derſelben nur auf einer verhältnißmäßig kurzen Strecke ihres Lebensganges. Glücklicherweiſe tritt nun bei uns da, wo der eigentliche Unterricht aufhört, ſehr bald die Erziehung ein, und keine Nation hat bis jetzt in ihrer Geſammtheit eine Erziehung genoſſen wie die unſrige durch die allgemeine Militärpflicht.

Man hat geſagt, der Schulmeiſter habe unſere Schlachten gewonnen. Meine Herren, das bloße Wiſſen erhebt den Menſchen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit iſt, das Leben einzuſetzen für eine Idee, für Pflichterfüllung, für Ehre und Vaterland; dazu gehört die ganze Erziehung des Menſchen. Nicht der Schulmeiſter, ſondern der Erzieher, der Militärſtand, hat unſere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald ſechzig Jahrgänge der Nation erzogen hat zu körperlicher Rüſtigkeit und geiſtiger Friſche, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorſam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit. Meine Herren, Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, ſchon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation. Und wie nun nach außen? Vielleicht daß eine ſpätere glücklichere Generation, für welche wir im voraus die Laſten mittragen, hoffen darf, aus dem Zuſtande des bewaffneten

Friedens heraus zu gelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein großes, weltgeschichtliches Ereigniß, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird.

Darüber, meine Herren, dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben; wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.

Nach allen Seiten stoßen wir auf Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte. Nun, meine Herren, es ist nicht gut, den Teufel an die Wand zu malen, und aus Mißtrauen und Besorgniß, selbst unbegründeten, können wirkliche Gefahren hervorgehen.

Sie finden noch heute in Belgien französische Sympathien, deutsche sehr wenig; man hat dort nicht erkannt, daß der belgischen Neutralität nur ein Nachbar gefährlich werden kann, und daß sie nur einen wirksamen Beschützer hat.

In Holland hat man angefangen, die Inundationslinie wieder herzustellen und neu zu befestigen. Gegen wen? Ich weiß es nicht. In Deutschland, glaube ich, ist noch kein Mensch auf den Gedanken verfallen, Holland zu annektiren.

Es ist wahr, wir haben diese Linien noch zu Anfang dieses Jahrhunderts erobert, aber nicht für uns, sondern für Oranien. — In einer kleinen, vielgelesenen Broschüre, geschrieben, um die Engländer auf das Mißliche ihres Milizsystems aufmerksam zu machen, werden die Folgen einer Landung in England geschildert, — nicht aus Frankreich, nicht von der gegenüberliegenden Küste, sondern aus Deutschland. In Dänemark glaubt man die Küstenflotte vermehren und die

Landungspunkte auf Seeland befeſtigen zu ſollen, weil man eine deutſche Landung befürchtet. Bald ſollen wir die ruſſiſchen Oſtſeeprovinzen erobern, bald die deutſche Bevölkerung Oeſterreichs zu uns herüberziehen wollen.

Und nun, meine Herren, geſtatten Sie mir, mich in Kürze noch nach unſerem intereſſanteſten Nachbar umzuſehen.

Frankreich iſt ja in die Nothwendigkeit verſetzt worden, ſeine ganze militäriſche Einrichtung umzubilden. Während unſere Heere in Frankreich ſtanden, haben wir nahezu die ganze franzöſiſche Armee bei uns gehabt, haben ſie aufgenommen, untergebracht, ernährt, zum Theil bekleidet, und haben dann dieſe Armee unbeſchädigt beim Frieden an Frankreich herausgegeben, wo ſie den tüchtigen Kern für alle Neuformationen bildet. Man hat nun in Frankreich alle unſere militäriſchen Einrichtungen getreu kopirt, natürlich ohne das Original zu nennen, unter franzöſiſchen Namen, als „urſprünglich franzöſiſche Ideen, Kinder der großen Revolution, welche nur die Deutſchen etwas früher adoptirt haben“. Man hat vor Allem die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und hat dabei eine zwanzigjährige Verpflichtung zu Grunde gelegt, während wir nur eine zwölfjährige haben; man hat ferner dem Geſetze rückwirkende Kraft gegeben, ſo daß viele Franzoſen, welche längſt ihre Jahre abgedient haben, plötzlich wieder wehrpflichtig geworden ſind. Die franzöſiſche Regierung iſt ſchon heute berechtigt, für die aktive Armee 1200000 und für die Territorialarmee ebenfalls eine Million Männer zu den Waffen zu berufen. Um dieſe auch nur theilweiſe einſtellen zu können — denn, meine Herren, es kommt nicht bloß auf die Zahl der Wehrpflichtigen an, ſondern auch auf die Kadres, in welche ſie eingeſtellt werden ſollen — ich ſage, um dieſe Maſſen einreihen zu können, war es nothwendig, die Kadres zu vermehren. Nachdem Deutſchland ſeine Reichslande wieder an ſich genommen hat, haben wir, mit Ausnahme einiger weniger Spezialwaffen,

nur die bestehende Last auf mehr Schultern übertragen. In Frankreich, welches doch um 1½ Millionen Einwohner ärmer geworden ist, sind seitdem sehr erhebliche Formationen ausgeführt. Die Zahl der bis zum Kriege bestehenden Infanterie-Regimenter in Frankreich betrug 116, gegenwärtig 152, es sind also hinzugetreten 36 Infanterie-Regimenter, außerdem 9 Jäger-Bataillone. Es sind seit dem Frieden formirt 14 neue Kavallerie-Regimenter; die Zahl der Batterien betrug bis zum Kriege 164, sie beträgt jetzt 323, es sind hinzugetreten 159 Batterien. Diese Augmentationen sind noch nicht geschlossen; die Friedenspräsenz ist in Frankreich noch nie so stark gewesen als gegenwärtig, sie ist seit 1871 um 40000 Köpfe gewachsen. Die budgetmäßige Durchschnittsziffer der Stärke beträgt pro 1874 471170 Mann und 99310 Pferde. Statt der acht Armeekorps, mit welchen uns die Franzosen zu Anfang des Krieges entgegentraten, stellt Frankreich künftighin achtzehn, ein neunzehntes für Algier nicht mitgerechnet. Das Militärbudget — ich nenne die Zahlen in Thaler übertragen, zur leichteren Vergleichung mit unseren Ziffern — ist seit 1871 um über 25 Millionen gewachsen: es beträgt im Ordinarium für die Landarmee 125 Millionen Thaler, im Extraordinarium 46 Millionen, zusammen 171 Millionen Thaler. Meine Herren, die französische Nationalversammlung hat ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen und ohne Unterschied der Parteien bereitwillig ein jedes Opfer gebracht, welches für die Wiederherstellung und Erweiterung der französischen Heeresmacht gefordert wurde; sie ist sogar noch weiter gegangen: kriegerischer als der Kriegsminister hat sie für einen gewissen Zweck, die Heranziehung der seconde portion, in diesem Jahre 17 Millionen Francs der Militärkommission geradezu aufgenöthigt. Die französischen Kommunen sind in ihrem Patriotismus nicht zurückgeblieben, sie weisen Exerzirplätze, Baulichkeiten für Offizierkasinos an, sie errichten Kasernen u. s. w.

Dies Alles, meine Herren, giebt uns ein Bild von der Stimmung in Frankreich. Ich glaube nun zwar, daß die große Mehrheit der Franzoſen, welche ohne Zweifel ihr Mißgeſchick mit mehr Beſonnenheit und Würde trägt, als man glauben ſollte, wenn man nur die franzöſiſchen Volksredner hört oder die franzöſiſchen Journale lieſt, — daß dieſe Mehrheit wohl durchdrungen iſt von der unbedingten Nothwendigkeit, zunächſt den Frieden zu wahren. Ich ſehe eine Beſtätigung dafür auch in dem Umſtand, daß eben ein einſichtsvoller Militär an der Spitze der franzöſiſchen Regierung ſteht. Aber, meine Herren, wir haben Alle erlebt, wie die franzöſiſchen Parteien, die ihren Ausdruck in Paris finden, Regierung und Volk zu den außerordentlichſten Beſchlüſſen hinreißen können. Was von jenſeits der Vogeſen zu uns herüberdringt, iſt ein wüſtes Geſchrei nach Rache für die ſelbſt heraufberufene Niederlage.

Nun, meine Herren, wir ſind unſerm Nachbar nicht gefolgt auf dem Wege, die Armee zu vergrößern; wir glauben mit dem auskommen zu können, was in dieſer Geſetzesvorlage enthalten iſt. Aber, meine Herren, die innere Güte unſerer Armee dürfen wir nicht ſchwächen laſſen, weder durch Abkürzung der Dienſtzeit, noch durch Herabſetzung des Präſenzſtandes. Die erſte Maßregel führt, wenn ſie überhaupt einen finanziellen Effekt haben ſoll, zur Miliz. Die durch Milizen geführten Kriege haben die Eigenthümlichkeit, daß ſie ſehr viel länger dauern und ſchon aus dieſem Grunde ſehr viel größere Opfer an Geld und an Menſchenleben koſten als alle übrigen Kriege. Ich erinnere Sie nur an den letzten amerikaniſchen Sezeſſionskrieg, welcher von beiden Seiten weſentlich von Milizen geführt werden mußte. Bei dieſer Gelegenheit kann ich mir aber doch nicht verſagen, Ihnen das Urtheil des Mannes über Milizen mitzutheilen, welcher eben den erſten amerikaniſchen Freiheitskrieg zu führen hatte, das Urtheil Waſhingtons. Sie finden es in der vortrefflichen Geſchichte der amerikaniſchen Staaten

von Herrn Bancroft. Zu keiner Zeit und an keinem Orte konnte eine Forderung unpopulärer ſein als die, welche Waſhington immer wieder an den Kongreß ſtellte, die Forderung, ein ſtehendes Heer zu errichten. Dies konnte befremdend erſcheinen, aber Waſhington ſpricht ſich folgendermaßen aus. Er ſagt: „Die Erfahrung, welche die beſte Leiterin für das Handeln iſt, verwirft ſo völlig klar und entſchieden das Vertrauen auf die Miliz, daß Niemand, der Ordnung, Regelmäßigkeit und Sparſamkeit ſchätzt, und der ſeine eigene Ehre, ſeinen Charakter und ſeinen Seelenfrieden liebt, dieſe an den Ausgang eines Unternehmens mit Milizen ſetzen wird.“

Und etwas ſpäter ſchreibt er: „Kurze Dienſtzeit und ein unbegründetes Vertrauen auf die Miliz ſind die Urſachen alles unſeres Mißgeſchicks und des Anwachſens unſerer Schuld.“

Beendet wurde bekanntlich der Krieg durch das Auftreten eines kleinen Korps von nur 6000 Mann, aber wirklicher Soldaten.

Meine Herren, Frankreich hat es zweimal mit der Miliz verſucht. Nach der Revolution war begreiflich das Erſte, daß man die verhaßte Armee auflöſte: die Nation ſelbſt ſollte die junge Freiheit ſchützen, der Patriotismus ſollte die Disziplin, der Elan und die Maſſen ſollten die kriegeriſche Bildung erſetzen. Es ſchwebt immer noch ein gewiſſer Nimbus um die Volontärs von 1791; aber, meine Herren, es giebt auch eine unparteiiſche Geſchichte derſelben, geſchrieben von einem Franzoſen nach den Akten des franzöſiſchen Kriegsminiſteriums. Ich widerſtehe der Verſuchung, Ihnen ſehr pikante Citate vorzuführen, ich müßte das ganze Buch citiren, auf jedem Blatte finden Sie, wie nutzlos, wie koſtſpielig und welche Geißel für das eigene Land dieſe Formationen geweſen ſind. Erſt nach dreizehnjährigen, bitteren Erfahrungen hat man ſich überwunden, nicht mehr die Armee unter Volontärs, ſondern die Volontärs in die Armee einzuſtellen. Als dann ein Mann wie der erſte Konſul und andere aus-

gezeichnete Generale ſich an die Spitze ſetzten, da haben freilich dieſe Volontärs ganz Europa ſiegreich durchzogen, aber, meine Herren, es waren eben Soldaten geworden.

Die citirte kleine Schrift, aus welcher ſo nützliche Erfahrungen geſchöpft werden konnten, iſt erſchienen im März 1870, und ſechs Monate ſpäter ſehen wir Frankreich zu denſelben Mitteln greifen, freilich in ſeiner äußerſten Bedrängniß. Meine Herren, wir haben es Alle erlebt und uns überzeugt, daß ſelbſt die zahlreichſte Verſammlung von tüchtigen, patriotiſchen und tapferen Männern noch nicht im Stande iſt, einer wirklichen Armee zu widerſtehen. Die franzöſiſchen Mobil- und Nationalgarden haben den Krieg um mehrere Monate verlängert, ſie haben blutige Opfer gekoſtet, große Verwüſtung und viel Elend bereitet, aber ſie haben den Gang des Krieges nicht wenden können, ſie haben Frankreich beim Frieden keine beſſeren Bedingungen verſchafft. Vollends das Unweſen der Franktireurs hat unſere Operationen auch nicht einen Tag aufgehalten; wohl aber hat es ſelbſt unſerer Kriegführung zuletzt einen Charakter der Härte verliehen, den wir beklagen, aber nicht ändern konnten.

Die Prozeſſe, welche noch heute, nach drei Jahren, in Frankreich auftauchen, geben Ihnen ein Bild von der Verwilderung und den Greueln, welche unausbleiblich im Gefolge einer ſolchen Maßregel erſcheinen. Meine Herren, wenn Sie die Nation bewaffnen, ſo bewaffnen Sie mit den guten Elementen zugleich die ſchlechten, und deren hat ja jede Nation. Die erſteren ſind ja unendlich überwiegend. Aber haben wir nicht bei uns ſelbſt die Erfahrung mit unſeren Bürgerwehren gemacht, wie bald der zuverläſſige Theil derſelben der Sache überdrüſſig wird, in aller Stille verſchwindet und dem unzuverläſſigen das Feld frei läßt? Meine Herren! Die Gewehre ſind bald ausgetheilt, aber nicht ſobald wieder zurück zu bekommen.

Und glauben Sie, daß wir bei uns nicht auch Elemente beherbergen wie die, welche nach dem Kriege in Paris zur

Herrſchaft gelangt ſind? Haben wir ſie nicht, ſo wird man ſchon dafür ſorgen, daß wir ſie von außerhalb bekommen. Es mögen viel importirte Helden geweſen ſein, welche in der franzöſiſchen Hauptſtadt die Denkmäler des franzöſiſchen Ruhms vernichtet haben! Gott verhüte, daß wir ihnen jemals die Waffen in die Hände geben. Was ſodann den Präſenzſtand anbelangt, meine Herren, ſo möchte ich eindringlich davor warnen, ihn zu einer Budgetfrage zu machen. Ich weiß ja, daß geehrte Mitglieder des Hauſes glauben, gerade an dieſem Punkte feſthalten zu müſſen, um das unbeſtreitbare Recht der Steuerbewilligung den Landtagen zu wahren. Aber, meine Herren, erwägen Sie, ob Sie durch die Handhabung dieſes Rechts nicht das Recht ſchädigen, welches das Land hat, auf Ihre Mitwirkung zu rechnen in einer Frage, wo es ſich um den Beſtand des Reiches handelt. Mir ſcheint, es iſt doch wünſchenswerth, nicht wieder in ein neues Proviſorium einzutreten, ſondern endlich einmal definitiv feſtzuſtellen, was Deutſchland für ein deutſches Heer zu leiſten hat. Wenn Sie ſich überzeugen können, daß wir mit Rückſicht auf innere und äußere Verhältniſſe nicht weniger als 401 000 Mann im Frieden unterhalten dürfen, und wenn nach reiflicher Erwägung und Prüfung feſtgeſtellt wird, welcher Aufwand dafür nöthig iſt, ſo verzichten Sie allerdings darauf, dieſe ſelbe Summe alljährlich zu diskutiren, zu bewilligen oder abzulehnen; aber, meine Herren, Ihr Bewilligungsrecht iſt dadurch nicht beeinträchtigt, es tritt in volle Geltung bei jeder Mehrforderung und bei jeder neuen geſetzlichen Regelung dieſes Gegenſtandes. Es muß die normale Ziffer des Friedensſtandes nothwendig auf eine lange Reihe von Jahren eine konſtante bleiben. Durch Schwankungen dieſer Ziffer tragen Sie die Unſicherheit hinein in alle die vielen, umfaſſenden Vorbereitungen, welche lange vorher und bis in das letzte Detail feſtgeſtellt ſein müſſen, wenn Sie mit ruhiger Zuverſicht einem Angriff von außen entgegenſehen wollen. Erwägen Sie, daß jede Verminde-

rung dieser Ziffer zwölf Jahre lang nachwirkt und daß keiner von uns übersehen kann, ob in zwölf Jahren Krieg oder Frieden sein wird.

Nun, meine Herren, „es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt."

Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. Ich wüßte wirklich nicht, was wir mit einem eroberten Stück von Rußland oder Frankreich machen sollten.

Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten; vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in der Mitte Europas die größte Bürgschaft ist für den Frieden von Europa.

Aber, meine Herren, um Frieden zu gebieten, müssen wir zum Kriege gerüstet sein, und ich meine, wir stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, daß bei den politischen Verhältnissen Europas wir eines starken und kriegsbereiten Heeres nicht bedürfen, — oder aber zu bewilligen, was dafür nöthig ist.

Zweite Lesung des Reich=Militärgesetzes § 1 (Friedenspräsenzstärke).

Reichstagssitzung vom 14. April 1874.

Meine Herren, ich halte es für eine höfliche Rücksicht auf die Versammlung, wenn von diesem Platze aus, und zwar geradeaus, gesprochen wird. Dies zur Entschuldigung, wenn ich meine Bemerkungen von dieser Stelle an Sie richte. Bei der Ermüdung der Versammlung wird es in größter Kürze geschehen.

Es ſind von verſchiedenen Seiten, und namentlich von dem Herrn Abgeordneten Reichensperger, zahlreiche Citate aus meinen nicht zahlreichen und jedenfalls nicht langen Reden angeführt worden. Ich erwidere, daß ich noch heute vollſtändig auf demſelben Standpunkte der Ueberzeugung ſtehe wie früher, und daß ich auch jetzt ſicher glaube, daß ein ſtarkes Deutſchland in der Mitte Europas die größte Bürgſchaft für den Frieden iſt. Aber, meine Herren, ein ſtarkes Deutſchland! Solange uns aus einem Nachbarſtaate täglich in Schrift und Wort mit dem Revanchekriege gedroht wird, dürfen wir nicht vergeſſen, daß nur das Schwert das Schwert in der Scheide hält, und daß unter ſolchen Umſtänden für uns Abrüſtung Krieg iſt, der Krieg, den wir gern vermeiden wollen und der hoffentlich durch die Weisheit der franzöſiſchen Regierung vermieden werden wird.

Meine Herren, wenn wir in Deutſchland uns früher und friedlich zu einigen gewußt hätten, ſo wäre der Kampf mit Frankreich wahrſcheinlich überhaupt nicht ausgebrochen.

Aber, meine Herren, im Jahre 1870 gab es noch kein geeinigtes und ſtarkes Deutſchland im Herzen von Europa, und der Krieg, mit welchem Frankreich uns überraſchte, wurde weſentlich geführt, um das Zuſtandekommen eines ſolchen zu verhindern.

Wir haben dieſen Krieg nicht hervorgerufen, und wir haben unſere Macht in demſelben nicht gemißbraucht. Von uns hing es ab, drittehalb Millionen in Paris dem unvermeidlichen Hungertode entgegenzutreiben. Niemand konnte uns hindern, die Einſchließung noch acht oder vierzehn Tage fortzuſetzen, der dortigen Regierung konnten wir jede Forderung ſtellen, ſie mußte jede bewilligen. Wohl zu erwägen blieb aber, daß die Regierung maßloſen Forderungen nachzukommen nicht in der Lage geweſen wäre. Wir begnügten uns daher, das Land zurückzufordern, welches unſer unruhiger Nachbar Deutſchland in Zeiten ſeiner

Schwäche entrissen hat. Von weiteren Kriegsentschädigungen möge man uns nicht sprechen, denn keine Milliarden können die Wunden heilen, welche ein „mit leichtem Herzen unternommener“ Krieg dem öffentlichen und dem Familienleben geschlagen hat.

Ja, meine Herren, Deutschland in seinem Zwiespalt der Vergangenheit trägt selbst die Schuld, wenn in dem wiedereroberten Lande ein deutscher Volksstamm sich in der langen Zeit von 200 Jahren so vollständig hat entnationalisiren können, daß er noch heute, nach der ihm zu Theil gewordenen und wohlwollenden Behandlung, sich sträubt, wieder in Deutschland aufgenommen zu werden. Nun, wir werden unseren Landsleuten diesseits der Vogesen Zeit geben, sich während der nächsten 200 Jahre wieder an uns zu gewöhnen.

Dem geeinigten und starken Deutschland aber geziemt es, der Welt zu zeigen, daß wir den festen Willen und auch die Macht haben, das Reichsland beim Reiche stetig zu erhalten.

Rings um uns her, meine Herren, haben alle größeren Mächte ihre kriegerischen Mittel wesentlich erhöht, wir sind bei dem einen Prozent der Bevölkerung einer früheren Zählung stehen geblieben. Wir können nicht auf numerische Ueberlegenheit rechnen, wir müssen unser Vertrauen setzen in die innere Tüchtigkeit unserer Armee, und diese hängt eng zusammen mit der Dienstdauer jedes einzelnen Mannes. Der französische Infanterist dient thatsächlich bei der Fahne 3 bis 3½ Jahre; wir hoffen, bei der trefflichen Anlage unserer Leute, bei der sich mehr und mehr entwickelnden Schulbildung, bei den eingeführten Turnübungen und im Vertrauen auf die rastlose Arbeitsthätigkeit unserer vom Morgen bis zum Abend angestrengten Offiziere und Unteroffiziere in einer kürzeren Frist eine tüchtige Infanterie erzielen zu können. Wie weit man in dieser Hinsicht hinabgehen kann, das, meine Herren, ist eine technische, ist eine rein militärische Frage, und die Militärbehörde glaubt während

der letzten Jahre bereits unter das Zulässige hinabgegangen zu sein.

Meine Herren, das Amendement, welches von dem Abgeordneten v. Bennigsen vorgelegt ist, erkennt an, daß die Forderungen, welche die Militärverwaltung gestellt hat, in der That gerechtfertigt sind, es bewilligt sie aber nur auf eine beschränkte Zeit. Ich kann mich nur schwer davon überzeugen, daß die vornehmste Institution des Reiches überhaupt ein Provisorium sein darf, ich glaube, daß sie gesetzlich als Definitivum festzustellen war. Die Gesetze werden ja nicht für alle Ewigkeit gegeben. Aenderten sich im Lauf der Jahre die politischen Verhältnisse in der Welt, so war es möglich, auch die Ziffer der Präsenzstärke gesetzlich zu modifiziren unter Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung. Aber daß der Bestand der Armee abhängig sein soll von dem Bewilligungsrecht nur eines dieser Faktoren, das will mir nicht einleuchten. Ich werde nichtsdestoweniger für dieses Amendement stimmen, weil ich glaube, daß auch nach sieben Jahren eine patriotische Versammlung von Vertretern des Reichs dasjenige nicht wird ablehnen können, was wir heute als nothwendig für den Bestand des Reiches erkennen, und in der Rücksicht, daß vielleicht nur auf dem Boden dieses Amendements bei der Abstimmung eine Majorität sich ergeben wird, welche der Wichtigkeit des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes nach außen und der Würde dieses Hauses entspricht.

Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1877/78. Kosten für die neu anzustellenden 122 Hauptleute.

Der betr. Antrag der Kommission wird angenommen.

Reichstagssitzung vom 24. April 1877.

Meine Herren, die in Rede stehende Maßregel wird zum Theil beanstandet; wohl nicht, weil man die Maßregel an sich nicht für eine zweckmäßige und gute ansieht, sondern weil sie allerdings eine neue Steigerung des Militärbudgets in sich schließt.

Es ist uns schon bei der ersten Berathung und auch eben jetzt wieder gesagt worden, daß es prinzipiell unzulässig sei, Offizierstellen im Frieden zu bewilligen für Offiziere, welche erst im Kriege nothwendig werden. Darauf, meine Herren, ist nun doch einfach zu erwidern, daß alle Offizierstellen im Frieden bestehen, weil die Offiziere im Kriege nothwendig.

Von jener Seite des Hauses (nach links) sind wir hingewiesen worden auf den sehr viel schwächeren Friedensetat der französischen Bataillone; aber man hat es unterlassen, zugleich hinzuweisen auf die sehr viel größere Zahl dieser schwachen Bataillone. Meine Herren, die Summe dieser Bataillone mit den zugehörigen anderen Waffen beträgt im Frieden 487000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen größeren Bevölkerung doch nur wenig über 400000 Mann unterhält. Schwache Bataillone sind an sich militärisch durchaus nichts Wünschenswerthes. Ich glaube, daß nirgends mehr als in Frankreich selbst die einsichtigeren Militärs Bedenken tragen, ob mit Kompagnien von 50, von 40 Mann neben dem unvermeidlichen Garnisondienst auch noch eine gründliche Ausbildung der Truppen in allen Dienstfächern möglich sei. Aber freilich, wenn man mit 1092 Bataillonen ins Feld rücken will und davon 641 im Frieden unterhält, so kann man sie nicht sehr

ſtark machen, wenn die Koſten nicht ins Unerſchwingliche übergehen ſollen.

Meine Herren, das franzöſiſche Militärbudget überſteigt mit ſeinen ſchwachen Bataillonen das deutſche mit ſtarken um mehr als 150 Millionen jährlich im Ordinarium, abgeſehen von bedeutenden Nachforderungen und einem exorbitanten Extraordinarium.

Ob eine Nation, ſelbſt eine ſo reiche wie die franzöſiſche, eine ſolche Laſt für alle Zukunft auf ſich nehmen will, oder ob es nur geſchieht für einen beſtimmt vorgeſehenen Zweck und bis zu einem vielleicht nicht zu fern geſteckten Ziel, das mag dahingeſtellt bleiben.

Es iſt uns dann noch bei der erſten Berathung geſagt worden, daß eine abſolute Regierung unter den beſtehenden politiſchen Verhältniſſen wahrſcheinlich die Armee eher reduziren als vermehren würde. Meine Herren, ich theile die Hoffnung und den Wunſch des Herrn Redners nach dauerndem Frieden, aber die Zuverſicht theile ich nicht. Glücklich die Zeiten, wo die Staaten nicht mehr in der Lage ſein werden, den größten Theil aller ihrer Einnahmen zu verwenden bloß auf die Sicherheit ihrer Exiſtenz, wo die Regierungen nicht nur, ſondern auch die Völker und die Parteien ſich überzeugt haben werden, daß ſelbſt ein glücklicher Feldzug mehr koſtet, als er einbringt, denn materielle Güter mit Menſchenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn ſein.

Aber, meine Herren, was dieſem Fortſchritt der ganzen Menſchheit entgegenſteht, das iſt das gegenſeitige Mißtrauen, und in dieſem Mißtrauen liegt eine ſtete und große Gefahr.

Ich meine, die Stärke Deutſchlands beſteht weſentlich in der Homogenität ſeiner Bewohner. Wir haben ja auch an unſeren Grenzen Reichsangehörige, die nicht deutſcher Nationalität ſind. Das iſt ein geſchichtliches Ergebniß von hundertjährigen Kämpfen, von Feldzügen und Friedensſchlüſſen, Siegen

und Niederlagen. Denn die Grenzen eines großen Staates lassen sich nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen konstruiren.

Nun, meine Herren, diese nichtdeutschen Reichsangehörigen haben ja neben den deutschen mit gleicher Treue und gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß nicht alle ihre Interessen mit den unsrigen zusammenfallen, davon haben wir ja in diesem Hause mehr hören müssen, als uns irgend lieb sein kann. Wie sollten wir nun so thöricht sein, durch Gebietserweiterungen uns zu schwächen, anstatt uns zu stärken!

Ich meine, die Friedenstendenz von Deutschland liegt so auf offener Hand, ist so in der Nothwendigkeit begründet, daß nachgerade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte. Nichtsdestoweniger aber, meine Herren, können wir nicht verkennen, daß namentlich bei unseren westlichen Nachbarn ein starkes Mißtrauen gegen uns vorwaltet. Wenn Sie die französischen Blätter lesen, selbst die tonangebenden, so finden Sie doch darin, gelinde ausgesprochen, eine große Abneigung gegen uns. Ich will nicht von Hohn, Spott und Geringschätzung sprechen, die sich darin kundgeben, denn dafür giebt es keinen vernünftigen Grund, das ist auch nur angeblich.

Was aber die französische Presse nicht ausspricht, und was die Wahrheit ist, das ist die Besorgniß, daß, nachdem Frankreich so oft und so wiederholt über das *schwache* Deutschland hergefallen ist, nunmehr das *starke* Deutschland auch einmal ohne Grund und Anlaß über Frankreich herfallen werde.

Daraus, meine Herren, erklären sich viele Thatsachen, daraus erklärt sich die Riesenarbeit, die Frankreich ausgeführt hat, indem es in einer kurzen Reihe von Jahren mit großer Sachkenntniß und seltener Energie seine Armee-Organisation durchgeführt hat; daraus erklärt sich, daß seit dem letzten Friedensschluß und bis auf heute ein unverhältnißmäßig großer Theil der französischen Armee in Paris und von dort bis unmittelbar an unsere Grenze steht, namentlich Kavallerie und Artillerie,

in einem für alle Eventualitäten möglichſt vorbereiteten Stande, ein Verhältniß, was nach meiner Auffaſſung früher oder ſpäter nothwendig einmal eine Ausgleichsmaßregel von unſerer Seite herbeiführen muß.

Es iſt dann doch auch ein beachtenswerther Umſtand, daß in Frankreich, wo die Parteien, die ſich ja in jedem Lande finden, doch wohl noch ſchroffer einander gegenüberſtehen als bei uns, daß, ſage ich, alle dieſe Parteien vollkommen einig ſind in einem Punkt, einig darin, Alles zu bewilligen, was für die Armee gefordert wird, während wir hier mühſam um kleine Etatspoſitionen ringen. Meine Herren, in Frankreich iſt die Armee der Liebling der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung, man hat in Frankreich der Armee ihre Niederlagen längſt verziehen; ich will nicht ſagen, daß man bei uns die Siege der Armee vergeſſen hat, aber wenn man von ihr doch bei der nächſten Veranlaſſung dieſelbe Leiſtung noch einmal fordern wird, ſo ſollte man nicht zu kärglich ſein in Bewilligung derjenigen Mittel, die ihr nöthig ſind, um ſich fortzuentwickeln.

Es ſcheint, daß unſere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg in den Maſſen ſehen, in einer überwältigenden Zahl, und das iſt gewiß ein Moment, welches ſchwer ins Gewicht fällt. Wir verlaſſen uns mehr auf eine ſorgfältige Ausbildung unſerer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit. Die Franzoſen ſind uns ganz entſchieden darin überlegen, daß ſie für alle ihre zahlreichen Formationen für den Krieg bereits im Frieden die Kadres beſitzen. Es wird Ihnen nun hier eine Maßregel vorgeſchlagen, die freilich nur in geringem Grade den Mangel bei uns beſſern ſoll. Man hat uns ja geſagt, daß durch die Schaffung von den dreizehnten Hauptleuten die Zahl der Offiziere überhaupt gar nicht vermehrt wird. Das iſt vollkommen richtig; allein, meine Herren, es bringt eine Anzahl Offiziere früher in diejenige Stellung, welche ſie im Krieg ausfüllen ſollen. Es iſt doch ganz natürlich, daß Jemand, der plötzlich unter den

allerschwierigsten Verhältnissen, vielleicht herausgerissen aus einem ganz anderen Lebensberuf, an die Spitze einer Truppe gestellt wird, daß der im ersten Augenblick mit einiger Befangenheit auftritt, und das, meine Herren, verbreitet sich unausbleiblich von oben durch alle Reihen nach unten. Unsicherheit im Befehlen erzeugt Unzuverlässigkeit im Gehorchen.

Es wird nun durch die dreizehnten Hauptleute möglich sein, ältere Offiziere früher in Stellung zu bringen, wo es nothwendig ist, daß der Betreffende sich in dieselbe vorher einleben kann. Meine Herren, Sie brauchen wirklich nicht zu besorgen, daß die dreizehnten Hauptleute spazieren gehen, es giebt vollauf zu thun.

Ich meine, daß namentlich diejenigen Herren, welche an den Kommissionsberathungen theilgenommen haben, sich überzeugt haben werden, daß wir in der That eine sparsame Militärverwaltung haben, die wirklich nur fordert, was dringend wünschenswerth ist.

Ich empfehle Ihnen die Annahme.

Die obige Rede, die an demselben Tage gehalten wurde, an dem das russische Kriegsmanifest erschien, hatte in dem ohnehin durch den eben beginnenden russisch-türkischen Krieg erregten Europa, namentlich in Frankreich, lebhafte Beunruhigungen erzeugt. Der in der nächsten Sitzung von dem Abgeordneten Lasker gegebenen friedlichen Deutung seiner Rede schließt sich Moltke deshalb gern an und bekräftigt dieselbe noch ausdrücklich.

Reichstagssitzung vom 26. April 1877.

Meine Herren, gestatten Sie mir, da ich persönlich in dieser Debatte genannt bin, nur zwei Worte. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lasker, daß er mich richtig verstanden, und daß er den Sinn meiner Worte besser erklärt hat, als ich

es vermocht hätte. Wenn ich gesagt habe, daß ein beträchtlicher Theil der französischen Armee sehr nahe an unseren Grenzen stehe, so hätte ich hinzufügen sollen, daß im Gegensatz dazu unsere Regimenter gleichmäßig über das ganze Reich vertheilt sind.

Sollte daher früher oder später es als nothwendig erachtet werden, unsererseits eine ausgleichende Maßregel zu treffen, so habe ich sie im voraus als eine solche bezeichnen wollen, die durchaus keinen aggressiven Charakter trägt. Ich habe schon im Eingange meiner Rede unsere Politik als eine nothwendig friedliche bezeichnet, welche aber deshalb auf ihre volle Aktionsfreiheit nicht verzichtet.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitärgesetzes, vom 2. Mai 1874.

Reichstagssitzung vom 1. März 1880.

Wer möchte in Abrede stellen, daß ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt! Es ist das gegenseitige Mißtrauen, welches die Nationen gegeneinander in Waffen hält. Kann dieses Mißtrauen überhaupt beseitigt werden, so wird es immer noch eher geschehen durch Verständigung von Regierung zu Regierung als durch andere Mittel, durch die babylonische Verwirrung von internationaler Verbrüderung, internationalen Parlamenten und was in der Richtung vorgeschlagen wird.

Meine Herren, alle Nationen bedürfen gleichmäßig des Friedens, und ich möchte behaupten, alle Regierungen werden den Frieden halten, solange sie stark genug sind, um es zu können. Viele betrachten ja die Regierung wie eine Art feindlicher Macht, die man nicht genug einschränken und beengen kann.

Ich meine, man ſollte ſie in aller Weiſe ſtärken und ſtützen; eine ſchwache Regierung iſt ein Unglück für jedes Land und — eine Gefahr für den Nachbar.

Wir haben alle Kriege ausbrechen ſehen, die weder das Staatsoberhaupt — noch das wirkliche Volk gewollt haben, ſondern die Parteihäupter, welche ſich zu ſeinen Wortführern aufwarfen, die leicht beeinflußbare Menge und ſchließlich auch die Regierung nach ſich zogen. Annexions- und Revanchegelüſte, Mißbehagen über innere Zuſtände, das Streben, ſtammverwandte Völkerſchaften an ſich zu ziehen, die im Laufe der Zeiten anderen Staatenbildungen eingefügt ſind, — dies und vieles Andere kann auch in Zukunft immer wieder neue Verwickelungen hervorrufen, und ſo fürchte ich allerdings, daß wir noch lange die ſchwere Rüſtung tragen müſſen, welche unſere geſchichtliche Entwickelung und unſere Weltſtellung uns aufnöthigen.

Geſchichtlich ſind wir ja als Reich ein Neuling in der europäiſchen Staatenfamilie, und den Eindringling betrachtet man immer mit Mißtrauen, ſo lange wenigſtens, bis man ihn beſſer kennen lernt. Was dann unſere geographiſche Lage betrifft, — ja, meine Herren, alle unſere Nachbarn haben mehr oder weniger, ich möchte ſagen, Rückenfreiheit; ſie haben Pyrenäen, und Alpen hinter ſich, oder halb barbariſche Völkerſchaften, die ſie nicht zu fürchten brauchen. Wir ſtehen unter den großen Mächten mitten inne. Unſere Nachbarn im Weſten und Oſten haben nur nach *einer* Seite Front zu machen, wir nach *allen*; ſie können und ſie haben ſchon im Frieden einen bedeutenden Theil ihrer Heeresmacht nahe an unſeren Grenzen dislozirt während unſere Regimenter gleichmäßig vertheilt ſtehen über das ganze Reich. Wir brauchen darin keine feindſelige Abſicht zu ſuchen. Wenn unſere Nachbarn wirklich Gefahr von Deutſchland beſorgen, ſo haben ſie ja von ihrem Standpunkt Recht; aber wir müſſen doch mit dieſem Verhältniß rechnen.

Dazu kommt nun das ſtete Anwachſen der Heere um uns. Rußland hat mit gutem Grund ſchon vor dem Türkenkriege eine erhebliche Erweiterung ſeiner ohnehin ſtarken Heeresmacht angeordnet und hat dieſe Organiſation nach dem Frieden durchgeführt und beibehalten. Rußland ſtellt 24 Reſerve-Infanterie-Diviſionen und 24 Reſerve-Artilleriebrigaden neu auf und hat außerdem 152 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone zugeordnet. Die jetzt ſo aufgeregte ruſſiſche Preſſe hat ſich damals über dieſen Gegenſtand ſehr ſchweigſam verhalten, und der ganze Vorgang hat kaum einen Widerhall in der ausländiſchen Preſſe gefunden.

Was Frankreich anbelangt, ſo habe ich allerdings den Artikel in den Preußiſchen Jahrbüchern nicht geleſen. Ich komme auf Grund der Daten, die mir zu Gebote ſtehen, zu einem anderen Reſultat als der Herr Vorredner. Ich werde nur einige wenige Hauptſummen angeben und Sie mit den Details verſchonen.

Im Feldzuge 1870 trat Frankreich uns entgegen mit 8 Armeekorps; gegenwärtig beſitzt es deren 19. Damals hatte es 26 Infanterie-Diviſionen, jetzt 38; damals 26 Kavallerie-Brigaden, jetzt 37. Die Stärke der franzöſiſchen Armee in ihrer erſten Aufſtellung betrug 336 000 Mann; gegenwärtig kann Frankreich uns nach den Etatszahlen 670 000 Mann entgegenſtellen. Die Territorialarmee iſt darin nicht eingerechnet.

Ich komme zu dem Reſultat, daß Frankreich ſeit dem Jahre 1874, alſo in ſechs Jahren, ſeine Armee mehr als verdoppelt hat, und, meine Herren, in dieſer ſelben Zeit oder vielmehr ſchon ſeit dem letzten Frieden ſind wir ruhig ſtehen geblieben bei einem Prozent einer antiquirten Volkszählung.

Es kommt ſodann in Betracht der hohe Präſenzſtand unſerer Nachbarn. Frankreich hält nach meiner Berechnung — allerdings wie der Herr Vorredner ganz richtig bemerkt

hat, einſchließlich der Gendarmerie, die aber in Frankreich zur Armee zählt — unter den Waffen 497 000 Mann, während Deutſchland bei einer um mehrere Millionen ſtärkeren Bevölkerung 401 000 Mann bei der Fahne hat. Das iſt eine Differenz von nahe 100 000 Mann. Die ruſſiſche Friedenspräſenz beträgt das Doppelte der unſrigen, 800 000 Mann.

Für die Kriegsſtärken tritt ſodann natürlich in Betracht die Zahl der Jahrgänge, welche verfügbar ſind, die Dauer der Verpflichtung zum Dienſte, und da finden Sie in Frankreich 20 Jahre, in Rußland 15 und bei uns 12. Ja, meine Herren, auf welcher Seite liegt hier eine Drohung, eine Gefährdung des Friedens? Und dabei muthet man uns zu, großmüthig das erſte Beiſpiel der Entwaffnung zu geben!

Hat der deutſche Michel überhaupt jemals das Schwert gezogen, als um ſich ſeiner Haut zu wehren?

Wenn nun unter dieſen Umſtänden die Regierung glaubt, eine mäßige Vermehrung unſerer Friedenskadres beantragen zu müſſen, können wir uns dagegen verſchließen, wenn wir nicht ganz hinter unſeren Nachbarn zurückbleiben wollen?

Man hat ja nun ſtatt deſſen das Auskunftsmittel der zweijährigen Dienſtzeit in Vorſchlag gebracht; man verſpricht ſich davon national-ökonomiſche und finanzielle Vortheile. Ich weiß nicht recht, wie man ſich die Sache denkt. Soll bei der zweijährigen Dienſtzeit die jetzige Kopfſtärke der Bataillone beibehalten werden, ſo fällt ja ſelbſtverſtändlich jede finanzielle Erſparniß fort; im Gegentheil, es würden noch erhebliche Mehrausgaben entſtehen für Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüſtung der dann ſehr viel zahlreicheren Reſerven und Wehrmänner. Ein volkswirthſchaftlicher Erfolg iſt ebenſo wenig abzuſehen, denn offenbar kommt es ganz auf daſſelbe heraus, ob zwei arbeitsfähige Männer drei Jahre lang oder drei arbeitsfähige Männer zwei Jahre lang der produktiven Thätigkeit entzogen bleiben. — So wird die Sache alſo wohl nicht gemeint ſein, ſondern es ſcheint, man

will einfach einen ganzen Jahrgang streichen, die sämmtlichen Bataillone auf zwei Drittel ihrer Stärke herabsetzen. Ja, dann erzielt man allerdings im Präsenzstande eine finanzielle Ersparniß und verschafft den Dienstpflichtigen eine Erleichterung; aber, meine Herren, dem gegenüber fällt denn doch auch der militärische Effekt der Maßregel in die Wagschale, der, daß quantitativ zwar die Armee unverändert bleibt, qualitativ aber ihr innerer Werth bedeutend herabgesetzt wird.

Meine Herren, unsere Armee steht hinter den Armeen unserer Nachbarn zurück in der Zahl. Sie kann es nur ausgleichen und sie gleicht es aus durch ihre innere Tüchtigkeit. Und daran sollte man nicht rühren.

Die zweijährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke besonders derer, welche nicht selbst dazu berufen sind, in einer möglichst kurzen Zeitfrist aus einem Rekruten einen Soldaten zu machen, d. h. einen Mann, der nicht bloß Parademarsch übt und auf Wache zieht, sondern der in gründlicher Kenntniß seiner komplizirten Waffe und im vollen Vertrauen auf dieselbe unter den schwierigsten Verhältnissen selbständig handeln soll, einen Mann, der gelernt hat, zu gehorchen und zu befehlen, — denn auch der letzte Musketier wird Vorgesetzter, sowie er auf Posten steht oder eine Patrouille führt. Meine Herren, diese Aufgabe ist so leicht nicht, wie es vielleicht am Schreibtische aussieht. Es handelt sich dabei nicht bloß um die technische, ich möchte sagen, handwerksmäßige Abrichtung des Mannes, — damit werden wir allenfalls in 20 Wochen, die hier für Uebungen der Ersatzreserven vorgeschlagen werden, fertig; damit stellen wir ein Material her, welches mit Nutzen in den festen Rahmen der Armee eingereiht werden, aber niemals den Kern der Armee bilden kann. Nein, meine Herren, es handelt sich um weit mehr, es handelt sich um die Ausbildung und Festigung moralischer Eigenschaften, um die militärische Erziehung des Jünglings zum Manne. Das läßt sich nicht einexerziren; es will eingelebt und angewöhnt sein.

Ich nehme Ihre Zeit nicht in Anspruch mit Darlegung der großen Nachtheile, welche aus kleinen Kadres für die Ausbildung der Mannschaft und namentlich ihrer Führer erwachsen. Ich gehe nicht näher ein auf die Schwierigkeiten, die bei sehr schwachen Bataillonen entstehen, bei der plötzlichen Verdreifachung der Mannschaft im Falle der Mobilmachung. Ich will nur beiläufig noch bemerken, daß unsere Nachbarn im Westen, die doch auch ein militärisches Urtheil haben, trotz wiederholter Anforderungen sich nicht dazu haben verstehen können, die Dienstzeit in der französischen Armee herabzusetzen; sie halten drei Jahre, die wir ja nicht erreichen, für nicht ausreichend, um einen Soldaten auszubilden.

Aber, wie man auch darüber denken mag, das werden Sie zugeben, daß es kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt geben könnte als den gegenwärtigen, wollte man wirklich eine so tiefgreifende Maßregel einführen.

Meine Herren, man kann es ja aufrichtig beklagen, daß die eiserne Nothwendigkeit dazu zwingt, der deutschen Nation neue Opfer aufzuerlegen. Freilich nur durch Opfer und harte Arbeit sind wir überhaupt erst wieder eine Nation geworden. Und welche ganz anderen Opfer, als die hier geforderten, eine feindliche Invasion nach sich zieht, das haben die Aeltesten von uns noch selbst erlebt. Schon allein der Kredit des Staates beruht doch zunächst auf der Sicherheit des Staates. Welche Panik würde an der Börse ausbrechen, wie würden alle Besitzverhältnisse erschüttert werden, wenn die Fortdauer des Reiches auch nur angezweifelt werden könnte.

Meine Herren, vergessen wir doch nicht, daß seit dem Verfall der deutschen Kaisermacht Deutschland das Schlachtfeld und das Entscheidungsobjekt für die Hände aller Anderen gewesen ist, daß Schweden, Franzosen und Deutsche Deutschland auf mehr als ein Jahrhundert in eine Wüste verwandelt haben. Auch später noch. Sind nicht die großen Trümmer am Neckar, am

Rhein und tief ins Land hinein bleibende Denkmäler unſerer einſtigen Schwäche und des Uebermuths unſerer Nachbarn?

Wer möchte auch nur die Tage zurückrufen, wo auf das Machtgebot eines fremden Herrſchers deutſche Kontingente gegen Deutſchland marſchiren mußten!

Nein, meine Herren, ſchützen wir vor Allem die Ehre und die Sicherheit des Reiches, wahren wir die langerſehnte, die endlich erreichte Einheit der Nation, fahren wir fort, Frieden zu halten, ſolange man uns nicht angreift, Frieden zu ſchützen auch nach außen, ſoweit unſere Kräfte reichen! Wir werden in dieſem Beſtreben vielleicht nicht allein ſtehen, ſondern Bundesgenoſſen finden. Darin liegt dann eine Drohung für Niemand, wohl aber eine Bürgſchaft für friedliche Zuſtände in unſerem Welttheil, vorausgeſetzt, daß wir ſtark und gerüſtet ſind. Mit ſchwachen Kräften, mit Armeen auf Kündigung läßt ſich das Ziel nicht erreichen; nur in der eignen Kraft ruht das Schickſal jeder Nation.

Ich muß die Vorlage der Regierung als eine gerechtfertigte, eine zeitgemäße und eine nothwendige anerkennen.

Erſte Berathung des Geſetzentwurfs betreffend die Friedenspräſenzſtärke des deutſchen Heeres.

Reichstagsſitzung vom 4. Dezember 1886.

Ja, meine Herren, ich möchte Ihnen doch die Vorlage der Regierung recht angelegentlich empfehlen. Man kann es ja beklagen, daß wir genöthigt ſind, einen großen Theil der Einnahmen des Reiches, anſtatt auf den Ausbau im Innern, für die Sicherung nach außen zu verwenden; das wird aber bedingt durch allgemeine Verhältniſſe, die wir abzuändern ganz außer Stande ſind. Meine Herren, ganz Europa ſtarrt in Waffen.

Wir mögen uns nach links oder nach rechts wenden, ſo finden wir unſere Nachbarn in voller Rüſtung, in einer Rüſtung, die ſelbſt ein reiches Land auf die Dauer ſchwer nur ertragen kann. Das drängt in Naturnothwendigkeit auf baldige Entſcheidungen hin, und iſt der Grund, weshalb die Regierung ſchon vor Ablauf des Septennats eine Verſtärkung der Armee verlangt.

Aus den die Regierungsvorlage begleitenden Motiven erſehen Sie, wie ſehr wir hinter den Rüſtungen der übrigen Großmächte zurückgeblieben ſind. Sie erſehen daraus, daß von allen großen Armeen die unſrige noch die mindeſt koſtſpielige iſt, daß ſie weniger als irgend eine andere auf der Geſammtbevölkerung laſtet, und daß beiſpielsweiſe Frankreich nahezu das Doppelte an ſeine Armee wendet wie wir. Noch in dieſen Tagen ſind die ſehr erheblichen Anforderungen des franzöſiſchen Kriegsminiſters in den Kammern anſtandslos bewilligt.

Man hat nun die Richtigkeit dieſer Zahlenangaben in Abrede geſtellt. Ja, meine Herren, hier im Plenum können wir unmöglich die Rechnung aufmachen; das wird ſich in der Kommiſſion finden. Ich halte die Angaben für richtig, denn ſie gründen ſich auf die beſten Nachrichten, die wir haben können.

Man hat uns nun den Rath gegeben, uns mit Frankreich zu verſtändigen. Ja, das wäre gewiß ſehr vernünftig; es wäre ein Segen für beide Nationen und eine Bürgſchaft für den Frieden in Europa. Wenn es nun aber nicht geſchieht — à qui la faute? Solange die öffentliche Meinung in Frankreich ungeſtüm die Zurückgabe zweier weſentlich deutſcher Provinzen fordert, und während wir feſt entſchloſſen ſind, ſie niemals herauszugeben, ſo wird eine Verſtändigung mit Frankreich kaum möglich ſein.

Man hat dann hingewieſen auf unſer Verhältniß mit Oeſterreich. Dieſes Bündniß iſt ein ſehr werthvolles; aber es iſt ſchon im gewöhnlichen Leben nicht gut, ſich auf fremde Hülfe zu verlaſſen: ein großer Staat exiſtirt nur durch ſeine eigene Kraft.

Wenn ich recht verstanden habe, so wurde behauptet, daß die Vorlage der Regierung sich nur auf die Friedenspräsenz, nicht auf die Kriegspräsenz, d. h. die Kriegsstärke, bezöge. Meine Herren, die Vorlage fordert allerdings eine Etatserhöhung für gewisse Truppentheile, die, nahe der Grenze, vielleicht berufen sind, gleich im ersten Augenblick des Krieges in Aktion zu treten. Dadurch wird die Kriegsstärke in keiner Weise vermehrt, es vermindert sich nur die Zahl der nachzusendenden Reserven; aber die Vorlage fordert ja ausdrücklich und hauptsächlich die Aufstellung neuer Kadres, und die werden allerdings die Kriegsstärke vermehren. Die Kadres von 31 neuen Bataillonen vermehren die Kriegsstärke um 31000 Mann.

Dann hat man auch wieder die zweijährige Dienstzeit in Anregung gebracht. Ja, meine Herren, ich gehe nicht näher darauf ein; die Sache ist früher gründlich besprochen worden. Bei der gegenwärtigen politischen Lage unser ganzes bisheriges Militärsystem über den Haufen zu werfen und ein neues einzuführen, das würde doch ein bedenkliches Experiment sein.

Zweijährige Dienstzeit haben wir eigentlich schon; da noch eine weitere Herabsetzung herbeizuführen, das würde eine Vermehrung der Ziffer und eine Verschlechterung der Qualität sein, und damit ist uns nicht gedient. Im Gegentheil, unsere beste Sicherung beruht eben in der Vorzüglichkeit unserer Armee.

Es ist dann mit vollem Recht auch die finanzielle Seite der Frage in Betracht gezogen. Ja, meine Herren, ich verkenne gewiß nicht die große Wichtigkeit einer guten Finanzlage — nicht eigentlich im Kriege; da, wo es sich um Kämpfe und Entscheidungen handelt, wo nach dem Ausspruch des deutschen Landsknechts „Patronenhülsen die gangbarsten Papiere sein werden", da, meine Herren, hört die Rücksicht auf die Finanzlage auf; aber außerordentlich wichtig ist sie für die Vorbereitung zum Kriege, für gute Ausrüstung der Truppen, für Anlage von Befestigungen, für zweckmäßig geführte Eisenbahnen.

Ein unglücklicher Krieg zerstört auch die beste Finanzwirthschaft; die Finanz muß eben durch die Armee gesichert sein.

Meine Herren, ich glaube, daß wir durch eine Reihe von Jahren schon uns haben davon überzeugen können, daß wir eine umsichtige, redliche und sparsame Armeeverwaltung haben. Auch die jetzt in Rede stehende Vorlage ist wesentlich durch Rücksichten auf Sparsamkeit bestimmt. Man hat darauf verzichtet, schon im Frieden, wie dies außerordentlich wünschenswerth wäre, alle unsere Geschütze bespannt zu haben, wie das bei unseren Nachbarn der Fall ist. Die Vermehrung bezieht sich wesentlich auf die Infanterie, als die mindest kostspielige Waffe. Die Hälfte der neu aufzustellenden Bataillone wird bereits bestehenden Regimentern angeschlossen, um die Stäbe für Regimenter zu sparen. Kurz, meine Herren, es ist nicht das militärisch absolut Wünschenswertheste, sondern das finanziell Erreichbare dabei ins Auge gefaßt worden.

Und dann, meine Herren, diese Forderung, die an das Land gestellt wird — sie wird gestellt, um den bisher mühsam aufrecht erhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist, auch ferner noch zu sichern. Ich meine, wenn wir diese Vorlage ablehnen, so involvirt das eine sehr ernste Verantwortlichkeit, vielleicht für das Elend einer feindlichen Invasion, eine Verantwortung, die, von hundert Schultern getragen, dennoch für jeden Einzelnen schwer genug wiegen muß. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen seit so viel Jahren ersehnt haben: wir haben das Reich, wir haben die Einheit Deutschlands. Möchten wir auch die Einigkeit der Deutschen in einer solchen Frage haben, wie sie hier vorliegt. Die ganze Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen. Mag sie aber auch wissen, daß wir das, was wir haben, erhalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Reichstagssitzung vom 11. Januar 1887.

Niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit, in welcher wir uns befinden. Alle größeren europäischen Regierungen treffen eifrigst Vorkehrungen, um einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Alle Welt fragt sich: Werden wir den Krieg bekommen? Nun, meine Herren, ich glaube, daß kein Staatslenker freiwillig die ungeheuere Verantwortung auf sich nehmen wird, die Brandfackel in den Zündstoff zu werfen, welcher mehr oder weniger in allen Ländern angehäuft ist.

Starke Regierungen sind eine Bürgschaft für Frieden. Aber die Volksleidenschaften, der Ehrgeiz der Parteiführer, die durch Schrift und Wort mißgeleitete öffentliche Meinung, das Alles, meine Herren, sind Elemente, welche stärker werden können als der Wille der Regierenden; haben wir doch erlebt, daß selbst Börseninteressen Kriege entzündeten.

Wenn nun in dieser politischer Spannung irgend ein Staat in der Lage ist, für die Fortdauer des Friedens zu wirken, so ist es Deutschland, welches nicht direkt an den Fragen betheiligt ist, welche die übrigen Mächte aufregen; Deutschland, welches seit dem Bestehen des Reiches gezeigt hat, daß es keinen seiner Nachbarn angreifen will, wenn es nicht von ihm selbst dazu gezwungen wird.

Aber, meine Herren, um diese schwierige, vielleicht undankbare Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark und kriegsgerüstet sein. Werden wir dann gegen unsern Willen in den Krieg verwickelt, so haben wir auch die Mittel, ihn zu führen. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, dann, glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher.

Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses

keine iſt, welche ungeachtet mancher verſchiedenen Anſichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche ſie nach gewiſſenhafter Erwägung von uns für die Vertheidigung nach außen fordert; nur über die Zeitdauer der Bewilligung ſind die Anſichten ſehr abweichend voneinander. Da möchte ich nun nochmals daran erinnern, daß die Armee niemals ein Proviſorium ſein kann. Die Armee iſt die vornehmſte aller Inſtitutionen in jedem Lande; denn ſie allein ermöglicht das Beſtehen aller übrigen Einrichtungen: alle politiſche und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, die Finanzen, der Staat ſtehen und fallen mit dem Heere. Meine Herren, Bewilligungen auf kurze Friſt, ſei es auf ein, ſei es auf drei Jahre, helfen uns nicht. Die Grundlage jeder tüchtigen militäriſchen Organiſation beruht auf Dauer und Stabilität; neue Kadres werden erſt wirkſam im Verlauf einer Reihe von Jahren.

Meine Herren, ich glaube, ich darf ſagen, daß heute die Augen Europas auf dieſe Verſammlung gerichtet ſind, auf die Beſchlüſſe, welche Sie in einer ſo hochwichtigen Angelegenheit faſſen werden. Ich wende mich an Ihren patriotiſchen Sinn, wenn ich Sie bitte, die Regierungsvorlage unverkürzt und unverändert anzunehmen. Zeigen Sie der Welt, daß das Volk und die Regierung einig ſind, und daß Sie, meine Herren, bereit ſind, jedes Opfer, auch das Opfer einer abweichenden Anſicht zu bringen, wenn es ſich um die Sicherung des Vaterlandes handelt!

Auf die vorſtehende Rede kommt Moltke bei der fortgeſetzten Berathung des Militärgeſetzes in der Reichstagsſitzung vom 13. Januar 1887 zurück.

Nur eine kurze Bemerkung. Es ſcheint, daß die wenigen Worte, welche ich in der Sitzung vom 11. Januar geſprochen

habe, eine verschiedene Auffassung gefunden haben. Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien hier im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Vertheidigung des Landes als nöthig verlangt, und daß sonach nur noch die Zeitfrage in Betracht komme. Diese Aeußerung gründet sich auf die Erklärung des Führers der zahlreichsten Partei im Hause, welcher erklärte, daß diese Partei bereit sei, den letzten Mann und Groschen zu bewilligen. Dann aber habe ich, nach Ausweis des stenographischen Berichts, sogleich hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf ein, auf drei Jahre uns nichts nützt, daß neue Formationen erst im langen Laufe der Jahre wirksam werden, daß die Stabilität und Dauer die Grundlage aller militärischen Organisationen bilde. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich der Ansicht bin, daß mindestens eine siebenjährige Dauer nothwendig ist.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Reichstagssitzung vom 14. Mai 1890.

Es kann Befremden erregt haben, daß neue und erhebliche Opfer für militärische Zwecke gefordert werden, eben jetzt, wo anscheinend der politische Horizont freier ist von drohenden Wolken als selbst noch kurz zuvor, und wo wir von allen auswärtigen Mächten die bestimmte Versicherung ihrer friedlichen Absichten haben. Dennoch wollen Sie mir gestatten, mit wenigen Worten auf den Grad von Sicherheit hinzuweisen, welche für uns aus diesen Umständen hervorgehen kann.

Noch unlängst, meine Herren, ist von jener Seite des Hauses, allerdings von der äußersten Linken, wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß alle unsere militärischen

Vorkehrungen nur im Intereſſe der beſitzenden Klaſſe erfolgen, und daß es die Fürſten ſind, welche die Kriege hervorrufen; ohne ſie würden die Völker in Frieden und Freundſchaft nebeneinander wohnen. Was nun vorweg die beſitzende Klaſſe betrifft, — und das iſt jedoch eine ſehr große, ſie umfaßt in gewiſſem Sinne nahezu die ganze Nation, denn wer hätte nicht etwas zu verlieren? — die beſitzende Klaſſe hat ja allerdings ein Intereſſe an allen Einrichtungen, welche Jedem ſeinen Beſitz gewährleiſten. Aber, meine Herren, die Fürſten und überhaupt die Regierungen ſind es wirklich nicht, welche in unſeren Tagen die Kriege herbeiführen. Die Zeit der Kabinetskriege liegt hinter uns, — wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg, und einen ſolchen mit allen ſeinen unabſehbaren Folgen heraufzubeſchwören, dazu wird eine irgend beſonnene Regierung ſich ſehr ſchwer entſchließen. Nein, meine Herren, die Elemente, welche den Frieden bedrohen, liegen bei den Völkern. Das ſind im Innern die Begehrlichkeit der vom Schickſal minder begünſtigten Klaſſen und ihre zeitweiſen Verſuche, durch gewaltſame Maßregeln ſchnell eine Beſſerung ihrer Lage zu erreichen, eine Beſſerung, die nur durch organiſche Geſetze und auf dem allerdings langſamen und mühevollen Wege der Arbeit herbeigeführt werden kann. Von außerhalb ſind es gewiſſe Nationalitäts- und Raſſenbeſtrebungen, überall die Unzufriedenheit mit dem Beſtehenden. Das kann jederzeit den Ausbruch eines Krieges herbeiführen, ohne den Willen der Regierungen und auch *gegen* ihren Willen; denn, meine Herren, eine Regierung, welche nicht ſtark genug iſt, um den Volksleidenſchaften und den Parteibeſtrebungen entgegenzutreten, — eine ſchwache Regierung iſt eine dauernde Kriegsgefahr. Ich glaube, daß man den Werth und den Segen einer ſtarken Regierung nicht hoch genug anſchlagen kann. Nur eine ſtarke Regierung kann heilſame Reformen durchführen, nur eine ſtarke Regierung kann den Frieden verbürgen.

Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, — wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, — und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!

Nun, meine Herren, wo es sich um so große Dinge handelt, wo es sich handelt um, was wir mit schweren Opfern erreicht haben, um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung und der Civilisation, jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben, da kann allerdings die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen, da erscheint jedes pekuniäre Opfer im voraus gerechtfertigt.

Es ist ja richtig, was hier mehrfach betont worden, daß der Krieg selbst Geld und abermals Geld fordert, und daß wir unsere Finanzen nicht vor der Zeit zu Grunde richten sollen. Ja, meine Herren, hätten wir die sehr großen Ausgaben nicht gemacht für militärische Zwecke, für welche der Patriotismus dieses Hauses und der Nation die Mittel gewährt hat, so würden allerdings unsere Finanzen heute sehr viel günstiger liegen, als es gegenwärtig der Fall ist. Aber, meine Herren, die glänzendste Finanzlage hätte nicht verhindert, daß wir bei mangelnden Widerstandsmitteln heute am Tage den Feind im Lande hätten; denn lange schon und auch jetzt noch ist es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhält. Der Feind im Lande — nun, wir haben das zu Anfang des

Jahrhunderts sechs Jahre lang getragen, und Kaiser Napoleon konnte sich rühmen, aus dem damals kleinen und armen Lande eine Milliarde herausgepreßt zu haben — der Feind im Lande würde nicht viel fragen, ob Reichsbank oder Privatbank. Sahen wir doch im Jahre 1813, als er schon im vollen Abzuge war, wie in Hamburg — damals eine französische Stadt — ein französischer Marschall zum Abschied die Hamburger Bank in die Tasche steckte. Der Feind im Lande würde schnell mit unseren Finanzen aufräumen. Nur ein waffenstarkes Deutschland hat es möglich machen können, mit seinen Verbündeten den Bruch des Friedens so lange Jahre hindurch hinzuhalten.

Meine Herren, je besser unsere Streitmacht zu Wasser und zu Lande organisirt ist, je vollständiger ausgerüstet, je bereiter für den Krieg, um so eher dürfen wir hoffen, vielleicht den Frieden noch länger zu bewahren oder aber den unvermeidlichen Kampf mit Ehren und Erfolg zu bestehen.

Meine Herren, alle Regierungen, jede in ihrem Lande, stehen Aufgaben von der höchsten sozialen Wichtigkeit gegenüber, Lebensfragen, welche der Krieg hinausschieben, aber niemals lösen kann. Ich glaube, daß alle Regierungen aufrichtig bemüht sind, den Frieden zu halten — es fragt sich nur, ob sie stark genug sein werden, um es zu können. Ich glaube, daß in allen Ländern die bei Weitem überwiegende Masse der Bevölkerung den Frieden will, nur daß nicht sie, sondern die Parteien die Entscheidung haben, welche sich an ihre Spitze gestellt haben.

Meine Herren, die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West — während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten — diese friedlichen und alle übrigen Kundgebungen sind gewiß sehr werthvoll; aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst.

Sach-Register.

A.

Abſchied, Neigung ihn zu erbitten, 1848, IV 119, 1864, VI 425.
Adel, der, in Polen, II 66 flgde.
— — der preußiſche, verarmt im Staatsdienſt, VII 83.
Albert, Kronprinz von Sachſen, Oberkommandirender der Maas-Armee, III 64.
— — in der Schlacht bei Beaumont, III 77 flgde.
— — in der Schlacht bei Sedan, III 87 flgde.
— — in der Schlacht bei Villers, III 206 flgde.
— — Brief an ihn, V 139.
Alexander II., Kaiſer von Rußland, ſein Tod, V 70.
Alſen, Schilderung des Ueberganges nach, am 29. Juni 1864, VI 402.
v. Alvensleben (III. Armee-Korps), preußiſcher General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.
— — in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 35 flgde.
— — in der Schlacht bei Beaune la Rolande, III 194 flgde.
— — bei Le Mans, III 269 flgde.
Amazone, preußiſche Korvette, Reiſe auf ihr von Civita vecchia nach Gibraltar 1846, I 196 flgde., VI 116 flgde.
Amiens, Schlacht bei, 27. November 1870, III 217 flgde.
Amſterdam, als Mittelpunkt des Welthandels, II 22.
Antwerpen, Erſtürmung und Plünderung 1577, II 13, II 19.
— — 1584/85 durch Alexander von Parma belagert, II 21.
Antwerpens Blüthe, II 17.
Araber, die, in Spanien, I 201 flgde.
Arbeit, ſchriftliche, I 249, V 277; Denkarbeit, V 278.

Armee, die, die große Erziehungsanstalt der Nation, V 186.
— — die, soll nicht ins politische Treiben gezogen werden, VII 51 flgde.
— — die, hat die Milliarden erobert, VII 68.
— — eine starke, sichert den Frieden, VII 93, 131.
— — preußische, ihre Tüchtigkeit 1850, IV 149.
— — deutsche, 1870/71, Vorbereitungen zum Kriege und erste Formation, III 6 flgde.
— — deutsche, 1870, ihre Neueintheilung am 19. August 1870, III 64.
— — deutsche, 1870, der Entschluß zum Rechtsabmarsch am 25. August, III 71.
— — deutsche, 1870, Neueintheilung nach der Kapitulation von Metz, III 164.
— — deutsche, ihr Rückmarsch aus Frankreich 1871, III 409 flgde.
— — I. und II. deutsche, 1870, Vormarsch bis Mitte November, III 176 flgde.
— — I. deutsche, 1870, ihre Operationen im Dezember, III 252 flgde.; im Januar 1871, III 304 flgde.
— — II. deutsche, Vormarsch bis Mitte November 1870, III 176 flgde.
— — II. deutsche, im November 1870, III 188.
— — II. deutsche, im Dezember 1870, III 244.
— — II. deutsche, ihr Zug nach Le Maus Januar 1871, III 269.
— — III. deutsche und Maas-Armee im Vormarsch auf Paris, September 1870, III 118 flgde.
— — deutsche Süd-, ihre Operationen im Januar 1871, III 368 flgde.
— — -Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin 1870, ihre Formation, III 185.
— — die französische, bei Ausbruch des Krieges 1870/71, III 2 flgde.
— — die französische, 1870, die Armee von Châlons vom 18. August bis 1. September, III 65 flgde.
— — die französische Loire-, 1870, ihr Vormarsch zum Entsatz von Paris Anfang Dezember, III 196 flgde.
— — die französische Ost-, 1870/71, Organisation und Abmarsch nach dem Osten, III 265 flgde.; 330 flgde.;
ihr Rückzug, III 369 flgde;
ihr Uebertritt auf Schweizer Gebiet, III 391 flgde.
— — die französische, ihre Stärke 1874, VII 110 flgde.;
der Liebling der Nation, VII 123 flgde.;
ihre Stärke 1880, VII 127.
— — die türkische, ihr Zustand 1841, II 304; 1854, IV 153.
Armenier, Begegnung mit einem, auf der Reise 1840, V 1 flgde.
Armenische Lebensweise 1836, IV 89 flgde.
Artenay, Gefecht bei, 10. Oktober 1870, III 143 flgde.
Audienz bei König Friedrich Wilhelm IV. 1855, VI 207.

Aufnahme, topographiſche, in Schleſien 1828, IV 17 flgde.
— — topographiſche, in Poſen 1829, IV 33 flgde.
— — die, des Bosporus und von Konſtantinopel 1836, I 23, IV 99.
— — die, der Umgebung von Rom 1846, I 25, 183 flgde., IV 273.
Auguſt II., Kurfürſt von Sachſen, als König von Polen, II 109.
Auguſt III., Kurfürſt von Sachſen, als König von Polen, II 110.
Auguſta, deutſche Kaiſerin und Königin von Preußen, ihr Troſt für den Verwittweten, I 158.
— — beim Tode Kaiſer Wilhelms I., V 73
— — bei der Trauung des Prinzen Heinrich, IV 319.
— — ihr Tod, V 127.
d'Aurelle de Paladines, franzöſiſcher General und Oberbefehlshaber der Loire-Armee 1870, III 195 flgde.
d'Auſtria, Don Juan, als Oberſtatthalter der Niederlande, II 13.
Mont Avron, Beſchießung des, 27. Dezember 1870, III 264.

B.

Ballhorn, Fräulein Marie, Nichte des Feldmarſchalls, Erinnerungen an ihn, V 227—232.
Balmoral und Umgegend, VI 229.
— — Vorſtellung am engliſchen Hofe zu, 1855, VI 232.
Bancroft, George, Hiſtoriker, Briefwechſel mit ihm, V 216 flgde.
— — über das Milizſyſtem nach Waſhingtons Erfahrungen, VII 112 flgde.
Bapaume, Schlacht bei, 3. Januar 1871, III 306 flgde.
Baſel, Friede zu, 1795, ein Vorwurf für Preußen, II 211.
Bauernſtand in Preußiſch-Polen, Gründung eines freien, II 155.
Baumann, Paſtor, Sekretär des Evangeliſchen Bundes, Brief an ihn, V 183.
Bauſtil, ſarazeniſcher, in Südſpanien, I 202 flgde.
— — durch die örtlichen Verhältniſſe bedingt, IV 294 flgde.
Bazaine, franzöſiſcher Marſchall, Ernennung zum Oberbefehlshaber, III 30;
— — ſeine Entſchlüſſe am 16. Auguſt 1870, III 37 flgde;
— — ſeine Pläne und Abſichten während der Einſchließung von Metz, III 102 flgde.
Beatrice, Prinzeß von Großbritannien, ihre Taufe 1857, VI 305.
Beaugency—Cravant, Schlacht bei, am 8., 9. und 10. Dezember 1870, III 235 flgde.
Beaumont, Schlacht bei, am 30. Auguſt 1871, III 76 flgde.
Beaune la Rolande, Schlacht bei, am 28. November 1870, III 191 flgde.

Befreiungskriege, die, und ihre Folgen, II 219.
Belfort, Einſchließung und Belagerung 1870/71, III 222; 326 flgde.; 396 flgde.
Belgien, die politiſche Lage im Herbſt 1830, IV 48.
— — und Holland in gegenſeitiger Beziehung, Arbeit an dieſer Schrift 1830, IV 48 flgde.; ihr Erſcheinen 1831, IV 51; ihr Abſatz 1831, IV 54.
Belgiens Vereinigung mit Frankreich 1793, II 53.
Bellevue, Ausfall gegen, vor Metz, 7. Oktober 1870, III 160.
Beredſamkeit, V 218. 291.
Berlin, Wohnung 1829, IV 38.
— — Gefühl der Einſamkeit in der Großſtadt 1830, IV 38.
— — das Muſeum 1831, IV 243 flgde.
— — Wohnung am Leipziger Platz 1840, IV 110.
— — Freundeskreis 1841, VI 39.
— — Verſetzung nach, 1848, VI 161.
— — unerträglich 1848, IV 124.
— — im Jahre 1854, VI 198.
— — das neue Muſeum 1854, VI 199.
— — Entwicklung der Stadt 1855, IV 159, 282 flgde.
— — Wohnung in der Schöneberger Straße 1855, IV 159.
— — ſein verändertes Ausſehen 1856, IV 287.
— — Einzugsfeierlichkeiten 1871, V 98.
— — Moltke als Reichstagsabgeordneter nicht gewählt, IV 184.
— — Opernhaus, Redoute im, 1842, VI 65.
— — — Brand 1843, VI 79.
— — — 100jährige Geburtstagsfeier, VI 45.
Berufswahl, Militär- oder Civilkarriere? V 114 flgde.
Bethuſy-Huc, Graf v., auf Bankau, Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 294 flgde.
— — Graf Eduard, aus Briefen an ihn, V 162 flgde.
Betrachtungen über die Welt, VI 8.
Biographien von Lebenden nur Lobpreiſungen, V 223.
Bismarck, Fürſt, Ne sutor ultra crepidam, V 267.
— — die Cigarre von Königgrätz, III 423.
v. Blume, General: vom Generalſtabe des großen Hauptquartiers im Kriege 1870/71, V 279—286.
Blumenfreund, VI 32.
Bluntſchli, Profeſſor, Briefwechſel mit ihm über Krieg und Völkerrecht, V 193 flgde.
Borgen, über das, nach Polonius, V 120.
v. Boſe, preußiſcher General, in der Schlacht bei Wörth, III 16 flgde.
Bosporus, am, 1835, IV 86 flgde.

Bosporus, am 1836, IV 89 flgde.
— — Aufnahme der Ufer 1836, IV 98 flgde.
Boulanger, im April 1887, V 124.
Bourbaki, franzöſiſcher General, ſeine Verhandlungen mit der Kaiſerin Eugenie in London, III 157.
— — Oberbefehlshaber der Oſtarmee 1870/71, III 265 flgde., 326 flgde.
— — in der Schlacht an der Liſaine, III 339 flgde.
— — ſein Selbſtmordverſuch, III 383.
Le Bourget, Erſtürmung von, 30. Oktober 1870, III 154 flgde.
— — Kampf um, am 21. Dezember 1870, III 260 flgde.
Bravſte der Braven, der, V 276.
Braunſchweig, Herzog von, als Führer der preußiſchen Expedition 1787 in den Niederlanden, II 41.
Braut, die und ihr Tagewerk, VI 5.
— — ihr Bildniß, VI 41.
v. Bredow, preußiſcher General, Attacke mit der 12. Kavalleriebrigade in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 40.
Breiſach, Einnahme von, 10. November 1870, III 173.
Breslau, Aufenthalt in, 1857, VI 280.
Briefe, Schloß des Grafen Kospoth, und ſeine Bewohner, 1828, IV 22 flgde., 231 flgde.
— — ein Sonnenblick an einem finſtern Tage, IV 25.
— — Beſuch 1835, IV 82.
— — Erinnerung an, V 252 flgde.
Brüſſel, Volksaufläufe in, 1791, II 51.
Bukareſt, Aufenthalt in, 1845, I 135 flgde.
v. Burt, Henry, Major, Sohn von Auguſte v. Moltke, Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 232—238. Briefe an ihn, VI 387 flgde., VI 521 flgde.
Burt, John, H., Vater der Gemahlin, ſein Tod 1856, VI 275

C.

Cadix, Aufenthalt in, 1846, VI 124.
Campagna, die, di Roma im Alterthum, I 169.
— — im Mittelalter und in neuerer Zeit, I 170 flgde.
— — ihre Aufnahme, I 184 flgde.
— — Karte der Aufnahme, IV 273, 280 flgde., 285.
— — literariſcher Wegweiſer zur Karte, IV 280, 282 flgde.
Capri und die blaue Grotte 1876, V 56 flgde.
Carl, Prinz von Preußen, als kommandirender General des IV. Armeekorps, IV 110.

Canrobert, franzöſiſcher Marſchall, in der Schlacht bei St. Privat, III 61.
Caſimir der Große und ſeine die polniſchen Bauern betreffenden Verfügungen, II 92.
Chanzy, franzöſiſcher General, Oberbefehlshaber der Loire-Armee 1870/71, III 234.
— — in der Schlacht bei Beaugency—Cravant, III 235 flgde.
— — ſein Plan zum Entſatz von Paris, III 267.
— — bei Le Mans, III 269 flgde.
Charakter, eigener, und der Braut, VI 57.
Châteaudun, Erſtürmung von, 18. Oktober 1870, III 149 flgde.
Chef des Generalſtabes der Armee und Kriegsminiſter, ihre Wirkungskreiſe im Kriege und im Frieden, III 423.
— — Ernennung zum, des Generalſtabes der Armee 1858, VI 365.
— — des Generalſtabes der mobilen Armee 1864, VI 394 flgde.
— — des Generalſtabes der Armee, ſein Vortrag beim Könige während der Kriege 1866 und 1870/71, III 428, V 282, 298.
Civita vecchia, in, Trennung von der Frau 1846, VI 116, 117.
Claremont, Beſuch in, bei der franzöſiſchen Königsfamilie 1857, VI 309.
Clinchant, franzöſiſcher General, Oberbefehlshaber der Südarmee 1871, III 383 flgde.
Colombey—Nouilly, Schlacht bei, 14. Auguſt 1870, III 30 flgde.
Cordova, Aufenthalt in, 1846, I 211 flgde.
Coriolan und ſeine That, I 181 flgde.
Corvey, Abtei und ihre Lage, VI 23.
Coulmiers, Treffen bei, 9. November 1870, III 180.
Creiſau, Ankauf von, I 225.
— — Ankauf und erſte Eindrücke, V 79 flgde.
— — der Familie gewonnen, V 89.
— — Freude an, IV 311 flgde.
— — Stilleben in, I 223—259.
— — erſte Ernte in, IV 188 flgde.
— — die Gruftkapelle, I 231, IV 188 flgde.
— — -- Sehnſucht nach, und dem Kapellenberge 1870, IV 203.
— — nach dem Kriege 1871, I 237.
— — Forellenzucht in, I 241 flgde.
— — Parkanlagen in, I 245 flgde.

D.

Dänemark und ſeine übertriebenen Anſprüche 1864, IV 298 flgde.
Danzig, einzige Handelsſtadt Polens, II 98.
— — und ſeine Bauwerke 1860, VI 369.

Darſtellung der inneren Verhältniſſe und des geſellſchaftlichen Zuſtandes in Polen (Aufſatz), II 61—170.
Deklamation, Begabung für, I 249, V 246.
Demobilmachung der Armee 1851, VI 191.
Demokratie 1848/49, IV 275.
Denkmal in Parchim, ſeine Enthüllung 1876, IV 308 flgde.
Deſſau, in, mit dem mobilen Generalkommando des IV. Armeekorps 1850, VI 181.
Deutſche, der, beſitzt ſchwaches Nationalgefühl, VII 17.
— — Einheit, durch Kaiſer Wilhelm, Roon und Bismarck erkämpft, V 206.
— — Küſten, ihre Bereiſung mit der Bundeskommiſſion 1860, VI 370 flgde.
— — Nation, ihre Kläglichkeit 1851, IV 149.
Deutſchen, die, als Herren der Welt am Schluſſe der Völkerwanderung, II 179.
— — die, und deren Betheiligung an der franzöſiſchen Revolution, II 209.
Deutſcher Orden, ſeine Thätigkeit in Preußen, IV 157 flgde.
— — ſeine Bedeutung, VI 366.
Deutſchland, Trennung von Frankreich unter den Karolingern, II 178.
— — politiſche Grenze im 13. Jahrhundert, II 180.
— — Zerrüttung nach dem 30jährigen Kriege, II 187.
— — und ſeine Entartung durch franzöſiſchen Einfluß, II 200.
— — von der Einigkeit 1848 weit entfernt, IV 121.
— — Möglichkeit eines einigen, (Ende März 1848), VI 159.
— — ſeine Lage 1854, IV 153.
— — ſeine Lage am Schluſſe des italieniſchen Krieges 1859, IV 163 flgde.
— — nach dem Kriege 1866, IV 183.
— — ſeine Lage vor Beginn des Krieges 1870/71, III 5 flgde.
— — ſeine Einigkeit von Preußen nur durch Zwang hergeſtellt, VII 13.
— — das geeinte, die ſicherſte Friedensbürgſchaft, V 217.
— — hat nur an Achtung, nicht an Liebe gewonnen, VII 109.
— — ein ſtarkes, die ſicherſte Friedensbürgſchaft, V 217.
— — ein ſtarkes, der beſte Friedenshort, VII 49 flgde., VII 117 flgde.
— — ſeine nationale Eintracht als Schutz nach außen, II 227.
— — will keine Eroberungen machen, VII 16.
— — ein Emporkömmling in der europäiſchen Staatenfamilie, V 210.
— — durch ſeine geographiſche Lage militäriſch gefährdet, VII 126.
— — und Frankreich nach 1815, II 221 flgde.
— — und Frankreich 1877, VII 120 flgde.
— — und Frankreich, ihre Ausſöhnung, V 213.
— — und ſeine germaniſchen Nachbarn (Aufſatz), II 46.
— — und Paläſtin. 1841, II 279—288.

Dichtkunſt, Verſuche in der, I 250 flgde., IV 25, 233, 241.
Diedenhofen, Einnahme von, 24. November 1870, III 221.
Dienſtzeit, zweijährige oder dreijährige, VII 96 flgde., 118, 125 flgde., 133.
Dietrich, Ammeiſter in Straßburg, ein deutſcher Patriot, II 194.
Dijon, Gefechte bei, 21. und 23. Januar 1871, III 373 flgde.
Disziplin, die Seele der Armee, VII 69 flgde.
Diviſionsſchule, Lehrer an der, 1828, IV 13, 17.
Doberan, in, mit Prinz Carl 1845, VI 74.
v. Doering, preußiſcher General, ſein Tod in der Schlacht bei Vionville, III 36.
Donau, ihre geographiſche und politiſche Wichtigkeit, II 315.
— — Lauf und Mündung, II 314—320.
— — Dampferfahrt auf der, 1835, I 105 flgde.
— — das eiſerne Thor, I 120 flgde.
— — Reſte römiſcher Bauten an der, I 121 flgde.
— — die Brücke und die Tafel des Trajan, I 129 flgde.
Donau-Dampfſchifffahrt 1844, II 316.
Donaukanal in der Richtung des Trajanswalles, Schwierigkeiten ſeiner Anlage 1844, II 317.
Douay (Abel), franzöſiſcher General, fällt bei Weißenburg, III 13.
Drawing-Room im St. James-Palaſt 1856, VI 252.
Drummond und ſeine Schrift: das Beſte in der Welt, VI 539.
Ducrot, franzöſiſcher General, Oberbefehlshaber in der Schlacht bei Sedan, III 88.
— — Befehlshaber der II. Pariſer Armee 1870/71, III 203.
— — in der Schlacht bei Villers, III 206 flgde.
Düppeler Schanzen, die Nachricht von ihrer Erſtürmung in Berlin, VI 392.

E.

Edikt, das ewige, II 13/14;
das preußiſche, vom 14./9. 1811, II 153.
Edinburgh, Aufenthalt in, 1855, VI 227.
Graf v. Egloffſtein, Briefwechſel mit ihm, V 214 flgde.
Ehe, über die, IV 62, 63.
Ehrenbürgerrecht in verſchiedenen Städten, I 328.
Einheitszeit, ihre Vortheile, VII 38 flgde.
Eiſenbahn, im Verwaltungsrath der Berlin-Hamburger, IV 255; VI 11, 13.
— — Möglichkeit einer, in der Richtung des Trajanswalles 1844, II 319.

Eisenbahnen, Welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von, in Betracht? (Aufsatz), II 229—274.
— — Anlage und Bau von, II 237.
— — Berücksichtigung des Terrains bei Anlage von, II 253.
— — Bau- und Betriebskosten der, II 261.
— — Anlage der Kurven bei den, II 263.
— — ihre Nothwendigkeit 1843, II 274.
— — ihr Nutzen, II 235.
— — Personen- und Güterverkehr, II 257.
— — über ihre Steigungsverhältnisse, V 147 flgde.
— — in Deutschland 1843, II 273.
— — in England 1843, II. 273.
— — und Mobilmachung, VII 33 flgde.
— — ihre Verstaatlichung wünschenswerth im militärischen Interesse, VII 36 flgde.
Eisenbahnlinien, Richtung der, II 269.
Eisenbahnwagen, Konstruktion der, II 238.
Elsaß, das, als Beute Frankreichs, II 187.
England, Reise nach, 1855, VI 222 flgde.
— — Reise nach, 1856, VI 239 flgde.
— — Reise nach, im Juni 1857, VI 295 flgde.
— — Reise nach, 1858, zur Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm VI, 353 flgde.
Engländer, ihre Selbstzucht und Ordnungsliebe, VI 324.
Englische Hof, der, VI 229.
Enttäuschungen des jungen Autors, II 3, 4
Epsom, die Rennen von, VI 249 flgde.
Erfurt und seine Umgebung 1843, VI 88.
Erziehung zur Wehrhaftigkeit, über, V 184;
durch körperliche Entwickelung, V 186.
— — strenge und falsche in der eigenen Jugendzeit, I 21, IV 237, V 232 flgde.

F.

Faidherbe, französischer General und Oberkommandirender der Nordarmee im Kampfe gegen die I. deutsche Armee 1870/71, III 215 flgde., 252 flgde., 304 flgde.
— — in der Schlacht bei St. Quentin, III 317 flgde.
Favre, Jules, Verhandlungen mit ihm im September 1870, III 127 flgde.
— — französischer General, in der Schlacht bei Amiens, III 217.
Feldzugsplan, französischer, 1870, III 3 flgde.
La Fère, Einnahme von, 27. November 1870, III 221.

Fidenae, ſeine Lage und Eroberung durch die Römer, I 172—178.
Fiſchbach, 1846 Beſuch beim Prinzen Wilhelm, Oheim König Friedrich Wilhelms IV., VI 113.
Fiſcher, preußiſcher General, ſein Kommando nach der Türkei, V 140 flgde.
— — Briefe an ihn, V 143—155.
— — aus Briefen von Vincke an ihn, V 156—160.
— — ſein Tod 1857, VI 289.
Flattery, über, IV 239.
Flensburg, im Hauptquartier zu, Februar 1864, VI 386 flgde., 422 flgde.
Foſſa Cluilia, Lage und Zweck, I 178—183.
v. François, preußiſcher General, ſein Tod in der Schlacht bei Spicheren, III 22.
Frankfurt a. M., in, 1863 zu den Berathungen der Kommiſſion über Ausführung der Bundesexekution gegen Dänemark, VI 384 flgde.
Frankreich, das weſtliche, in der Gewalt der Muhammedaner, II 178.
— — im Kampfe mit Italien im 16. Jahrhundert, II 184.
— — Einmiſchung in die deutſche Reformation, II 184.
— — im dreißigjährigen Kriege, II 186.
— — Umgeſtaltung unter Ludwig XIV., II 188.
— — und die den Deutſchen entriſſenen Länder, II 199.
— — Eroberungspolitik während der Revolution, II 210.
— — Kriegsgelüſte 1830, II 224.
— — und ſeine Anſprüche an die Rheingrenze, II 124, 175.
— — ſeine politiſche Lage im Herbſt 1830, IV 47.
— — im Frühjahr 1850, IV 140.
— — la France s'ennuye! 1868, V 87.
— — ſeine Lage im Herbſt 1870, IV 204 flgde.
— — die Energie ſeiner Rüſtungen ſeit 1871, VII 122 flgde.
Franz II., König von Neapel, Begegnung mit ihm 1872, V 46.
Franzöſiſche Moden in Deutſchland, II 201.
Franzoſen, Alleinherrſchaft ihrer Bildung, II 206.
Frasne, Gefecht bei, am 30. Januar 1871, III 389.
Frauen, über politiſche Meinungen der, VI 173.
Fremdſprachen, Studium der, IV 29.
— — die engliſche und deutſche Sprache miteinander verglichen, IV 247.
— — Schwierigkeit des Ueberſetzens aus dem Engliſchen, IV 252.
Freycinet, franzöſiſcher Kriegsdelegirter, III 113.
— — ſein Plan zur Verwendung der Oſtarmee, III 330 flgde.
Fridericia, Ausfall aus, 1849, IV 131 flgde.
Friede, der ewige, ein Traum, V 194.
— — allgemeiner europäiſcher, nicht unmöglich (1841), II 286.
Friedland, Schloß in Böhmen, Beſuch, IV 80 flgde.

Friedrich II., König von Preußen und seine Stellung zum Franzosenthum, II 204.
Friedrich III., Deutscher Kaiser, König von Preußen, seine Liebenswürdigkeit, IV 158.
— — Kommando zu ihm als Adjutant, V 153.
— — sein Aufenthalt in Breslau 1857, VI 279 flgde.
— — seine Vermählung 1858, VI 356 flgde.
— — als Oberbefehlshaber der III. Armee 1870/71, III 7.
— — sein Regierungsantritt, V 125.
— — seine Leiden und heldenmüthige Ergebung, IV 319.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen, auf der Generalstabsreise 1854, VI 201.
— — Oberbefehlshaber der II. Armee 1870/71, III 7.
— — in der Schlacht bei Vionville — Mars la Tour, III 45 flgde.
— — in der Schlacht bei Gravelotte — St. Privat, III 51 flgde.
— — und die II. deutsche Armee in der zweiten Hälfte des November 1870, III 188 flgde.;
in der Schlacht bei Orléans, III 223;
in der Schlacht bei Beaugency — Cravant, III 243 flgde.;
sein Vormarsch auf Le Mans, Januar 1871, III 269 flgde.
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg und sein Verhalten gegen Frankreich, II 191.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, seine erhabene Stellung in Europa 1830, IV 48.
— — lobende Kabinetsordre für eine Arbeit Moltkes 1835, IV 76.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, seine Krankheit 1857, IV 162, VI 351.
— — seine Anerkennung der Karte der Contorni di Roma, I 187.
Frossard, französischer General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.

G.

Galizien, Aufhebung der Leibeigenschaft in, II 150.
Gallien unter römischer Herrschaft, II 176.
— — unter germanischer Herrschaft, II 177.
Gambetta, Beurtheilung seiner Thätigkeit, III 113 flgde., 137.
— — die von ihm angeordneten Rüstungen III, 177.
Gastein, Wildbad, und seine Umgebung 1859, IV 290 flgde.
— — ungünstige Reise nach, 1880, V 61.
Geburtstag, die Feier des neunzigsten, I 297—318.
Gedenktage der militärischen Laufbahn, I 319—328.
Gefallenen, die, von 1870/71, Anerkennung ihrer Thaten, IV 309.

Geld, über ſeine richtige Verwendung, V 133.
Geldſorgen, IV 11, 13, 18, 26, 38.
— — wegen Anſchaffung des erſten Pferdes, IV 56.
— — wegen Anſchaffung des zweiten Pferdes, IV 60 flgde.
Generalmajor, Beförderung zum, 1856, VI 275.
Generalſtab, Hoffnung, zu ſeinen Arbeiten einberufen zu werden, 1828, IV 13;
— — erfolgte Einberufung zum topographiſchen Bureau, 1828, IV 16.
— — Thätigkeit und Studien in den Wintermonaten 1828/29, IV 28 flgde.
— — weiteres Kommando zum topographiſchen Bureau 1831, IV 53.
— — Verſetzung in den, als Premierlieutenant, 1833, IV 68.
— — bei dem, des IV. Armeekorps, 1840, IV 110, V 259.
— — Chef des, der Armee, 1857, IV 163.
— — der große, im Kriege 1870/71, V 279—286.
Generalſtabsreiſe, nach Thüringen 1830, IV 44 flgde.
— — nach der Lauſitz 1833, IV 70.
— — nach Schleſien und an die böhmiſche Grenze 1835, IV 79 flgde.
— — in die Lauſitz 1854, VI 200 flgde.
— — in den Harz 1855, VI 212.
— — in Thüringen 1857, VI 349.
— — nach Schleſien 1867, V 79.
— — nach Schleſien und Sachſen 1869, IV 192—193.
— — in das Elſaß 1872, V 46, 1879, V 69.
— — letzte, 1881, V 289 flgde.
Genter Pacifikation, 1576, II 12.
Genua, Aufenthalt in, 1840, V 20 flgde.
Germanen, ihr Einfluß auf die Sitten der Gallier, II 177.
Geſellſchaft, über den Verkehr in der, VII 62.
— — Leben in der, Berlin 1833, IV 67.
— — in Creiſau, I 239 flgde.
Gibbon, Ueberſetzung ſeines Werkes: „Verfall und Untergang des Römiſchen Reichs", IV 59, 69, 70, 73, 78, 247 flgde.
Gibraltar, ſeine Lage, ſeine Bewohner, 1846, I 199 flgde., VI 123.
Gitſchin, im Hauptquartier 2. Juli 1866, VI 444.
Glienicke und der Glienicker Park, VI 16.
v. Gliszczinski, General, Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 258 flgde.
v. Goeben, preußiſcher General, in der Schlacht bei Spicheren, III 20 flgde.
— — in der Schlacht bei Bapaume, III 306 flgde.
— — Oberbefehlshaber der I. Armee, 7. Januar 1871, III 312 flgde.
— — in der Schlacht bei St. Quentin, III 317.

Goethe, Johann Wolfgang v., Theilnahmlosigkeit an den Geschicken Deutschlands, II 204.
v. d. Goltz, preußischer General, sein Angriff mit der 26. Infanterie-Brigade am 14. August 1870
St. Gotthard, über den, 1840, V 11 flgde.
Gottvertrauen, der Herr ist stark in dem Schwachen, IV 217, V 45, 65, 214, 173.
Goubareff, Herr, Briefwechsel mit ihm über die Idee des ewigen Friedens, V 197 flgde.
Gravelotte—St. Privat, Schlacht bei, Entschluß zum Angriff am 17. August 1870, III 48.
— — Schlacht bei, III 49 flgde.
— — Schlacht bei, Rath des Chefs des Generalstabes der Armee zum Eingreifen des II. Armeekorps, III 58.
Grenzfrage, die westliche, II 171—228.
Griechenlands Götter im modernen Berlin, 1831, IV 245.
Grundbesitz, Wunsch, ihn zu erwerben, I 223, IV 120, VI 94.
— — sein geringer Ertrag, V 83 flgde.
— — seine große Sicherheit, V 83 flgde.
Güterverkehr bei den Eisenbahnen als Grundlage des Betriebes, II 257.
Gustav Adolf, König von Schweden, seine Pläne und deren Bedeutung, II 186.
Gutsherr, der, von Creisau, I 227 flgde.

H.

Hafisz Pascha, seine Würdigung der Verdienste Moltkes in der Türkei, I 141 flgde.
Hahn, Dr. Ludwig, Brief an ihn, die deutsche Einheit betreffend, V 206.
Hallue, Schlacht an der, 23. und 24. Dezember 1870, III 254 flgde.
Hamburg, Geldkrisis 1857, IV 160 flgde.
— — -Berliner Eisenbahn, IV 255.
v. Hartmann, General, Brief an ihn über Krieg und Völkerrecht, V 191
Harzreise 1841, VI 25.
Hauptquartier, das große, seine Unterbringung 1870/71, III 81, 82.
— — im Generalstabe des großen, 1870/71, V 272 flgde., 279—289.
v. Hegermann-Lindencrone, dänischer Generallieutenant, ein Jugendfreund, I 316 flgde.
— — Seine Erinnerungen an den Feldmarschall, V 239 flgde.
Heimath, Besuch in der, 1830, IV 39, 240.
Heine, Heinrich, über seine Reisebilder 1829, IV 239.

Heinrich, Prinz von Preußen, Bruder König Friedrich Wilhelms III, Kommando als Adjutant zu ihm in Rom, VI 258 flgde.
— — Ueberführung der Leiche von Rom nach Berlin, VI 112 flgde.
— — ſeine Beiſetzung, VI 135.
— — Prinz von Preußen, Bruder Kaiſer Wilhelms II., ſeine Vermählung, IV 317.
Heinrich II., König von Frankreich, raubt Metz, Toul und Verdun, II 185.
Helgoland, Rückreiſe von, 1841, III 20, 21.
Hochkirche, die, in England, ein Kompromiß, VI 311.
Hohenſtaufen, Deutſchland unter den, II 182.
Holländiſche Seemacht, ihre Entfaltung, II 23.
Holland und Belgien in gegenſeitiger Beziehung ſeit ihrer Trennung unter Philipp II. bis zu ihrer Wiedervereinigung unter Wilhelm I., II 1—60.
— — unter franzöſiſcher Herrſchaft II 53.
Holſtein und die politiſche Lage 1851, VI 186.
Holſtein-Beck, Herzog zu, ſeine Anerkennung der Thätigkeit Moltkes als däniſcher Offizier, I 34.
Horſens, im Hauptquartier zu, Mai 1864, VI 396 flgde.
Hünengrab, das geöffnete, ein Scherz, VI 415 flgde.
v. Humboldt, Alexander, Briefwechſel mit ihm, I 183—195.

J.

Idſtedt, Schlacht bei, 1850, IV 146, VI 184.
Jenſeitiges Leben, merkwürdige Umrangirung im, V 174.
— — Sehnſucht danach, IV 318, VI 485.
Invaliden, ihre Verſorgung durch kleinen Grundbeſitz, V 188.
Invalidenhäuſer, ihre Nachtheile, V 188.
Italiener, abfällige Beurtheilung der, 1840, V 22 flgde.
— — ihre Fröhlichkeit und Anſpruchsloſigkeit, IV 315.
Jagellonen, die, II 81 flgde.
Johanniter-Orden, Verleihung des, 1835, IV 74.
Joſeph II., Kaiſer, und ſeine Reformen in den Erblanden, II 43.
— — Fürſorge für die Juden, II 149.
Journaliſtiſche Thätigkeit, IV 242, 256.
Juden, Charakteriſtik und Geſchichte der, II 100.
— — die, in Polen, nach dem Urtheil von Reiſenden und Schriftſtellern, II 148.
— — Verbreitung in den polniſchen Landestheilen, II 144.
— — die, im Militärdienſt, II 149.

Jülich, die Belagerungsübung bei, 1860, VI 376.
Jus, über das Studium des, IV 231 flgde.
Jugendzeit, aus der, V 233, 241 flgde.

K.

Kadettenkorps, däniſches, Abgangszeugniſſe 1818/19, I 31 flgde.
v. Kamecke, Major, Erinnerung an den Feldmarſchall, V 254.
Kameradſchaft und Kaſtengeiſt, VII 80 flgde.
Kanäle, Vortheile und Nachtheile der, im Binnenlande, VII 28 flgde.
Kant und ſeine Ausſprüche über die Bedeutung des Krieges, Einverſtändniß damit, V 201 flgde.
Karl der Kahle, König von Frankreich, II 178.
— — der Kühne, Herzog von Burgund, II 183.
Karl V., deutſcher Kaiſer und ſeine Stellung zu Frankreich, II 184.
Karte der Grenzen von Holland und Belgien, im Buchhandel erſchienen 1832, IV 58.
Kaſinos der Offiziere, ihr Nutzen, VII 81 flgde.
Katharina II. von Rußland und ihr Verhalten Polen gegenüber, II 124.
Katholizismus, über den, IV 42 flgde.
— — ſein Nimbus, IV 307.
Kenilworth, Schloß in England, Beſuch, VI 233.
Kinder, Liebe für, V 230, 301.
v. Kirchbach, preußiſcher General, bei Weißenburg verwundet, III 13.
— — in der Schlacht bei Wörth, III 14 flgde.
Kleinaſien, Reiſe in, mit Hafisz Paſcha 1838, V 31 flgde.
Koblenz, im Heim zu, VI 155.
Königer, heſſiſcher Hauptmann, ſein Tod im Gefecht bei Laufach 1866, V 214.
Königgrätz, Schlacht bei, 3. Juli 1866, III 417 flgde.
— — perſönliche Erlebniſſe in der Schlacht bei, III 431 flgde.
— — die Cigarre des Grafen Bismarck, III 423.
— — Schilderung der Schlacht bei, VI 446 flgde.
— — das Schlachtfeld von, VI 448 flgde.
Königsberg, Reiſe nach, 1855, VI 209.
Körber, Major, ſeine Thätigkeit in der Schlacht bei Vionville — Mars la Tour, III 35.
Köſen, das Bad und ſeine Umgebung 1843, VI 85.
Konföderation in Polen, deren Recht, II 71.
Konſerven als Verpflegungsgegenſtand der Truppen, VII 66.
Konſtantinopel, Kommando nach, 1835, IV 94.
— — Tagebuch der Reiſe nach, 1835, I 103—139.

Konſtantinopel, Leben in, 1836, IV 95.
— — Winter in, 1837, IV 102 flgde.
— — Aufnahme von, 1837, IV 102 flgde.
Konvokations-Reichstag 1764, II 179.
Kopenhagen, in, 1844, VI 107.
Graf Kospoth und ſeine Familie auf Schloß Brieſe bei Oels 1828, IV 23 flgde., 231 flgde.
— — die Schaukel, ein Räthſel in Verſen, IV 233.
v. Krauſeneck, General und Chef des Generalſtabes der Armee, ſeine Werthſchätzung Moltkes, I 139, V 255.
Krieg, der, entfaltet menſchliche Tugenden, V 194.
— — der, ein gerechtfertigtes Mittel, die Ehre des Staates zu behaupten, V 200.
— — der, nicht in theoretiſche Feſſeln zu ſchlagen, V 192.
— — das Wahrſcheinliche im, III 70.
— — jeder, ein nationales Unglück, V 193.
— — der, in Gottes Weltordnung begründet, V 191.
— — der, als Förderer der moraliſchen Energie, II 288.
— — der, und ſeine Schrecken, VI 448.
— — der nächſte, und ſeine Dauer (1890), VII 139.
— — türkiſch-ruſſiſcher, 1828, ſeine Geſchichte, IV 256.
— — Ausſichten darauf 1831, IV 51.
— — der, in Schleswig-Holſtein 1848—1850, IV 122 flgde.
— — der, in Schleswig-Holſtein und die ſtrategiſche Lage im Frühjahr 1850, IV 140 flgde.
— — Ausſichten darauf im Spätherbſt 1850, IV 148.
— — Krimkrieg, IV 153 flgde., 159 flgde.
— — — die militäriſche und politiſche Lage Ende 1854, V 149 flgde.;
die Lage vor Sewaſtopol Mai 1855, V 152;
die Lage vor Sewaſtopol November 1855, V 154.
— — der, 1864, IV 177 flgde., 297 flgde., VI 386 flgde.
— — der, 1866, IV 181 flgde., VI 444 flgde;
ein Krieg für die Machtſtellung Preußens, III 426;
der Aufmarſch der preußiſchen Armee zu Beginn des Krieges, I 28 flgde., V 162;
ſeine Erfolge, V 163.
— — der, gegen Frankreich 1870/71, bei ſeinem Ausbruch in Creiſau, I 233;
ſein Beginn, IV 195;
Nachrichten aus dem, Oktober 1870, IV 200 flgde.;
ſeine Ergebniſſe, III 412.
Kriege, ihre größere Seltenheit in der Neuzeit, II 287.

Kriege, die, der Gegenwart, ihre Urſachen, III 1 flgde., V 200 flgde., VII 126 flgde., 135 flgde., 138 flgde.
Kriegführung, humane, durch die allgemeine Wehrpflicht begünſtigt, V 195.
Kriegsgefahr, die in einer ſchwachen Regierung liegende, VII 138.
Kriegsgefangene, ihre Behandlung, V 190.
Kriegsgeſchichte, Art ſie zu bearbeiten, V 277 flgde.
Kriegsherren, der Feldmarſchall und ſeine, I 260—296.
Kriegsrath, über den angeblichen, in den Kriegen König Wilhelms I., III 417 flgde.
— — der, von Königgrätz, III 419 flgde.
— — der, zu Verſailles, in Verſen beſungen, III 427.
Kriegsſchule, allgemeine (Kriegsakademie), Zeugniſſe 1823/24 und 1826, I 38.
— — Auf der, V 258 flgde.
v. Kulmiz, Dr., Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 300.
— — Frau Marie, geb. v. Moltke, Tochter Adolfs, aus Briefen an ſie, V 134 flgde.
Kurden, Land und Volk der, II 288—298.
Kurdiſtan, geographiſche Lage von, II 290.
Kynaſt, Burg, Beſuch, 1828, IV 22.

L.

L'Admirault, franzöſiſcher General, in der Schlacht bei Colombey—Nouilly, III 31 flgde.
Laue, Hauptmann, ſein Antheil an der Erſtürmung von Sayda 1840, V 9.
Laufen und der Rheinfall, Beſuch 1840, V 7.
Lebenstag, der letzte, I 327—335.
Lektüre, bevorzugte, I 248 flgde., V 187.
Leopold I., deutſcher Kaiſer, II 190.
Leopold II., Kaiſer von Oeſterreich, II 49.
Leſſing, ſein Weltbürgerthum, II 204.
Liberum veto, Recht des, bei den Polen, II 67.
Lieblingsſprüche aus der heiligen Schrift, I 336.
Liſaine, Schlacht an der, 15., 16. und 17. Januar 1871, III 339 flgde.
Literatur, die deutſche, unter franzöſiſchem Einfluß, II 202.
Loigny-Poupry, Schlacht bei, am 2. Dezember 1870, III 198 flgde.
Lokomotive und Lebensweg, V 118.
— — Beſchreibung und Leiſtungen, II 239—252.
London, in, 1855, VI 225 flgde.

London, in, 1856, VI 241 flgde., 1857, VI 297 flgde., 1858, VI 353 flgde.
— — in, zur Beiſetzung des Prinz-Gemahls 1861, IV 168 flgde.
— — Wohnhäuſer, VI 315.
Lothringen fällt an Frankreich, II 198.
Ludwig der Deutſche, Kaiſer, II 178.
— — der Bayer, Kaiſer, II 183.
— — XIV., König von Frankreich, und ſeine Eroberungspolitik, II 188.
— — ſeine vermeintlichen Anſprüche auf die ſpaniſchen Niederlande, II 33.
— — Verhandlungen wegen Theilung der ſpaniſchen Niederlande, II 27.
— — trachtet nach der deutſchen Kaiſerkrone, II 189.
Lübeck, ſeine reizende Lage, VI 380.
Luther und ſeine Lehre, VI 90.
Luxemburg, ſeine ſchöne Lage, 1847, VI 145.

M.

Mac Mahon, franzöſiſcher Marſchall, in der Schlacht bei Wörth, III 14 flgde.;
— — Oberbefehlshaber der Armee von Châlons, III 20 flgde.
— — ſeine Verwundung in der Schlacht bei Sedan, III 87.
Madrid, Aufenthalt in, 1846, I 213 flgde.
v. Magnus, Freiherr, Erinnerung an den Feldmarſchall, V 302 flgde.
Mailand, Reiſe nach, mit Kaiſer Wilhelm I. 1875, V 48 flgde.
Malen und Zeichnen, Verſuche und Studien, IV 5, IV 27 flgde., I 254 flgde., V 292 flgde.
— — Zeichnung des Zimmers in Bujukdéré 1837, IV 101.
Malmaiſon, Ausfall gegen, vor Paris, 21. Oktober 1870, III 151.
Mancheſter, Ausſtellung engliſcher Kunſtſchätze 1857, VI 321 flgde.
Manöver, 1841, VI 35, 1843. VI 92, 1844, VI 103 flgde., 1856, VI 340 flgde., 1858 in Schleſien, VI 362 flgde., 1860 am Rhein, VI 376 flgde.
Le Mans, der Zug auf, Januar 1871, III 269 flgde.
Frhr. v. Manteuffel, preußiſcher General, in der Schlacht bei Colombey—Nouilly, III 30.
— — in der Schlacht bei Noiſſeville, III 105.
— — Oberbefehlshaber der I. deutſchen Armee nach der Kapitulation von Metz, III 164.
— — in der Schlacht an der Hallue, III 255 flgde.
— — Oberbefehlshaber der Süd-Armee, III 332.
— — ſeine Operationen im Januar und Februar 1871, III 368 flgde.

Frhr. v. Manteuffel, preußiſcher General, Ungerechte Beurtheilung ſeiner Leiſtungen durch die öffentliche Meinung, IV 309, V 216.
— — ſeine Verdienſte um die deutſche Okkupationsarmee in Frankreich, VII 66 flgde.
— — „Warum ſpricht der Mann?" V 274.
Marienburg, die, VI 211, 368.
Mecklenburg, Großherzog Friedrich Franz von, ſeine Operationen im November 1870, III 186 flgde.
— — in der Schlacht bei Beaugency—Cravant am 8., 9. und 10. Dezember 1870, III 235.
Meer, das, und ſeine Schönheit, V 123.
Mehadia und das Herkulesbad, I 124 flgde.
Melancholiſche Betrachtungen, 1829, IV 237.
Meran, ſeine Schönheit, 1846, VI 110—111.
Metz, Einſchließung von, 1870, III 100—112, 157—163.
— — Kapitulation von, 1870, III 164, IV 204.
Mézières, Einnahme von, 1. Januar 1871, III 257.
Militäriſche Laufbahn, Gedenktage, I 319—328.
Militäriſch-politiſche Lage des osmaniſchen Reichs 1841, II 298—301.
Militär-Penſionsgeſetz, das, von 1886, V 291 flgde., VII 89 flgde.
Milizſyſtem, ſeine Unbrauchbarkeit für den Krieg hiſtoriſch begründet, VII 112 flgde.
Miniſterverantwortlichkeit, die, geſchichtlich beurtheilt, VII 47 flgde.
Mobilmachung, Herbſt 1850, und ihre Schwierigkeiten, V 261 flgde.
Mohl, Moritz, Geheimrath, Brief an ihn über Steuerfragen, V 207 flgde.
v. Moltke, Geſchlecht; kurze Familiengeſchichte, verfaßt vom Feldmarſchall, I 1 flgde.;
Stammbaum, V 86 flgde.
— — die Vorfahren des Feldmarſchalls, I 4—8.
— — Friedrich Philipp Victor, Vater des Feldmarſchalls, Selbſtbiographie, I 8—15;
ſein Tod, IV 264 flgde.;
Erinnerung an ihn, V 228.
— — Henriette geb. Paſchen, Mutter des Feldmarſchalls, ihr Lebensbild, VI 3 flgde.;
Briefe an ſie, IV, 5 flgde.;
Troſt, als ſie krank iſt, IV, 71;
als Nährmutter eines Pächterkindes, IV 225.
— — Helmuth, Graf, Feldmarſchall, die von ſeinem Vater geſchriebene Lebensgeſchichte, I 15—20;
Selbſtbiographie, geſchrieben 1866, I 16—29;
Urkunden zur Jugendgeſchichte, I 30—39;

v. Moltke, Helmuth, Graf, Feldmarschall, un chevalier sans peur et sans reproche, V 156;
krank auf der Rückreise aus Konstantinopel 1839, nach Briefen des Frhrn. v. Vincke, V 157 flgde.;
keine Aenderung in seinem äußern und innern Wesen seit der Jugendzeit, V 259;
tritt in der Jugend wenig hervor, V 255, 259;
gilt für stolz, V 254;
sein stets gleicher Fleiß, V 259;
als Geograph, V 317 flgde.;
als Geschichtsforscher, V 320 flgde.;
als Reisender, V 323 flgde.;
seine Charaktergröße, V 334;
sein Verdienst um Feldherrnkunst und Kriegsgeschichte, V 331 flgde.;
Einfachheit in allen Lebensgewohnheiten, in Kleidung, im Essen und Trinken, I 238 flgde., V 272;
Frühaufsteher I 238;
Gedächtniß für Personen und Ereignisse ungleich, V 269;
Heiterkeit, V 270 flgde.;
Humor, V 296, 300 flgde.;
Perrücke, die mißbrauchte, V 273;
Schweigsamkeit, V 229, 289;
Sparsamkeit nicht Geiz, V 302;
der Vortrag im Bette, V 272.
(Vergleiche auch: Arbeit, Beredsamkeit, Blumenfreund, Charakter, Deklamation, Malen und Zeichnen, Musik, Natur, Tod, Trostgedanken, Wohlthätigkeit, Zurückhaltung.)
— — Marie, geb. Burt, die Gemahlin des Feldmarschalls, ihr Lebensbild, I 145—157;
als Kind und junge Frau, V 231;
ihr Charakter, sein Glück, IV 116 flgde.;
perfectly tempered, IV 253;
ihre Vorstellung bei Hofe 1842, IV 253;
Trennung von ihr bei der Abreise nach Spanien 1846, I 196 flgde.;
ihre letzte Erkrankung, V 42, VI 472 flgde.;
ihr Tod, IV 189 flgde., IV 302 flgde., V 43, VI 477 flgde.;
Beileidsbezeugungen bei ihrem Tode, I 157 flgde.;
Erinnerung an sie, V 45, 165, 167, 177;
ihr Andenken, VI 480 flgde.

v. Moltke, Adolf, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, IV 107;
Briefe an ihn, IV 109 flgde.;
seine Schleswig-Holstein geleisteten Dienste, IV 194;
seine Thätigkeit und Krankheit 1848/49, IV 273 flgde.;
Besuch bei ihm 1849, IV 250, 277;
sein Tod 1871, IV 222.
— — Auguste, geb. v. Krohn, Gemahlin Adolfs, IV 111; Briefe an sie, IV 221—225.
— — Friederike, Tochter Adolfs, ihr Tod, IV 152.
— — Wilhelm, Graf, Sohn Adolfs, Neffe des Feldmarschalls, Briefe an ihn und seine Familie, V 105—134.
— — Helmuth, Sohn Wilhelms, Großneffe des Feldmarschalls, aus Briefen an ihn, V 129 flgde.
— — Lenore, Tochter Wilhelms, Großnichte des Feldmarschalls, aus Briefen an sie, V 129 flgde.
— — Helmuth, Sohn Adolfs, sein Ergehen vor Paris 1870, IV 199 flgde.
— — Ludwig, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, IV 229;
Briefe an ihn, IV 231—319;
Tod seiner Frau, IV 301;
sein Tod, V 73.
— — Friedrich, Bruder des Feldmarschalls, sein Lebensbild, V 75 flgde.;
Briefe an ihn, V 77—104.
— — Auguste, Schwester des Feldmarschalls, vermählte Burt, ihre Verlobung 1833, IV 69;
ihr Lebensbild, V 29 flgde.;
Briefe an sie, V 31—63;
ihr Tod, V 70.
— — Magdalene, Schwester des Feldmarschalls, vermählte Bröker, ihr Lebensbild, V 64;
Briefe an sie, V 65—74.
— — Alfred, deutscher Generalkonsul in London, Brief an ihn betreffs des Looses der Kriegsgefangenen, V 190.
Montoire, Gefecht bei, am 27. Dezember 1870, III 248.
Mozart, Vorliebe für, I 255.
Münster, seine Bauwerke, VI 296.
Münsterscher Frieden 1648, II 28.
Musik, Liebe zur, I 255 flgde., 333.
Muskau und sein Park, VI 204.

N.

Napoleon I. als Gönner Polens, II 135.
— — im Kampf mit Preußen, II 215.
Napoleons I. Allianz mit Kaiser Alexander I. von Rußland, II 216.
Napoleon III., seine Vermählung, IV 151.
— — der ruchlose Abenteurer von Boulogne, IV 195.
— — und Rothschilds Papagei, IV 196.
— — Begegnung mit ihm am 2. September 1870, V 92 flgde.
Nationalversammlung 1848; ihre Sitzungen zu Berlin, VI 162.
Natur, Freude an ihr, I 238.
Neapel, in, 1840, V 18 flgde., 1876, V 56 flgde.
Reinstedt, Gut, zum Kauf in Aussicht genommen, VI 105.
Niederlande, Aufstand in den österreichischen, veranlaßt durch die Reformen Josephs II., II 45 flgde.
— — Blüthe der vereinigten, II 26, 27.
— — Einfluß der vereinigten, auf die Angelegenheiten Europas, II 28.
— — Niedergang der spanischen Macht und Zerrüttung der bürgerlichen Verhältnisse in den spanischen, II 25.
— — Verfall der, II 38.
— — Bildung des Königreichs der vereinigten (1815), II 54.
— — Trennung Belgiens von Holland, II 59.
Niederländische Flotte, ihre Kämpfe, II 29, 30.
Nikolaus, Kaiser von Rußland, während des Krimkrieges, IV 153 flgde.
Nikolsburg, im großen Hauptquartier zu Schloß, VI 455 flgde.
Nischan, türkischer Orden, Besitzzeugniß darüber, I 140.
Nisib, Schlacht bei, Brief an Vincke zwei Tage nach ihr, V 155.
— — Folgen der Schlacht für Kurdistan, II 189.
— — Erinnerung an die Schlacht von, VI 14 flgde.
— — Pferd, V 229.
Noisseville, Schlacht bei, am 31. August und 1. September 1870, III 105 flgde.
Nord-Ostseekanal, der, und seine Anlage, VII 23 flgde.
Noth und Elend, unentbehrliche Elemente in der Weltordnung, IV 224, VII 76.
Nothwendigkeit der Willkür vorzuziehen, IV 294.
Novelle, die, „die beiden Freunde" und ihr Erscheinen, IV 15, I 40—103.

O.

Obrecht, Advokat, Verräther Straßburgs 1681, II 194.
Oeſterreich, ſeine Aufgabe gegenüber dem osmaniſchen Reich 1841, II 307.
Offizier, der, und die Kommunalſteuer, VII 52 flgde., 83 flgde.
Offiziere, adlige und bürgerliche, kein Gegenſatz zwiſchen ihnen, VII 81.
Oranien, Wilhelm von, im Kampfe gegen Spanien, II 9 flgde.
Orientaliſche Frage, die, IV 151 flgde.
— — zur, 1841—1844, fünf Aufſätze, II 275—320.
Orléans, Treffen bei, 11. Oktober 1870, III 144 flgde.
— — Schlacht bei, am 3. und 4. Dezember 1870, III 223 flgde.
— — Verfolgung nach der Schlacht bei, III 232 flgde.
Orſowa, Beſuch beim Paſcha von, I 128 flgde.
Osborne, in, bei der Königlichen Familie von England 1856, VI 244 flgde.
Osmanenherrſchaft, ihre Zukunft in Europa, Aſien und Afrika 1842, II 313.
Oſtende, Belagerung durch Spinola, II 24.
Oſtindiſche Kompagnie, ihre Begründung, II 23.
Oſtpreußen, Reiſe nach, mit dem Prinzregenten 1860, VI 366.
Oxford, Aufenthalt in, 1856, VI 260.

P.

Pacta conventa, die, II 86.
Paganini und ſeine Geige, VI 50 flgde.
Paläſtina, Gedanke eines chriſtlichen Fürſtenthums in, II 284.
Papſtthum, ſeine Macht, IV 306 flgde.
Parchim, Denkmalsenthüllung 1876, IV 308.
Paris, in 1846, I 221; VI 127.
— — in 1850, V 38.
— — in, mit König Wilhelm 1867, VI 460 flgde.
— — die Revolution vom 4. September 1870, III 112 flgde.
— — 1870 Einſchließung oder Beſchießung, III 121.
— — die Frage der Beſchießung 1870, IV 212 flgde.
— — Einſchließung von 1870/71, III 123—127, 137—143, 202—215, 258—265, 351—368.
— — vor, 1870, V 177 flgde.
— — vor, im September 1870, IV 196 flgde.
— — vor, im Oktober 1870, IV 199 flgde.
— — vor, Dezember 1870, V 95 flgde.

Paris, Zuſtände in, Dezember 1870, IV 213.
— — ſeine Befeſtigungen und Vertheidiger im September 1870, III, 119 flgde.
— — die zur Vertheidigung bereiten Streitkräfte und ihre Formation im November 1870, III 202 flgde.
— — der artilleriſtiſche Angriff auf, Januar 1871, III 351 flgde. 363 flgde.
— — Einzug der Deutſchen in, 1. März 1871, III 409.
— — Aufſtand der Kommune, III 411.
Péronne, Einnahme von, 9. Januar 1871, III 311.
Peſt-Ofen 1835, Lage und Bedeutung, I 107 flgde.
v. Peſtel, preußiſcher Oberſtlieutenant. Seine Thätigkeit bei Beginn des Krieges 1870/71 vor Saarbrücken, III 9.
Petersburg, Reiſe nach, 1856, VI 275 flgde.
Pfalz, Verheerung durch die Franzoſen, II 196.
Philipp II. von Spanien. Regierung der Niederlande, II 6 flgde.;
— — als Herr der Niederlande, von Burgund, Neapel und Mailand, II 184;
Philipp, Herzog von Burgund, II 183.
Pius IX., Papſt, ſeine Wahl, I 25.
— — und das geeinte Italien, IV 305 flgde.
Pleß, Jagd beim Fürſten, 1857, VI 282.
Polen, Darſtellung der inneren Verhältniſſe in Polen, Schrift im Buchhandel erſchienen 1832, IV 158.
— — ein Land der Ungleichheit und der Gegenſätze, II 170.
— — ſeine Verfaſſung, II 66 flgde.
— — Geſetzgebung, II 83.
— — Landtage in, II 87.
— — Heerweſen, II 74.
— — Handel und Gewerbe, II 96.
— — Fehlen des Bürgerſtandes in, II 99.
— — Landwirthſchaft, Handel und Gewerbe nach der Theilung, II 159.
— — nach dem Tode Auguſts III., II 111.
— — unter König Stanislaus Poniatowski, II 133.
— — Stillſtand und Rückgang ſeiner Kultur im 17. und 18. Jahrhundert, II 107.
— — ſchlimme Folgen ſeiner Verfaſſung, II 111.
— — die Parteien in, 1764, II 113.
— — Stellung Oeſterreichs und Preußens zu, 1764, II 119.
— — Anarchie im Innern im 18. Jahrhundert, II 109.
— — Niedergang und Ende, II 133.
— — Stellung der Türkei zu, II 118.
— — im Jahre 1812, II 139.

Polen, unter französischem Druck, II 137.
— — Aufhebung der Leibeigenschaft, II 137.
— — unter der Herrschaft von Oesterreich, Rußland und Preußen, II 141 flgde.
— — das russische Königreich II 162.
— — ihr Haß gegen Rußland, II 167.
— — der Aufstand im Dezember 1830, IV 47.
Polens Bedrückung durch Rußland im 18. Jahrhundert, II 122;
— — Theilungen, II 133.
Polnische Landestheile, die, unter Oesterreichs Herrschaft, II 142.
— — Landestheile die, unter Preußens Herrschaft, II 150.
Polnischer Adel, seine Alleinherrschaft II 85.
— — — Emporkommen der großen Familien, II 77.
— — — Verfall des kleinen Adels, II 78;
sein Niedergang, II 708.
Polnisches und deutsches Wesen 1829, IV 34 flgde.
Pompeji, in, 1840. Die Ausgrabungen und Bauten, V 25 flgde.
— — in, 1876. Die Vergangenheit in flagranti ertappt, V 55.
Poniatowski, Stanislaus August, als König von Polen, II 132.
Pontarlier, Gefecht bei, 1. Februar 1871, III 391.
Potsdam, die Neubauten 1855, VI 206.
Prestige, Erhaltung des, in kriegsgeschichtlichen Darstellungen III VIII.
Preußen, Vorliebe für (1828), IV 231 flgde.
— — und die Revolution 1848, IV 125 flgde.
— — Reaktion oder Anarchie 1848, IV 129 flgde.
— — und Oesterreich 1859, IV 163 flgde.
— — seine Lage 1859, IV 165 flgde.
— — und die hessische Frage 1862, IV 173.
— — und seine Aufgabe 1866, IV 182.
— — und seine für Deutschland getragenen Lasten, VII 13, 15.
— — Reise in die Provinz 1855, IV 156 flgde.
Pückler, Fürst, und die Anlage des Parks von Muskau, VI 204.
Pyrmont, Aufenthalt in, 1841, IV 21.

Q.

St. Quentin, Schlacht bei, am 19. Januar 1871, III 317 flgde.

R.

Ragatz, in, 1874, V 102 flgde.
— — „Der Moltke ſoll da ſein?", V 237.
v. Randow, General, Briefe an ihn, V 256.
Raydt, Oberlehrer Brief an ihn, V 185.
Rechtsſchwenkung des deutſchen Heeres nach den Schlachten am 6. Auguſt 1870, III 26.
Rede am Sarge des Feldmarſchalls, gehalten vom Feldpropſt D. Richter, V 309—313.
— — zum Gedächtniß des Feldmarſchalls, in der Akademie der Wiſſenſchaften gehalten vom Geheimrath Curtius, V 314—335.
Reformation, Eingang in den Niederlanden, II 15 flgde.
Regierung, eine ſchwache, iſt eine dauernde Kriegsgefahr, VII 138.
Rehme, Aufenthalt in Bad, 1852, VI 192.
Reichstag, der, in Polen, II 73, 88.
— — der erſte des Norddeutſchen Bundes und ſein Ausſehen, IV 184 flgde.
Reichthum und Armuth, V 113.
Reiſe nach Warmbrunn und Schleſien 1825, IV 6 flgde.
— — über Wien nach Konſtantinopel 1835, I 104—139, IV 82 flgde.
— — und Ausflüge nach Kleinaſien 1836, IV 92 flgde.
— — mit dem Sultan in der europäiſchen Türkei 1837, I 18.
— — zurück aus dem Orient 1839, V 156 flgde.
— — nach der Schweiz und Italien 1840, V 3 flgde.
— — nach Helgoland, Pyrmont und dem Harz 1841, VI 20 flgde.
— — im Gefolge des Prinzen Carl nach Doberan 1843, VI 73 flgde.
— — nach Kopenhagen 1844, VI 106.
— — nach Rom 1845/46, I 160—175, IV 267 flgde., VI 109 flgde.
— — auf der Korvette „Amazone" von Civita vecchia nach Gibraltar 1846, VI 116 flgde.
— — durch Spanien über Paris nach Hamburg 1846, I 196—222, VI 123 flgde.
— — in der Eifel 1847, VI 144 flgde.
— — nach Frankreich zum Beſuch von Paris und Trouville 1850, V 37 flgde.
— — nach Rehme—Oeynhauſen 1852, VI 192 flgde.
— — nach der Provinz Preußen im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1855, IV 157 flgde., VI 209 flgde.
— — nach England und Schottland 1855 im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm, VI 222 flgde.
— — nach England und Schottland 1856 im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm, VI 239 flgde.

Reiſe nach Rußland im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1856, VI 275 flgde.
— — nach England im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm 1857, VI 295 flgde.
— — nach England im Gefolge des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Vermählungsfeier 1858, VI 353 flgde.
— — nach Gaſtein 1859, IV 290 flgde.
— — mit der deutſchen Bundes-Kommiſſion zur Beſichtigung der deutſchen Meeresküſten 1860, I 167, VI 366 flgde.
— — nach England 1861 im Gefolge des Kronprinzen zur Beiſetzung des Prinz-Gemahls, IV 168 flgde.
— — nach Wien 1865 im Gefolge des Prinzen Friedrich Karl, VI 434 flgde.
— — nach Glion bei Montreux 1866, V 77 flgde.
— — nach Paris im Gefolge des Königs 1867, VI 460 flgde.
— — nach Wildbad 1868, V 40, 65
— — nach Petersburg im Gefolge des Prinzen Friedrich Karl 1871, V 99 flgde.
— — nach Ragatz 1874, V 102 flgde.
— — nach Italien im Gefolge des Kaiſers 1875, V 47 flgde.
— — nach Italien 1876, IV 305 flgde., V 53 flgde.
— — nach Gaſtein 1880, V 60.
— — in den hohen Tatra 1881, V 62.
— — nach Gaſtein 1882, V 122.
— — nach der Schweiz und Ober-Italien 1882, VI 529 flgde.
— — nach Ober-Italien 1883, VI 535 flgde.
— — nach Ober-Italien 1885, IV 315, V 123.
— — und Reiſebeſchwerden vor Anlage der Eiſenbahnen, II 235.
Reitbahn, kaiſerliche, in Wien, VI 437.
Reſchid Izzet und die Pforte 1842, II 309—314.
Revolution, die franzöſiſche, und deren Urſachen, II 207.
— — 1830/31 in Ruſſiſch-Polen, II 168.
— — die, und ihr Verlauf in Frankreich 1848, VI 163.
Revolutionen, über ihre Urſachen und Wirkungen, II 5.
Rheims, Ruhetage in, September 1870, V 91 flgde.
Rheinbund, der, II 215.
Rieſengebirge, Reiſe im, 1825, IV 9 flgde.; 1828, IV 71 flgde.
Robert le Diable, Gefecht bei, am 4. Januar 1871, III 309 flgde.
Römer, Entſittlichung der, in der ſpäteren Kaiſerzeit, II 176.
Rom und Konſtantinopel, ein Vergleich, I 164 flgde.
— — die ſieben Hügel, I 167.
— — ſeine Dauer nach der etruskiſchen Weiſſagung, I 168.
— — Fabel und Geſchichte im alten, IV 283.

Rom, Tagebuch der Reiſe nach, 1845, I 160—168.
— — Aufenthalt in, 1845/46, I 25 flgde., IV 267 flgde.
— — das Columbarium an der Porta Latina IV, 268;
Erſteigung der Peterskuppel, IV 269;
Aufnahme der Umgebung von, I 184 flgde., IV 271 (vergl. auch „Aufnahmen");
Contorni di Roma vergl. Campagna;
Schönheit des Spätherbſtes, IV 114;
die Settimana santa IV 115.
— — Die Befeſtigungen 1849, I 189 flgde.
— — Die Belagerung durch die Franzoſen 1849, I 193 flgde.
— — Aufenthalt in, 1876, IV 305 flgde., V 53 flgde.;
Blick vom Palaſt Caffarelli, V 53;
das neue, als Hauptſtadt des Königreichs V, 54.
Romanismus, ſein Bündniß mit dem Slavismus (Napoleon I. und Alexander I.) II 216.
Ruhe, Sehnſucht nach, V 256.
Rusko, Schloß in der Provinz Poſen und das Polenthum 1829, IV 34.
Ruſſiſch-Polen, Zuſtände in, vor Ausbruch der Revolution 1830, II 165.
— — Revolution 1830/31, II 168.
— — -türkiſcher Krieg 1828. Seine Geſchichte 1844 erſchienen, IV 256.
Rußland und deſſen Entwicklung, II 120.
— — ſeine Lage 1853, IV 286 flgde.
— — ſeine Rüſtungen ſeit 1880, VII 127.

S.

v. Sachſen-Teſchen, Herzog, Gouverneur der öſterreichiſchen Niederlande, II 45.
Salzbrunn, Aufenthalt in, 1825, IV, 25.
San Remo, Aufenthalt in, 1885, V 123.
Schachſpiel, V 254.
Schaubach, Oberhofprediger, aus Briefen an ihn, V 171.
— — Seine erſte Begegnung mit dem Feldmarſchall, V 169.
Scheller, Geh. Ober-Finanzrath, aus Briefen an ihn, V 175 flgde.
Schiller, Friedrich v., und ſeine Stellung zum Patriotismus, II 204.
v. Schimpff, Frau, Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 251.
Schlachtfelder der Main-Armee, Beſichtigung mit dem Prinzen Albrecht von Preußen, VI 465 flgde.
Schleſien, Reiſen durch Schleſien als Adjutant des Prinzen Friedrich Wilhelm 1857, VI 279 flgde.

Schlesier, Dankbarkeit der, (Generalstabsreise 1867), V 79, VI 463.
Schleswig-Holstein, politische Verhältnisse 1848, VI 164.
— — Beginn der Wirren 1848, IV 117 flgde.
— — die provisorische Regierung 1848, IV 123.
— — die Statthalterschaft 1849, IV 136.
— — 1864 IV 177 flgde.
Schlettstadt, Einnahme von, am 24. Oktober 1870, III 171 flgde.
Schliessen-Schlieffenberg, Graf, Erinnerungen eines Fraktionsgenossen, V 291 flgde.
Schutz- und Trutzbündniß, Werth eines, VII 14.
Schwarzer Adler-Orden, verliehen 28. Juli 1866, VI 456.
Schweden im 30jährigen Kriege, II 186.
Schweiz, die, im Solde Ludwigs XIV., II 191.
Sedan, Schlacht bei, 1. September 1870, III 86 flgde.
— — Kapitulation von, III 97 flgde. V 92.
Sehnsucht nach dem jenseitigen Leben, VI 485.
Selbstbekenntniß, ein poetisches, 1830, IV 241.
Sevilla, Aufenthalt in, 1846, I 201 flgde.
— — sein Baustil, I 203.
— — der Alcazar in, I 205.
— — die Giralda, I 207.
Sieg, der taktische und seine Wirkungen auf den strategischen Plan, III 25.
Sillem, Dr., Brief an ihn über den Bau von Invalidenhäusern, V 188
Smith, Dr. E. W., Brief an ihn über die bevorzugten Schriftsteller, V 187.
Socialdemokratie und Socialreform, V 211.
Soissons, Einnahme von, 1870, III 148 flgde.
Soldatenstand, der, der Erzieher des Volkes, VII 108.
Sologne, die 6. Kavallerie-Division in der, im Dezember 1870, III 230.
Sombacourt und Chaffois, Gefechte bei, am 29. Januar 1871, III 387.
Spanien, Reise durch, 1846, I 196—222, VI 123 flgde.
Spanier, die, ihr Charakter, I 219.
Spanische Schule (Reitschule) in Wien, VI 437 flgde.
Spanischer Erbfolgekrieg, der, und seine Ergebnisse, II 198.
Spicheren, Schlacht bei, 6. August 1870, III 19.
Sprachgrenze zwischen Deutschland und Frankreich, II 180.
Städte, die, und ihr Verhältniß zu ihrer Garnison, VII 57 flgde.
— — und die Garnisonen, ihre gegenseitigen Leistungen, VII 87.
v. Steinmetz, preußischer General, Oberbefehlshaber der I. Armee 1870, III 7.
— — in der Schlacht bei Spicheren, III 24.
— — in der Schlacht bei Gravelotte—St. Privat, III 56 flgde.

Steuerfrage, die, eine ſociale Frage, VII 85.
Stiergefecht, ein, in Madrid 1846, I 214 flgde.
Strafen, über, in der Armee, VII 71.
Straßburg 1681 von Frankreich geraubt, II 193.
— — Belagerung und Einnahme von, 1870, III 130 flgde.
Streitkräfte, die franzöſiſchen, und ihre Stärke während des Waffenſtillſtandes 1871, III 405 flgde.
— — die deutſchen, und ihre Stärke während des Waffenſtillſtandes 1871, III 407 flgde.
Sydenham, Monſtrekonzert im Glaspalaſt von, 1857, VI 307.

T.

Tabaksmonopol, das, annehmbar, V 207 flgde.
Tafelrunde, die im Hôtel des Réſervoirs in Verſailles 1870/71. V 271, 284.
v. d. Tann, bayeriſcher General, in der Schlacht bei Sedan, III 87 flgde.
— — in den Treffen von Artenay und Orléans, III 143 flgde.
— — im Treffen bei Coulmiers, III 180 flgde.
— — in der Schlacht bei Loigny—Poupry, III 198.
Tatra, Reiſe in den hohen, 1881, V 62 flgde.
Tertry—Poeuilly, Gefecht bei, am 18. Januar 1871, III 315.
Theater, Antigone auf dem, im neuen Palais, VI 47.
— — Fauſt, Aufführung im Kaſino zu Potsdam, VI 48;
— — der Don Juan im Berliner Opernhauſe 1828, IV 235.
— — „die Fledermaus", in München 1875, V 47.
Thiers, Chef der franzöſiſchen Exekutive im Februar 1871, III 408.
— — ſeine Eitelkeit, IV 222.
Thomas, franzöſiſcher General, Befehlshaber der I. Armee von Paris 1870/71, III 203.
Tilſit, Friede zu, 1807, II 136.
Tod, Gedanken über den, I 237.
Toul, Einnahme von, am 23. September 1870, III 128 flgde.
Trier und die römiſchen Bauten 1847, VI 144 flgde.
— — 1847, die Fußſtapfen der Römer, IV 116, 272.
Troas, Ausflug nach der, 1836, IV 92 flgde.
Trochu, franzöſiſcher General, Mitglied der Regierung der nationalen Vertheidigung, Gouverneur von Paris, III 112.
Troſtgedanken über das irdiſche und Zuverſicht auf das ewige Leben, I 337—353.
Trouville ſur Mer, Badeaufenthalt 1850, V 37 flgde.
v. Tümpling, General der Kavallerie, aus Briefen an ihn, V 167 flgde.

Türkei, Urkunden zum Aufenthalt in der, I 139 flgde.
Türken, die, als Volksſtamm, II 119.
— — die, eine Nation in Pantoffeln, IV 96.
Türkiſches Reich, Verfall und Schwäche 1841, II 282.
— — Schwierigkeiten einer Theilung 1841, II 283.
— — militäriſch-politiſche Lage 1841, II 298—301.

U.

Ueberſetzungen, poetiſche, Verſtandesſache, IV 253.
— — poetiſche nach Thomas Moore, I 250.
Umrangirung, merkwürdige, im Jenſeits, V 174.
Ungarn, der Adel und ſeine geſchichtliche Bedeutung, I 109 flgde.
— — und Oeſterreich 1835, I 111 flgde.
— — ſeine Weltſtellung, I 113 flgde.
Unruhen 1848, VI 157.
Utrechter Union (1579), II 14.

V.

Mont Valerien, Schlacht am, 19. Januar 1871, III 357 flgde.
Veile, im Hauptquartier zu, Mai 1864, VI 394 flgde.
Verdun, Belagerung und Einnahme 1870, III 174 flgde.
v. Verdy, General, Erinnerungen an den Feldmarſchall, V 268—279.
Verfaſſungskonflikt, der, 1861, IV 168, 1862, IV 173.
— — Eröffnung der Kammern 1862, IV 176.
Verfolgung nach erfochtenem Siege in Theorie und Praxis, III 324.
Verpflegung der Truppe, die ſchlechte die theuerſte, VII 65.
Verſailles, Briefe aus, 1870/71, IV 199 flgde., V 45, 95 flgde., 167 flgde., 179 flgde., I 234.
— — Tafelrunde des Generalſtabes des großen Hauptquartiers im Hôtel des Réservoirs zu, 1870/71, V 271, 284.
Victor Emanuel I., König von Italien, Begegnung mit ihm 1875, V 52.
Victoria, Kaiſerin und Königin Friedrich, ihre Vermählung, VI 356 flgde.
Villerſexel, Treffen bei, 9. Januar 1871, III 332.
Villiers, Schlacht bei, vor Paris am 30. November und 2. Dezember 1870, III 206 flgde.
Vincke, Frhr., ſeine brieflichen Mittheilungen an Fiſcher über den Feldmarſchall 1839, V 156 flgde.

Vinoy, franzöſiſcher General, ſein Rückzug nach Paris im September 1870, III 115 flgde.
— — Befehlshaber der III. Pariſer Armee 1870/71, III 203.
— — in der Schlacht bei Villiers, III 207 flgde.
— — Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Paris, Januar 1871, III 366.
Vionville—Mars la Tour, Schlacht bei, 16. Auguſt 1870, III 35 flgde.
Vogel v. Falckenſtein, General, Beſuch bei ihm, VI 501.
v. Voigts-Rhetz, preußiſcher General, in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 41.
— — in der Schlacht bei Beaune la Rolande, III 191.
— — bei Le Mans, III 273 flgde.
Volksbaugeſellſchaft, deutſche, Theilnahme an ihrer Thätigkeit, V 302 flgde.

W.

Waffenſtillſtand, der, 1871, III 403.
Walachei, Reiſe durch die, 1835, I 131 flgde.;
— — Land und Leute der, I 133 flgde.
Warſchau als Hauptverſammlungsort für den Reichstag, II 88.
— — zur Zeit des Reichstages 1764, II 128.
— — das Herzogthum, II 136.
Warwick Caſtle, Beſuch 1856, VI 233.
v. Wedel, Angriff der Brigade, in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour, III 43.
Wehrpflicht, die allgemeine, die beſte Propaganda in den Reichslanden, VII 78 flgde.
Weichſelbrücke bei Dirſchau, VI 209.
Weihnachten 1828, IV 28, 1830, IV 46, 1844, IV 257, 1851 IV 150, 1868, Tod der Gemahlin, IV 302, 1870, V 285, 1884, V 135 flgde., VI 473 flgde.
— — 1856, am Hofe des Prinzen von Preußen, VI 278.
Weißenburg, Treffen bei, 4. Auguſt 1870, III 12 flgde.
Weltbürgerthum, Entſtehung des deutſchen, II 203.
Weltgeſchichte, ihr Gang eine Annäherung zum allgemeinen Frieden, II 287.
v. Werder, preußiſcher General, ſeine Operationen im Oktober 1870, III 165 flgde.;
— — ſeine Operationen im Dezember 1870, III 250 flgde.;
— — im Treffen von Villerſexel, III 332 flgde.
— — in der Schlacht an der Liſaine, III 339 flgde.

Wernersdorf, Ankauf von, 1889, V 73.
Weſtfalen, ſein tüchtiger Bauernſtand, VI 296.
Wien, Reiſe dorthin, 1835, I 105, IV 82;
Eindruck der Stadt, Schönheit der krummen Straßen, Herr v. Gunkel, IV 83;
der Stephansthurm, I 105, IV 84;
Krankheit in, auf der Rückreiſe aus dem Orient 1839, IV 109.
Aufenthalt am dortigen Hofe in Begleitung des Prinzen Friedrich Karl 1865, VI 435.
Wiesbaden, in den Spielſälen 1863, V 107 flgde.
Wildbad, Badeaufenthalt in, 1868, V 40.
Wilhelm I., Deutſcher Kaiſer und König von Preußen, ſeine Aufgabe als Regent 1857, IV 163.
— — ſein Charakter, V 66;
— — in der Schlacht bei Königgrätz, III 422 flgde.
— — während des Krieges 1870/71, III 6, 34, 57.
— — ſeine Geneſung nach den Attentaten 1878, V 68.
— — ſein Tod, V 72, VI 537.
Wilhelm I, von Oranien, als König der Niederlande, II 55.
— — III. von Oranien, als Statthalter der Niederlande, II 35.
— — IV. von Oranien als Erbſtatthalter der Niederlande, II 39.
— — V. von Oranien, als Erbſtatthalter der Niederlande, II 39.
v. Williſen, preußiſcher General und Oberbefehlshaber der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen 1850, IV 143 flgde.
v. Wimpffen, franzöſiſcher General, übernimmt den Oberbefehl der Armee in der Schlacht bei Sedan, III 88.
Windſor, in, der Reſidenz der Königin von England, VI 233.
— — ſeine ſchöne Umgebung, VI 264.
Whiſtſpiel, I 256, V 275;
— — bis dat, qui cito dat, V 287;
— — die letzte Partie, I 331.
Whitman, Sidney, Brief an ihn über ſeine Schrift: das kaiſerliche Deutſchland, V 210.
Wörth, Schlacht bei, den 6. Auguſt 1870, III 14.
Wohlthätigkeit, V 301.
Württemberg, Prinz Auguſt von, preußiſcher General, in der Schlacht bei Gravelotte—St. Privat, III 59 flgde.

Z.

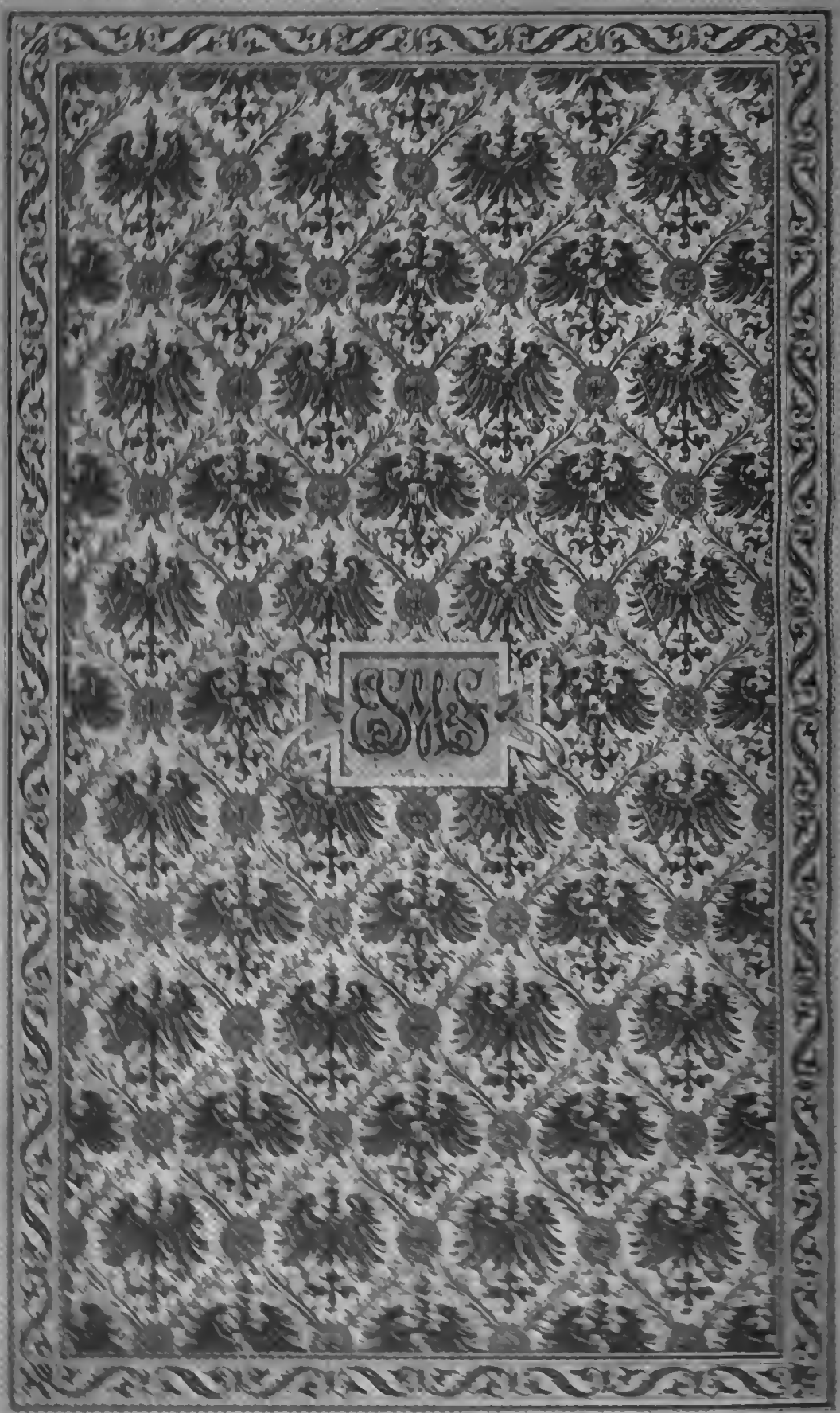
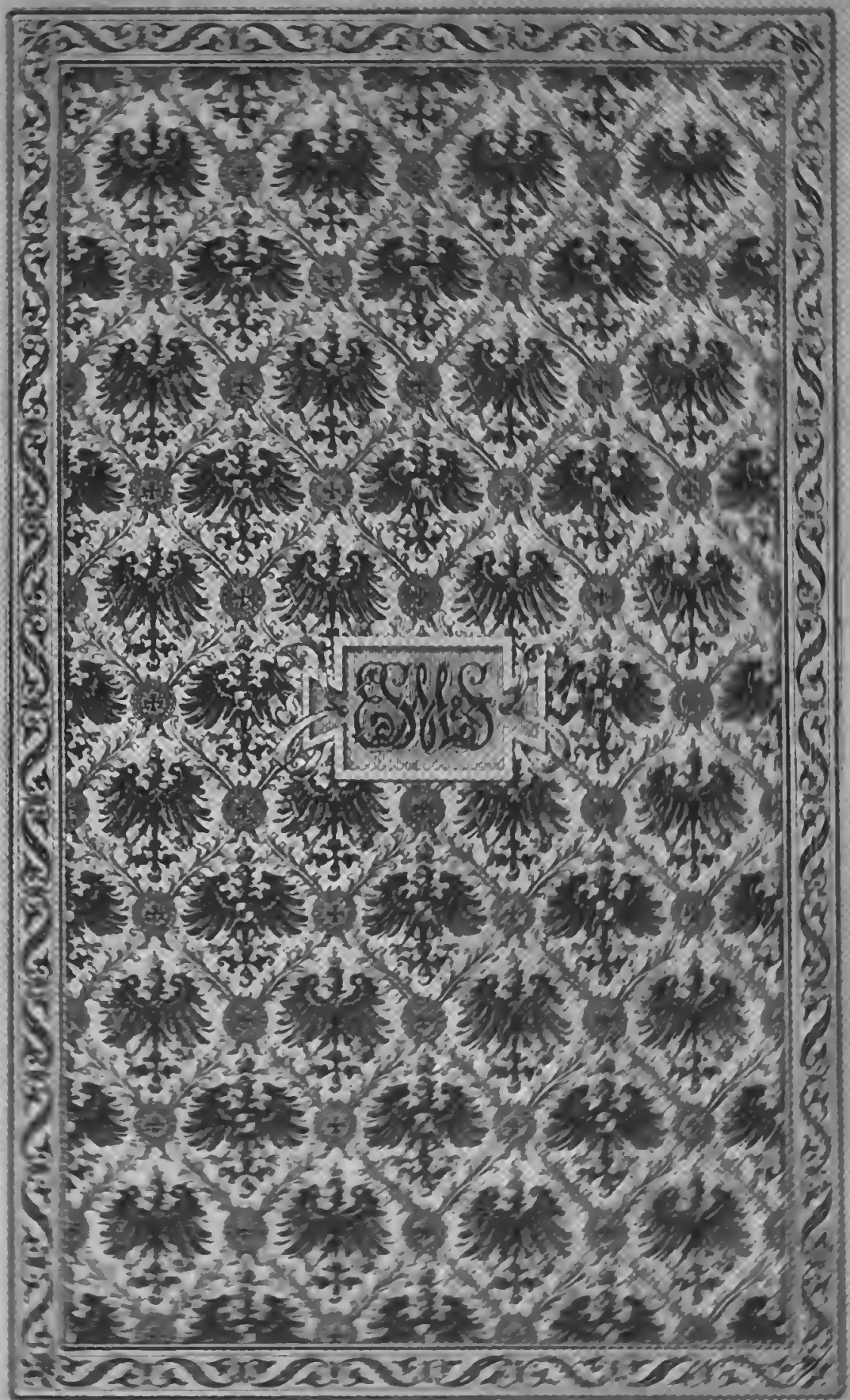
v. Zastrow, preußischer General, in der Schlacht bei Colombey-Nouilly, III 31.
Zeichenkunst, Pflege der, I 254, IV 27, V 292 flgde.
Zollparlament, das, 1868, IV 188.
Zurückhaltung und Grund dafür, VI 29.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn,
Berlin, Kochstraße 68—70.

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01316 4150

Filmed by Preservation 1989

Digitized by Google



Filmed by Preservation 303